SiO
Sozialarbeit in Oesterreich
Ausgabe 2/06
Zeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung und Politik

Ist die politische Sozialarbeit tot?

Editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Das Feedback auf die letzten SIÖ-Nummern - speziell auf die letzte SIÖ - war zahlreich und äußerst positiv. Viele KollegInnen aus Theorie und Praxis haben sich über die Entwicklung der SIÖ erfreut gezeigt. Zudem sei erwähnt, dass sich die SIÖ-Nummern auch immer größerer Beliebtheit im benachbarten Ausland erfreuen und dort (Deutschland, Südtirol, Tschechien etc.) als Fachmedium der Sozialarbeit wahrgenommen werden. Dies freut uns natürlich enorm und spornt uns für die zukünftigen Aufgaben an. Die gegenständliche Nummer ist - so meinen wir - ein besonderer Leckerbissen geworden, wird doch auf ein Thema intensiv eingegangen, welches vielen KollegInnen unter den Fingernägeln brennt. Die Beiträge waren allesamt so spannend, dass ein (übliches) Kürzen der Beiträge dieses Mal ausfiel, insofern halten Sie ein sehr „dichtes" Heft in Händen, was in Anbetracht der Urlaubszeit vielleicht kein Fehler ist.

Besonders freue ich mich, dass wir anlässlich des 85. Geburtstages von **Paul Watzlawick** (27. Juli) ein exklusives Interview bringen. Persönlich geführt von **Alois Huber** und **Andrè Höschele** (siehe Fotos).

Die Redaktion der SIÖ wünscht allen LeserInnen einen schönen Sommer.

DSA Roland Fürst
SIÖ-Chefredakteur

Kardinal Schwarzenberg´sches Krankenhaus Betriebsgesellschaft m.b.H.

Diplomierte SozialarbeiterInnen

Ganztags oder Teilzeit, ehestmöglich gesucht

Wir sind ein 500 Betten Schwerpunktkrankenhaus in der Ski- und Ferienregion Pongau, welches jährlich fast 24.000 Patienten stationär betreut. Unser Krankenhaus ist das zweitgrößte im Bundesland Salzburg und zählt mit seinen 1000 Mitarbeitern zu den größten Arbeitgebern der Region. Schwarzach befindet sich 60 Kilometer von Salzburg entfernt und besitzt einen hohen Freizeitwert sowohl im Sommer als auch im Winter. Wir wünschen uns engagierte Sozialarbeiter, die bereit sind, eine optimale Betreuungsstruktur aufzubauen.

Wir suchen Sozialarbeiter, die gemeinsam mit unseren Stationsleitungen und dem psychologischen Dienst, bei Fragen und Problemen unserer Patienten in persönlichen, rechtlichen und finanziellen Belangen mit Rat und Tat behilflich sind. Der Schwerpunkt liegt in der Vorbereitung und Betreuung der Patienten bei der Entlassung aus dem Krankenhaus sowie in der Koordination sozialrechtlicher Probleme unserer Patienten sowohl auf der allgemeinen und psychiatrischen Station.

Wir erwarten Absolventen der Sozialakademie, die über sozialwirtschaftliche Kernkompetenzen mit humanen Zielsetzungen verfügen und Interesse am Gesundheitswesen aufbringen. Soziale Kompetenz, PC-Kenntnisse, Organisationsgeschick, Durchsetzungsvermögen sowie die Bereitschaft, die gegebenen Lernchancen zu nützen sind Grundvoraussetzungen für ein positives Gestalten dieser Position.

Wir bieten Ihnen die Mitarbeit in einem modernen Dienstleistungsunternehmen, welches hohes Ansehen in der Bevölkerung genießt, ein interessantes Arbeitsumfeld, eine attraktive Gehaltsentwicklung, die Beistellung einer günstigen Garconniere und die üblichen Sozialleistungen eines Krankenhausbetriebes. Mit Ihrer Bewerbung können Sie sich langfristige, sichere Berufsperspektiven schaffen.

Ihre aussagekräftige Bewerbung richten Sie an die Pflegedienstleitung des Kardinal Schwarzenberg´schen Krankenhauses, Schwarzenbergstraße 2-6, Schwarzach; Tel.: 06415-7101-2215, Email: pauline.mohr@kh-schwarzach.at

bezahlte Anzeige

Ausbildung zum/zur Ehe-, Familien- und LebensberaterIn

Beratung ist ein immer wichtiger werdender Bereich in der psychosozialen Versorgung. Hier finden Sie eine besonders praxisbezogene Ausbildung, mit modernsten Lehrmethoden und fundierter, persönlicher Begleitung.

Ausbildung zum/zur ElternbildnerIn

Bildung wird hier verstanden als Weiterentwicklung eigener Ressourcen. Die zweisemestrige Ausbildung baut auf Ihren Kompetenzen im psychosozialen Bereich auf.

Lehranstalt für Ehe- und Familienberatung

Leitung und INFO:

DSA Monika Gumhalter-Scherf
lehranstalt.efl@utanet.at
01/718 50 66

Univ.Doz.Dr. Thomas Stephenson
thomas.stephenson@univie.ac.at
0676/3122344

bezahlte Anzeige

Standards

Editorial
Seite 2

Impressum
Seite 3

Magazin
Seite 4-5

Horizonte 40+
Seite 7

Replik
Seite 8-9

Titel

Zwischen staatstragender Funktion und gesellschaftskritischem Selbstverständnis
Dr. Prof. Michael Galuske
Seite 10-17

Wir haben kein Recht uns nicht einzumischen!
DSA Tanja Wehsely
Seite 18-19

Pflicht oder Kür - Gibt es einen sozialpädagogischen Auftrag für SozialarbeiterInnen
DSA Barbara Rader
Seite 20-21

Ist die politische Sozialarbeit tot?
DSA MMag. Dr. Christian Stark
Seite 22-28

Zu Ambivalenzen politischen Handelns in der Sozialen Arbeit
Dipl.-Soz.-Wiss. Marc Diebäcker
Seite 29-33

Nachgraduierung - FH-St. Pölten wurde zur Einschränkung gezwungen
FH-Prof. DSA Dr. Karl Dvorak
Seite 34

Magisterstudiengang für Sozialarbeit in St. Pölten
DSA Sepp Ginner
Seite 35

Themen

„Mensch, einer von uns beiden ist verrückt!"
Alois Huber/André Höschele
Seite 36-38

News

Veranstaltungen - Termine
Seite 6

Bücher
Seite 39

Impressum

Sozialarbeit in Oesterreich (SIO)
Zeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung & Politik, seit 1966
Erscheinungsort 1060 Wien, Verlagspostamt 7210 Mattersburg,
Auflage: 3.500 Stück,
Druck u. Versand Fa. Wograndl Bernd, Neubaugasse 14,
7210 Mattersburg

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger
Oesterreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen - obds,
A-1060 Wien, Mariahilferstraße 81/1/3/14, www.sozialarbeit.at

Redaktion:
DSA Roland Fürst, DSA Gabriele Hardwiger-Bartz, DSA Mag.Rudi Rögner,
DSA Manfred Tauchner,
E-mail: redaktion@sozialarbeit.at

Gestaltung: Werbeagentur Thomas Reiner, Bad Sauerbrunn
E-mail: thomas.reiner@aon.at

Sekretariat, Anzeigen, Abonennten-Service
Sozialarbeit in Oesterreich, 1060 Wien, Mariahilferstraße 81/1/3/14,
Claudia Mehwald, Tel. 01/587 46 56-11; Fax: 01/587 46 56-10;
Mo-Do 9-14 Uhr,

E-Mail: sekretariat@sozialarbeit.at. Anzeigen können auch auf unserer Homepage veröffentlicht werden. Wir senden gerne die aktuelle Anzeigenpreisliste zu.

Erscheinung, Preise, Abonnements
SIO erscheint vierteljährlich. Einzelpreis: € 5,70; Jahresabonnement € 18,17 (zzgl. Versand). Abbestellungen bis drei Monate vor Jahresende. Das Abo ist für Mitglieder einer Landesgruppe des OBDS kostenlos.

Information
Über zugesandte Manuskripte freut sich die Redaktion, behält sich aber vor, diese zu redigieren oder abzulehnen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Beilage
Rabenstein - Leiten, Entwickeln, Managen

MagazinMagazinMagazinMagazinMagazin

Sozialarbeit auf Rang 11

Das Meinungsforschungsinstitut Market erhob Ende 2005 den gesellschaftlichen Stellenwert von Berufsgruppen. Dabei wurde den 501 Befragten in persönlichen Interviews eine Liste mit einer exemplarischen Aufzählung von 42 Branchen und Berufen vorgelegt. Gefragt wurde, welche davon für Österreich sehr wichtig seien.
89 % der Interviewten nannten die ÄrztInnen, welche somit das Ranking anführen. Auf den Plätzen landeten die Mitglieder des Pflegepersonals (86%) und die Landwirte (83 %). Und bereits auf Rang 11 finden sich mit 67 % die SozialarbeiterInnen. Sie schnitten auch im Vergleich mit Berufsgruppen in verwandten Feldern gut ab. Zwar werden sie von den LehrerInnen (77 %) und den RechtsanwältInnen (69 %) überholt, lassen aber die PsychotherapeutInnen (60 %), die einfachen BeamtInnen (50 %), die LebensberaterInnen (41 %) und die höheren, leitenden BeamtInnen (41 %) deutlich hinter sich.

(Quelle: http://www.market.at/news/index.php/action.view/entity.news_detail/key.313/)

Neue Perspektive für Menschen ohne Konto

Eine jahrelange Forderung der Schuldnerberatungen Österreichs steht vor ihrer Umsetzung. Vielen KlientInnen wird im Fall der Überschuldung oder am Beginn des Privatkonkurses das Giro-Konto gekündigt. Während Behörden ihre Sozialleistungen auch per Post auszahlen, verlangen nahezu alle Arbeitgeber eine bestehende Kontoverbindung für die Lohnauszahlung. Ein fehlendes Giro-Konto bringt daher punkto Beschäftigung erhebliche Probleme und verursacht beachtliche Spesen bei der Bezahlung von Miete und ähnlichem. Nach Schätzungen von Banken sind 12.000 Menschen in Österreich davon betroffen.
Die „Erste Bank" schafft hier ab Oktober 2006 Abhilfe, indem sie ein neues Institut, eine Vereinssparkasse gründet, deren einziges Produkt ein eben solches Giro-Konto ist. Dieses Konto weist keine Überziehungsmöglichkeit auf und ist auf drei Jahre befristet, um die KundInnen anschließend in den Regelbetrieb zu übernehmen. Die neue Sparkasse ist zunächst als Pilotprojekt für Ostösterreich konzipiert und greift auf das Netzwerk der „Erste Bank" zurück, wobei bereits in der Gründungsphase ein Kundenstock von 2000 Personen erwartet wird. Wichtig ist ihr hier die Zusammenarbeit mit der Caritas und den Schuldnerberatungen. Die Beratung bei einer dieser Einrichtungen und eine Empfehlung derselben ist Voraussetzung für die Eröffnung des Kontos.
Vergleichbare Projekte existieren bereits in Belgien und den Niederlanden.

(Weiteres: www.caritas.at, www.schuldnerberatung.at)

Social-Attac in Wien etabliert

Die in Frankreich gegründete und mittlerweile weltweit tätige NGO ATTAC arbeitet unter anderem in vielen kleinen themenspezifischen Gruppen. ATTAC setzt sich für die Demokratisierung der Finanzmärkte ein, die Inhaltsgruppen betrachten Teilaspekte der Globalisierung und Ökonomisierung, z.B. Feminist-Attac, Gen-Attac oder Grundeinkommen-Attac. In Wien bildete sich im Dezember 2003 eine Gruppe zum Thema Soziale Arbeit. Die Situation der KrankenpflegerInnen, SozialpädogInnen und RettungsfahrerInnen stand bisher im Fokus. Zuletzt wurden die Auswirkungen der Ökonomisierung im Sozialbereich und die Fachlichkeit der Sozialarbeit im Plenum diskutiert. Die Plena (jeweils am letzten Dienstag im Monat, 19 Uhr, KIV-Club, 1020, Odeong. 1) werden teils auch als Podiumsdiskussionen veranstaltet. Im Hintergrund arbeitet eine vierköpfige Vorbereitungsgruppe. Der drohende Personalbbau im Wiener Jugendamt war einmal Gelegenheit, direkt politisch tätig zu werden. Mit ihrer zweieinhalbjährigen Geschichte ist die Gruppe nun bereits einigermaßen etabliert und hat mit der Inhaltsgruppe SocialAttac-Gesundheit bereits eine weitere Neugründung hervorgebracht.

(Weiteres: www.attac.at)

Ausbildung leider wieder dreijährig

Wogegen sich der Berufsverband jahrelang gewehrt hat, wird nun im Herbst 2006 Realität, das Wiederaufleben der dreijährigen SozialarbeiterInnen-Ausbildung. Zwar nicht als Akademie nach den Schulgesetzen, sondern auf der Fachhochschule nach dem Fachhochschulstudiengesetz, aber doch nur im Ausmaß von 3 Jahren.

Den Abschluss bildet dann der Grad Bakkalaureat (= Bachelor). Zunächst startet das neue Modell in Linz, Graz und St.Pölten. Die anderen Standorte werden 2007 folgen.
Der Magister-Abschluss (entspricht dem Master-Abschluss) gehört damit nicht der Vergangenheit an, sondern wird zu einem eigenen Studiengang weiterentwickelt. Dieser wird sehr oft berufsbegleitend geführt werden, ist mit einer Spezialisierung verbunden und steht den neuen Bachelors ebenso offen wie den AbsolventInnen der Akademie für Sozialarbeit.
Einigkeit besteht, dass alle neuen Bachelor-Studiengänge eine vergleichbare generalistische Ausbildung bieten sollen. Nötig wurde diese neuerliche Reform durch die gesetzlich verlangte Umsetzung der sogenannten Bologna-Deklaration aus 1999, einer Vereinbarung der EU-Bildungsminister, die das europäische Hochschulsystem vereinheitlichen soll und die angloamerikanische Bachelor/Master-Gliederung übernimmt.

(Weiteres: www.fachhochschulen.at, www.wien-sozialarbeit.at, www.kaernten-sozialarbeit.at)

Tirol setzt erstmals Grundsicherung um!

Bei „Bedarfsorientierter Grundsicherung" denkt man üblicherweise an eine Variante des Grundeinkommens, wie sie von Emmerich Talos im gleichnamigen Buch und von der Armutskonferenz propagiert wird. Davon zu unterscheiden wäre die Bezeichnung Grundversorgung, welche in einer Vereinbarung der Länder mit dem Bund (§ 15a B-VG) seit Mai 2004 die Hilfe für Flüchtlinge und AsylwerberInnen regelt.
Die Tiroler Landesregierung ist nun stolz, als erstes Bundesland ein Grundversorgungsgesetz verabschiedet zu haben. In dem seit März 2006 geltenden Gesetz steht aber nur Grundsicherung drauf, meint Max Preglau, Soziologe an der Universität Innsbruck. Im Inneren finden sich nach wie vor die Grundsätze der Sozialhilfe wie beispielsweise die Regresspflicht. Die Bezeichnung Etikettenschwindel läge nahe.
Zu erwähnen sind dennoch einige Verbesserungen wie die nach dem Vorbild anderer Bundesländer neu eingeführte Hilfe zur Arbeit, welche die Gewährung von Lohnzuschüssen an den künftigen Arbeitgeber vorsieht, um die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen voranzutreiben.

(Quellen: Kontraste 2/2006, SIT Nr. 70)

Das neue Sachwalterschaftsänderungsgesetz

wurde im Mai beschlossen und bringt deutliche Verbesserungen: Der persönliche Kontakt zum Klienten/zur Klientin hat künftig mindestens einmal pro Monat zu erfolgen. Begrenzt wurde die Anzahl der Befassungen. Rechtsanwälte oder Notare dürfen nur maximal 25 Sachwalterschaften für alle Angelegenheiten übernehmen. Die Arbeit der Vereine für Sachwalterschaft wird erweitert und aufgewertet. Neu eingeführt wird die sogenannte Vorsorgevollmacht als eine Art Vorstufe zur Sachwalterschaft. Der/die KlientIn kann eine nahestehende Person mit einer Vollmacht für gewisse Angelegenheiten ausstatten. Die Vollmacht endet, wenn der Vollmachtgeber sie der jeweiligen Person entzieht, bzw. wenn ein Sachwalter bestellt wird.

(Quellen: www.parlinkom.gv.at, www.patientananwalt.at)

Tiroler Plattform Mädchenarbeit

Vor eineinhalb Jahren hat sich in Tirol die *Plattform Mädchenarbeit* aus unterschiedlichen Einrichtungen der Sozialarbeit (Beratung, offene Jugendarbeit, Wohneinrichtungen u.ä.) zusammengeschlossen. Grund dafür war die Situation der Mädchen in der Jugendwohlfahrt und -arbeit, und dass in Tirol Mädchenarbeit großteils von einzelnen engagierten Frauen getragen wird bzw. eine dazugehörende öffentliche und fachliche Diskussion kaum bis nicht stattfindet.
Die *Plattform Mädchenarbeit* sieht sich als sozialpolitisches Gremium, das Sprachrohr für professionelle Mädchenarbeit ist und Lobbyarbeit für Mädchen machen will. Hauptziele der Plattform sind Fortbildungen (siehe Rubrik Veranstaltungen - Termine), eine unabhängige Koordinationsstelle und die Verankerung von Mädchenarbeit in den Konzepten bzw. als Standard in der Jugendarbeit und -wohlfahrt.

(Verfasserin und Kontakt: DSA Mag.a Myriam Antinori, Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol)

Zusammengestellt von
Mag. DSA Rudi Rögner

Veranstaltungen - Tipps

Burgenland

Gute Medien – Böser Krieg? Medien am schmalen Grat zwischen Cheerleadern des Militärs und Friedensjournalismus.
23. Internationale Sommerakademie
9.-14.7.2006, Stadt Schlaining
Veranstalter: Österr. Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, 03355/ 2498-502, www.aspr.ac.at/sak2006.htm

Niederösterreich

Soziale Diagnostik.
Fortbildung mit Prof. Pantucek (Wiederholung)
18.10.2006, 9-15.30 Uhr, BIZ Fachhochschule St. Pölten
Veranstalter: NÖBDS, Anmeldung: sonja.kirchweger@aon.at oder 0664/ 640 2222.

Steiermark

Internationale Sommerakademie für Theater.
Dreiwöchige Workshops
6.-26.8.2006, Graz, BORG Monsbergergasse
Veranstalter: Freiräume – Internationaler Verein für kreatives Gestalten, www.theaterakademie-graz.org

Das soziale Umfeld behinderter Menschen und seine Veränderungen.
10. Österreich-Tag 2006, Fachtagung
14.-15.9.2006, Graz, Karl Franzens-Universität
Veranstalter: Verein zur Förderung der Anliegen behinderter Menschen, Stadt Graz u.a., www.bco.co.at/oetag, 01/4032820

Oberösterreich

integra.
Fachmesse für Integration und Rehabilitation
20.-22.9.2006, Wels, Messegelände
Veranstalter: assista Soziale Dienste GmbH, www.assista.org, 07735/ 6631-201

Kärnten

Menschenwürde statt Almosen.
Internationale Bundestagung des obds
23.-25.10.2006, Velden am Wörthersee
Veranstalter: obds, www.sozialarbeit.at, 01/ 587 46 56-11, www.menschenwuerde.at

Tirol

Professionalität und Spiritualität.
Soziale Arbeit und der Kontakt mit meinem Innersten.
Seminar
7.10.2006, 9-18 Uhr
Veranstalter: Diözese Innsbruck, Christine Norden, 0512/59847, www.dioezese-innsbruck.at

Fachtagung zum Thema Mädchenarbeit:
"Selbstverständnis und Lobbyarbeit in der Mädchenarbeit - Motivation, Ansätze und Ressourcen"
20.10.2006, 9-17 Uhr, Innsbruck, Haus Marillac
Verantalterin: Plattform Mädchenarbeit, buero-pma@gmx.net, www.kija.at/tirol

Deutschland

A World out of Balance. Working for a New Social Equilibrium.
Welttagung des IFSW
30.7.-3.8.2006 München
Veranstalter: IFSW, DBSH, www.socialwork2006.de/

Zweiter europäischer Workshop Streetwork international – Praxisforum.
30.8.-4.9. 2006
Gelnhausen/Deutschland
Veranstalter: Burckhardthaus e. V., www.burckhardthaus.de, 0049/ 6051/ 890

Sport und Jugendhilfe.
Fachtagung des Nürnberger Forums der Kinder- und Jugendarbeit
27.-29.9.2006, Nürnberg, Georg Simon Ohm-Fachhochschule
Veranstalter: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 0049/911/ 231-5597, gerald.froehlich@stadt.nuernberg.de

Warum Soziale Arbeit? – Gesellschaftliche Perspektiven Öffentlicher Wohlfahrt
12.-14.10.2006, Bielefeld
Veranstalter: Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik – AG 8, 0049/ 521/ 106 3322, BielefeldConference2006@uni-bielefeld.de

China

5th International Conference on Social Work in Health and Mental Health
10-14.12.2006, Hong Kong/China
Veranstalter: Hong Kong Social Workers Association, Social Welfare Department u.a. www.swh2006.com, unterstützt vom IFSW

„Horizonte 40+"

Neue berufliche Perspektiven für ArbeitnehmerInnen im Gesundheits- und Sozialbereich

Personen, die im Gesundheits- und Sozialbereich arbeiten, sind starken körperlichen und psychischen Belastungen ausgesetzt, die langfristig Gesundheit und Einsatzfähigkeit beeinträchtigen können.
Im Rahmen der Equal-Entwicklungspartnerschaft „Blickwechsel – Neue Perspektiven für den Gesundheits- und Sozialbereich" hat das BBRZ (Berufliches Bildungs- und Rehabilitationszentrum) in Wien eine Einrichtung für Menschen, die in pflegenden bzw. betreuenden Berufen tätig sind und unter einer gesundheitlichen Beeinträchtigung leiden, geschaffen.

Ziel des Projektes **Horizonte 40+** ist die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit, auch wenn bereits eine körperliche oder psychische Einschränkung vorhanden ist.

Durch individuelle Beratung und Unterstützung sowie mit berufsbegleitenden Seminaren zu den Themen Gesundheitsförderung, Karriereplanung und Weiterbildung, werden betroffene Personen jeden Alters befähigt, an ihrem Arbeitsplatz weiterhin erfolgreich tätig zu sein oder in ein anderes Berufsfeld zu wechseln.

Das gesamte Angebot ist kostenlos und die Einzelberatung auf Wunsch anonym.

Das Projekt wird aus Mitteln der österreichischen Bundesregierung (Behindertenmilliarde) und des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Informationen und Terminvereinbarung: 01/ 74022 - 484

Journaldienstzeiten: Mo 13.00-18.00; Di-Mi 9.00-16.00; Do-Fr 9.00-12.00

Homepage:
www.equal-blickwechsel.at

Mail: horizonte@bbrz.at

DSA Romana Endrich, BBRZ Österreich (Berufliches Bildungs- und Rehabilitationszentrum), Geschäftsstelle Wien, Projektleiterin von Horizonte 40+

KRISENINTERVENTION

2jährige berufsbegleitende Weiterbildung - Veranstalter: ÖAGG und **ÖGATAP**

Inhalt und Umfang:
Teil A: **allgemeine Grundlagen für Krisenintervention - 4 Wochenendseminare**
Teil B: **Interventionsmöglichkeiten** für die Arbeit mit KlientInnen, die sich **in speziellen Krisensituationen** befinden (u.a. bei **Trauerkrisen**, in **suizidalen Krisen**, in **Paar- und Familienkrisen) - 7 Wochenendseminare** und **4 Supervisionsblöcke**

Arten der Teilnahme:
Es ist eine Teilnahme **am gesamten Curriculum** oder nur eine Teilnahme **an Teil A** möglich.

Zielgruppen:
SozialarbeiterInnen, SozialpädagogInnen, PsychotherapeutInnen, ÄrztInnen, PsychologInnen, und Angehörige anderer Berufsgruppen, die im psychosozialen Bereich beratend, betreuend oder therapeutisch tätig sind.

ReferentInnen:
Mag. Andrea BRANDL-NEBEHAY, Dr. Barbara BURIAN-LANGEGGER., Dr. Michael ERTL, Dipl. Soz.wiss. Tom LEVOLD, Univ. Prof. Dr. Verena KAST, Prof. Dr. Sabine SCHEFFLER, Dr. Claudius STEIN, DDr. Wolfgang TILL, Dr. Adelheid WIMMER

Leitung, nähere **Information** und **Anmeldung**:
Dr. Claudius STEIN & **DDr. Wolfgang TILL**
Tel.: 0664/416 78 07 Tel.: 01/54 55 127
Mail: claudius.stein@kriseninterventionszentrum.at Mail: wolfgang.till@kriseninterventionszentrum.at

bezahlte Anzeige

Eine „Ergänzung“ zu den Artikeln von Heiko Kleve und Josef Bakic

(SIO – Sozialarbeit in Österreich, 4/05 und 1/06) von Alexander J. Weber

Systemisches Denken und politische Haltung

Ich habe als Sozialarbeiter, der in der Praxis systemisch und auch sozialpolitisch denkt und arbeitet, recht interessiert und auch amüsiert beide Artikel gelesen. Ich kann beide Positionen sehr gut verstehen und nachvollziehen. Ich denke, dass es da viel mehr Verbindendes als Widersprüchliches geben kann.

Kleve nimmt eine Umdeutung vor: Die schwierig festzulegende Identität der Sozialarbeit, auch abhängig von Handlungsfeld und unmittelbarem Auftraggeber, kann er als Qualitätsmerkmal sehen. Er verwendet den Begriff SozialarbeiterInnen als „Kommunikationsvirtuosen,“ und geht auf die gesellschaftliche Aufgabe der „Kommunikationsstiftung zwischen kommunikativ differenzierten, verschieden-sprachigen Räumen, Sphären, Perspektiven“ ein.

Bakic reduziert diese Positionierung auf eine „bloße Vermittlerrolle.“ Er sieht darin neoliberale Haltungen, zumindest die Gefahr, dass diese Haltungen neoliberal instrumentalisiert werden. Er unterstellt ein „rein sozialtechnologisches Verständnis“ ein Abgleiten in eine „konturlose Dienstleistungsorientierung“. Er schreibt dann, „dass es keine quasi-objektivierten Techniken Sozialer Arbeit gibt, die losgelöst sind, von einem zu bestimmenden Bezugssystem.“

Auch für mich ist das ein wesentlicher, unabdingbarer Charakter der Sozialarbeit. Sozialarbeit, die in keinem gesellschaftlichen Kontext eingebunden ist, wird beliebig, orientierungslos und instrumentalisierbar für Interessen und Interessensgruppen. Sozialarbeit ist, wie ich sie verstehe, nur im gesellschaftlichen Zusammenhang möglich. Sozialarbeit und Sozialstaat bedingen einander. Ansonsten verkommen die Tätigkeiten dieser Berufsgruppe zu reinen, von jedem erwerbbaren Dienstleistungen und zu Sozialtechniken ohne Bezugsrahmen.

Das scheinbar Widersprüchliche der beiden Artikel wird meiner Meinung nach durch die Sicht von Bakic konstruiert, nämlich der quasi Gleichstellung von „Identitätslosigkeit“ mit „Ideologielosigkeit“.

Für uns Systemiker der „Wiener Schule“ – diesen Begriff gibt es nicht wirklich, ich möchte aber die Gruppe um Walter Milowiz und den Arbeitskreis für Systemische Sozialarbeit, Beratung und Supervision (ASYS) so eingrenzen – handelt es sich in der Systemischen Sozialarbeit um einen Ansatz, der sich mit Systemtheorie, Kommunikationstheorie und Konstruktivismus beschäftigt, um neue Lösungen im sozialarbeiterischen Handeln zu erfinden. Es handelt sich dabei um eine **Erweiterung** im methodischen Handeln und ersetzt keine **sozialpolitische Haltung**. Systemtheorie und Konstruktivismus sind also Denkmodelle, wie auch sonst Methoden nicht nur Techniken, sondern auch Denkmodelle sind.

Dieses Modell schafft Möglichkeiten, Sichtweisen zu erweitern, und die Welt auf andere Art zu verstehen und zu erklären. Insofern verändert natürlich dies auch Haltung, bietet gleichzeitig wieder auch Handlungsspielraum und wird

eine Methode, in dieser Welt zu leben (zu überleben), als Mensch und als Sozialarbeiter und verhilft zu Veränderung. Es geht um Unterschiede, die einen Unterschied machen, also Sichtweisen, die sich relevant unterscheiden, die aber noch „copeable" sind. Daraus – aus der Möglichkeit zur Veränderung (zu verhelfen) und aus dem gesetzlichen (sozialpolitischen) Auftrag – beziehe ich meine Identität als Sozialarbeiter. Das betrifft die Klientenebene wie die gesellschaftspolitische Sicht.

Soziale Systeme können auch als „sich in Kommunikation befinden" begriffen werden als, sozialarbeiterische Handlungsfelder, wo verdichtete Kommunikation dysfunktional stattfindet.

Sozialarbeit könnte in unserer Gesellschaft (Demokratie) wegen der Notwendigkeit eingesetzt werden, denjenigen zu helfen, denen es schlecht geht, also aus einem barmherzigen Motiv heraus (auch Kleve definiert Sozialarbeit als ein „Helfen, wo nicht geholfen wird", in: Konstruktivismus und Soziale Arbeit, Aachen 1996), oder etwa auch aus einem pädagogischen Ansatz begründet sein.

„Diese Auffassung . . . ist in einer Demokratie unsinnig, setzt sie doch voraus, dass hier eine Klasse der „Normalen" darüber zu entscheiden hat, wie mit Außenseitern, die dieser Klasse nicht als zugehörig betrachtet werden, umgegangen werden soll. Wir müssen in einem demokratischen Staat eine Definition finden, die der Tatsache gerecht wird, dass der Gesetzgeber von allen Stimmberechtigten gemeinsam gewählt wird und sich daher auch als Vertreter aller Stimmberechtigten – vor Ansehen von Unterschieden – zu verstehen hat. Die Sozialgesetzgebung kann in einer Demokratie nur eine Antwort auf die Frage sein: „Wie wollen wir miteinander umgehen, wenn es Einem von uns schlecht geht?" (. . .) Die Verankerung sozialer Grundrechte in der Verfassung wird zwar immer wieder diskutiert, ist aber bisher nicht verwirklicht. Dennoch finden sich auch in Österreich zahlreiche einfach-gesetzliche Regelungen, die dem Bürger einen Rechtsanspruch gegenüber dem Staat und damit gegenüber der Gemeinschaft auf soziale Absicherung garantieren...." (siehe Milowiz, Teufelskreis und Lebensweg – systemisches Denken in der Sozialarbeit, Wien 1998). Er führt weiter aus: „Es erscheint mir wesentlich, darauf hinzuweisen, dass dadurch zumindest kommunale Sozialarbeit nichts mit Almosen zu tun hat, und auch nichts mit Parteinahme für Schwache: Es ist die Realisierung eines Vertrages zwischen **allen** Beteiligten, der immer schon – vor Ansehen einer „Kräfteverteilung" und unabhängig von dieser – geschlossen ist. Im realen Konfliktfall gibt es dabei eine „starke" und eine „schwache" Seite, aufgrund des Vertrages haben aber dabei beide Seiten gleich starkes Recht auf Lösung und Mitbestimmung bei der Art der Lösung des Konfliktes. Die Sozialarbeit braucht keine zusätzliche Rechtfertigung: Sie müsste, sollte dieses Recht auf ein menschenwürdiges Dasein für alle abgeschafft werden, völlig neu definiert werden."

Für mich ist aus dieser Sicht Sozialarbeit ohne Sozialstaat nicht möglich. Es erfordert daher politisches Denken und Arbeiten auch als Bürger (als Einzelner und in Vereinen), den Sozialstaat zu erhalten und auszubauen.

Alexander Josef Weber
Sozialarbeiter im Magistrat der Stadt Wien – MA 15
Gewerkschafter und Personalvertreter
interessierter Teilnehmer der Veranstaltungsreihe gestern – heute – morgen
Fachliche Standards in der Sozialarbeit
FH Campus Wien

multimediale kunsttherapie

3-Jährige Weiterbildung im ÖAGG

Erweitern Sie Ihre persönliche und therapeutische Kompetenz durch die Integration kreativer Medien in Ihr Arbeitsfeld. Die Methode arbeitet mit Übergängen von einem Medium zum Anderen, aktiviert durch ihre Vielfältigkeit alle Sinne und eröffnet somit neue Zugänge zu persönlichen Problem- und Konfliktlösungen.

Einführungsseminar Wien:
30.09.-01.10.2006
Kosten: EURO 218,--
Anmeldeschluß:
15. September 2006
Nähere Informationen:
Thomas Mayr, Tel.: 01/504 46 37
e-mail: Thomas-Mayr@chello.at
web: http://oeagg.at/w_kunst.htm
www.kunsttherapie.oeagg.at

bezahlte Anzeige

Anmerkungen zum Verhältnis von Politik und Sozialer Arbeit

Zwischen staatstragender Funktion und gesellschaftskritischem Selbstverständnis

Dr. Prof. Michael Galuske

Zu Beginn des neuen Jahrtausends (2001) erschien ein von Roland Merten herausgegebener Sammelband, der sich der Frage widmete, ob die Soziale Arbeit ein politisches Mandat habe. Die in den Beiträgen dokumentierte hitzige und kontroverse Auseinandersetzung um den politischen Charakter sozialpädagogischen Handelns belegt nachdrücklich, dass die Frage nach dem Verhältnis von Sozialer Arbeit und Politik im disziplinären wie im professionellen Diskurs keineswegs geklärt ist. Insofern ist der Titel des vorliegenden Themenschwerpunktes selbstbewusst, setzt die Frage nach dem „Tod der politischen Sozialarbeit" doch zweierlei voraus, nämlich zum einen, dass es eine politische Sozialarbeit gibt, die bei aller postmodernen Begriffsunsicherheit einigermaßen identifizierbar ist. Zum anderen macht die Fragestellung nur dann Sinn, wenn diese wie auch immer geartete politische Sozialarbeit in irgendeiner Art und Weise existentiell gefährdet ist, sich in einer nachhaltigen Krise befindet. Unabhängig davon, ob dies der Fall ist, weist der Umstand, dass die Frage nach dem politischen Gehalt Sozialer Arbeit wieder auf der Agenda der Fachdiskussion steht, auf eine vorherrschende Verunsicherung hin, die der Klärung bedarf.

Ich möchte dabei im Folgenden meinen Beitrag an den zwei Voraussetzungen der Fragestellungen orientieren. Zunächst wird zu klären sein, ob es eine „politische Sozialarbeit" gibt, oder anders formuliert: was den politischen Charakter der Sozialen Arbeit ausmacht. Im zweiten Teil werde ich mich den aktuellen „Bedrohungen" der politischen Sozialarbeit widmen. Dabei ist die Frageperspektive hier eine doppelte: Es wird zumindest kursorisch zu klären sein, welchen politischen „Zumutungen" die Soziale Arbeit ausgesetzt ist, aber auch, wie sie mit diesen umgeht.

I. Zwischen Selbstmandatierung und Normalisierungsauftrag – oder: Gibt es eine politische Sozialarbeit?

Um zu klären, ob die Soziale Arbeit einen politischen Charakter hat und wenn ja, welchen, kann man unterschiedliche Perspektiven und Zugänge wählen. Für den hiesigen Argumentationsgang möchte ich zwei Perspektiven unterscheiden: die der (a) Selbstwahrnehmung und des Selbstverständnisses der Sozialen Arbeit und (b) die der gesellschaftlichen Funktion Sozialer Arbeit.

Zum politischen Selbstverständnis Sozialer Arbeit

Soziale Arbeit als berufliches und institutionalisiertes Handlungssystem ist eine Antwort moderner Industriegesellschaften auf ihre psychosozialen Nebenwirkungen. Sie ist eine Reaktion moderner Gesellschaften auf die Verschiebung ihres sozialen Bedarfsausgleichs, der gekennzeichnet ist durch erhöhte Anforderungen an die Sozialisation und Bildung der Menschen und zunehmend begrenzte soziale Ressourcen in den sozialen Netzwerken der Menschen. Soziale Arbeit zielt darauf ab, durch personenbezogene Hilfe und Unterstützung Menschen ein sozial integriertes und befriedigendes Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen und damit soziale Verwerfungen unterhalb einer gesellschaftlichen Risikoschwelle zu halten. Soziale Arbeit agiert also dort, wo ein öffentlich erkannter und akzeptierter sozialer Bedarf vorliegt, wo Entwicklungsverläufe der Stützung bedürfen, wo Menschen in Armut und Ausgrenzung leben oder davon bedroht sind etc. Indem sie es in ihrer Arbeit tagtäglich mit den psycho-sozialen Folgen kapitalistischer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften zu tun hat, ihren selbstproduzierten Not- und Bedarfslagen, gehört sie fast notgedrungen zu den Skeptikern und Kritikern der Modernisierung. Insofern betont Klaus Mollenhauer (1974, S. 21) in seinem Klassiker „Einführung in die Sozialpädagogik", dass sich die Gesellschaft „im Sozialpädagogen einen ihrer heftigsten Kritiker" produziert. Er hört, sieht, riecht, schmeckt und fühlt den Alltag von Armut, Ausgrenzung, Verlust und Verlustängsten, von Vereinsamung und Bedürftigkeit, den Schattenseiten der Moderne, tagtäglich, und bekommt sie nicht nur im Gesellschaftsteil von „SPIEGEL" und „ZEIT" vorgeführt. Wer da nicht irgendwann zum Kritiker der Gesellschaft wird, muss schon ein dickes Fell haben.

Und auch ein nur flüchtiger Blick in die Geschichte der Sozialen Arbeit offenbart ihre Affinität zum Politischen, denn ohne Zweifel ste-

hen an ihrer Geburtswiege die unterschiedlichsten Sozialen Bewegungen, von der Frauen- über die Jugend- bis hin zur Arbeiterbewegung, wie es u.a. C.W. Müller (zuletzt 2001) in seinen historischen Studien eindrucksvoll aufgezeigt hat. Und spätestens mit ihrer Akademisierung und Politisierung Sozialer Arbeit ab Ende der 1960er Jahre mündete die politische Sensibilität der Sozialen Arbeit in einer offensiv eingeforderten politischen Aktivierung und Positionierung sozialarbeiterischen Denkens und Handelns (vgl. etwa Hollstein/ Meinhold 1973). Diskutiert wurde grundsätzlich darüber, ob die Soziale Arbeit als Agent und Handlanger des kapitalistischen Systems überhaupt die Interessen der deklassierten bzw. von Deklassierung bedrohten Arbeiter vertreten könne. Diejenigen, die auf der Notwendigkeit Sozialer Arbeit bestanden, sahen es als Aufgabe der (dann fortschrittlichen) Sozialen Arbeit an, die deklassierten oder von Deklassierung bedrohten Proletarier wieder in ihren Klassenzusammenhang zurückzuführen, oder aber die Ausgegrenzten in ihrem Ausgegrenztsein zu politisieren und sie dabei zu unterstützen, sich solidarisch durch politischen Kampf ihre Rechte zu erstreiten. Die Chance einer fortschrittlichen Sozialarbeit wurde in ihrer Politisierung gesehen, das in einem „Bündnis der Sozialpädagogen mit der Arbeiterklasse" (Autorenkollektiv 1971, S. 301) münden sollte.

Ohne hier auf die grandiosen Misserfolge von Randgruppenstrategien und Politisierungsphantasien einzugehen[1], ist der nicht hintergehbare Ertrag dieser Debatte ein doppelter: Zum einen lenkte die Debatte bei aller normativen Ausrichtung den Blick auf die Tatsache, dass die Soziale Arbeit ein politischer Akteur im System moderner Gesellschaften ist, worauf an späterer Stelle noch einzugehen sein wird. Zum anderen etablierte sie ein „politisiertes" Selbstverständnis Sozialer Arbeit, das in den öffentlichen Bildern und Stereotypen von SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen bis zum heutigen Tag lebendig ist (vgl. Scherr 2001).

Unabhängig von den politischen Größenphantasien dieser Epoche ist unstrittig, das der Gegenstand Sozialer Arbeit, der Umgang mit den psychosozialen Nebenfolgen moderner Gesellschaften, notwendig eine politische Sensibilität ver-

langt, um die Genese der Probleme ihrer KlientInnen, aber auch der Rahmenbedingungen und Zielprogrammierungen ihres eigenen Handelns angemessen verstehen und nutzen zu können. Doch bedeutet die Notwendigkeit politischer Sensibilität von SozialarbeiterInnen zwangsläufig auch, dass die Soziale Arbeit als Profession einen politischen Auftrag hat? Haben SozialpädagogInnen ein politisches Mandat? In dem schon erwähnten Sammelband wird über diese Frage heftigst gestritten. Eine Minderheit vertritt die Meinung, die Soziale Arbeit habe an sozialer Verantwortung einen politischen Auftrag als Menschenrechtsprofession (vgl. Schneider 2001, S. 32). Andere sehen zwar, dass die Soziale Arbeit kein öffentliches Mandat zur Gesellschaftsveränderung erteilt bekommen hat (zumindest dürfte dieser Passus in wenigen Arbeitsverträgen enthalten sein), gleichwohl plädieren sie im Interesse der KlientInnen für eine Selbstmandatierung (Kusche/Krüger 2001, S. 23 f). Die Mehrzahl der Autoren lehnt ein politisches Mandat der Sozialen Arbeit mit guten Gründen ab. Ein Mandat, einen Auftrag erhält man durch demokratische Wahlen oder demokratisch legitimierte Institution. Dieses Mandat ist öffentlich definiert, limitiert und legitimiert. In diesem – zugegeben formalen - Sinne hat die Soziale Arbeit keinen politischen Auftrag zur sozial gerechten Verbesserung der Gesellschaft.

Eine Soziale Arbeit, die sich aufgrund ihres sozialen (Ge-)Wissens und ihrer sozialen Verantwortung selbst einen solchen gesellschaftsverändernden (oder gar revolutionären) politischen Auftrag zuspricht, ähnelt in ihrer Anmaßung dem alten bevormundenden Fürsorgedenken, in ihrer Komik dem lautstark rufenden, gleichwohl wenig erhörten christlichen Prediger in der Einkaufszone irgendeiner Großstadt am Samstag Nachmittag. Mehr noch: Wenn es eine politische Sozialarbeit in diesem Sinne gäbe, was wäre dann ihre konsensuale Position? Es ist eine Illusion, dass es *die* politische Position der Sozialen Arbeit gäbe, weder in der Disziplin, noch in der Profession. So wie 1968 die Mehrzahl der praktizierenden SozialarbeiterInnen von der Kritik der neuen Generation und ihrer politischen Avantgarde allenfalls belästigt und verunsichert wurde, aber kein einheitliches, politisch aufgeklärtes SozialarbeiterInnenbewusstsein entwickelte, so ist auch heute *die* einheitliche politische Position der Sozialen Arbeit etwa gegen Sozialabbau und Repression gegen

Arbeitslose und Arme nicht auszumachen (vgl. Scherr 2001, S. 115).[2]
Ein erstes Zwischenfazit auf der Suche nach der politischen Sozialarbeit: Die Soziale Arbeit ist eine Profession, zu deren professioneller Grundausstattung unzweifelhaft eine politische Sensibilität für die Ursachen der zu bearbeitenden Problemlagen und die sozialpolitischen Rahmenbedingungen ihrer Hilfsangebote gehört. Ohne dieses gesellschaftspolitisch aufgeklärte Verständnis von Sozialer Arbeit muss diese notwendigerweise blind bleiben für die politischen (Neben-) Wirkungen ihres alltäglichen Handelns. Gleichwohl: Einen gesellschaftskritischen oder gar gesellschaftsverändernden Auftrag hat die Soziale Arbeit nicht, auch wenn manche ihrer Vertreter dieses mit klugen Worten immer wieder zu beschwören versuchen.[3]
Der Blick auf das Selbstbewusstsein allein kann mithin die Frage des politischen Charakters der Sozialen Arbeit nicht klären. Notwendig ist es deshalb, die Anregung der 70er Jahre aufzugreifen, und nach der bzw. den politischen Funktionen der Sozialen Arbeit zu fragen.

Zur politischen Funktion Sozialer Arbeit

Bis in die 1970er Jahre hinein dominierte in der Profession ein Selbstverständnis, das um den Begriff der Hilfe kreiste. Soziale Arbeit wurde, etwa bei Hans Scherpner (1962, S. 128), als Ausdruck „der Sorge für die Glieder der Gemeinschaft, die sich in der Gemeinschaft nicht halten können" gefasst. Mit dieser in der Tendenz eher unpolitischen Deutung der Aufgabe der Sozialen Arbeit im gesellschaftlichen Gefüge räumte die Debatte der 1970er Jahre radikal auf. Ausgehend von der Antihese, dass Soziale Arbeit nämlich im Grunde nichts anderes sei als eine mehr oder minder „sanfte Proletarierpolizei", die für den reibungslosen Nachwuchs an Arbeitskräften zu sorgen habe, entwickelte sich ein zunehmend differenziertes Verständnis der Rolle Sozialer Arbeit im Handlungsgefüge moderner Gesellschaften. Ohne hier die Wendungen und Untiefen der Debatte nachzeichnen zu wollen und zu können, scheinen mir zwei Erträge für die Frage nach der „politischen Sozialarbeit" besonders bedeutsam (vgl. ausführlich Galuske 2002):
(1) Soziale Arbeit ist Teil der sozialpolitischen Regulation von Lebensläufen und sozialen Konflikten. Während sich die monetäre Sozialpolitik auf die materielle Reproduktion der Menschen konzentriert, arbeitet Soziale Arbeit vorrangig an der symbolischen Reproduktion der Gesellschaft, oder wie es Thomas Olk knapp und treffend ausdrückt: Soziale Arbeit ist immer Ausdruck gesellschaftlichen Interesses an der Erhaltung von „Normalität". Sie hat einen gesellschaftlichen Auftrag und handelt im öffentlichen Interesse. Der gesellschaftliche Auftrag liegt in der „Bewahrung und Reproduktion von Normalzuständen bzw. Normalverläufen" (Olk 1986, S. 6), der „vorsorglichen Vermeidung und kurativen Beseitigung von Normverletzungen bzw. anders gewendet ... der Gewährleistung durchschnittlich erwartbarer Identitätsstrukturen" (Olk 1986, S. 12). Damit erfüllt Soziale Arbeit Kontrollaufgaben, indem sie im Rahmen ihrer Interventionen „normale" Entwicklungsverläufe, Lebensumstände etc. im Blick hat und damit zur Stabilität der gesellschaftlichen Ordnung beiträgt.[4] Die systemtheoretische Debatte hat die Funktionspalette der Normalisierungsagentur Sozialarbeit nochmals präzisiert (vgl. Bommes/Scherr 1996): Demnach betreibt Soziale Arbeit Exklusionsvermeidung, wo sie Menschen hilft, nicht aus dem Normalitätsspektrum der herrschenden Gesellschaft herauszufallen. Dort wo dies bereits geschehen ist, etwa im Falle von Arbeitslosigkeit oder Delinquenz, hat sie zwei mögliche Funktionen: Wo dies erwünscht und möglich ist, betreibt sie Inklusionsvermittlung, indem sie mittels Kompetenzförderung u.ä. den Einzelnen in seinem Ringen um Normalität unterstützt und stärkt. Wo Reinklusion nicht möglich und/oder nicht erwünscht ist, übernimmt Soziale Arbeit die Funktion

des Exklusionsmanagements, der Befriedung, Bewachung und Beschäftigung der Ausgegrenzten.
(2) Das Besondere an der Sozialen Arbeit ist aber nun, dass sie ihren „Auftrag" notwendig nur im Medium der Lebenswelt bewältigen kann. Anders ausgedrückt: Glaubhafte und gelebte Werte, Normen, Haltungen, Normalitätsbilder und Lebensmuster können nicht per Recht verordnet oder per Geld erkauft werden, sie verlangen nach Interaktion, Beziehung, Vertrauen, positiven Erfahrungen, Wissen und

vielem mehr. Soziale Arbeit ist, disziplinär gesprochen, eine intermediäre Instanz, die zwischen System und Lebenswelt angesiedelt ist. Sie hat einen systemischen Auftrag, der es verlangt, sich verstehend auf die Lebenswelten der Individuen einzulassen, ohne in diesen aufzugehen. Ihren systemischen Auftrag, die Stützung von Lebensläufen und Abwehr von Desintegrationsrisiken muss die Soziale Arbeit primär in den Lebenswelten und sozialen Netzwerken der Menschen einlösen, an den Orten wo sie leben (oder versuchen ein neues Leben zu organisieren) und in Interaktion mit den betroffenen Menschen.
Was folgt aus dieser Funktionsbeschreibung Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz für die Suche nach der „politischen Sozialarbeit"?

1. Soziale Arbeit hat kein politisches Mandat, aber eine politische Funktion. Sie ist ein Element moderner sozialstaatlicher Regulation von Lebensläufen und sozialen Desintegrationsrisiken und insofern systemstabilisierend. Verändert sich die sozialstaatliche Rahmung und Koodierung – wie wir es in den letzten 20 Jahren in drastischer Form erlebt haben – verändern sich auch die Anforderungen an die Soziale Arbeit.
2. (Sozial-)Politische Sensibilität für die Bedingungen der Lebenslagen und Lebenswege der KlientInnen und den Vorgaben und Bedingungen der eigenen Hilfeleistung ist auf diesem Hintergrund eine professionelle Notwendigkeit, denn nur wenn ich eine Vorstellung von den sozialen Ursachen der zu bearbeitenden Bedarfs- und/oder Problemlagen habe und gleichzeitig um die sozialpolitischen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Hilfe weiß, kann ich realistisch und problembezogene Hilfe leisten. Gleichzeitig kann nur diese politische Sensiblität dafür Sorge tragen, dass die kontrollierenden Anteile Sozialer Arbeit nicht so weit überhand nehmen, dass Sie die Originalität ihres auf Verständigung setzenden Handlungsansatzes aufgibt. Wo nur noch Zwang ist, ist keine Soziale Arbeit mehr.

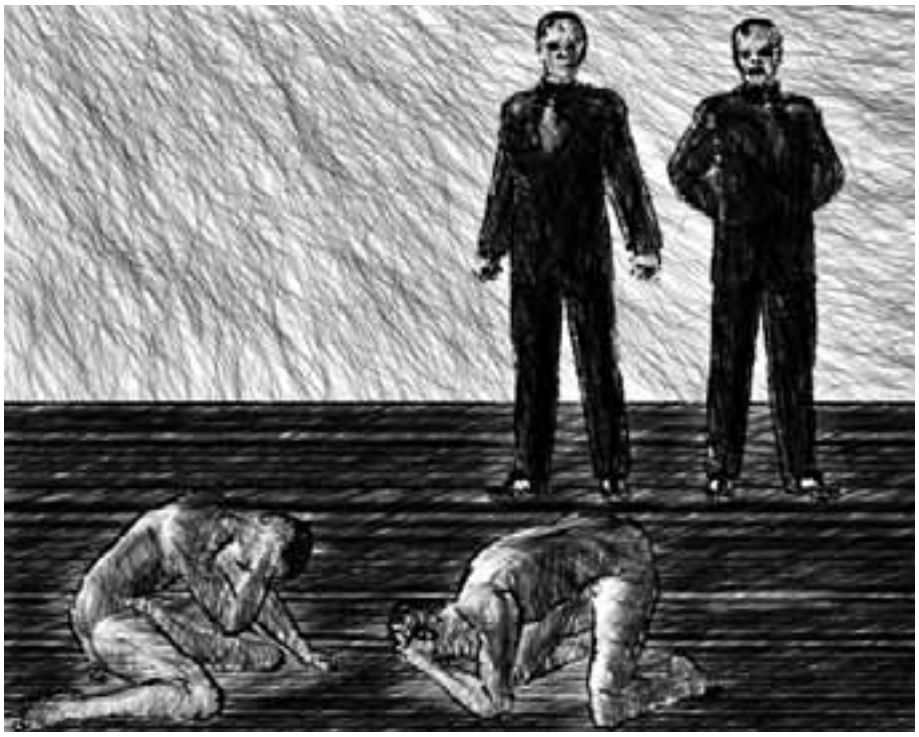
3. Durch ihre Nähe zu den psychosozialen Problemen der Menschen übernimmt Soziale Arbeit aber noch eine weitere – politische – Funktion. Indem sie ihre Aufgaben „vor Ort" erledigt, ist sie auch die erste Instanz, die auf für das System bedrohliche Entwicklungen aufmerksam machen kann. Insofern übernimmt Soziale Arbeit, indem sie Probleme der Lebenswelt öffentlich macht und „in das System übersetzt", eine Feuermelderfunktion. Insofern ist die Soziale Arbeit nicht nur durch eine politische Sensibilität und eine politische Funktion gekennzeichnet, sie hat gleichzeitig auch eine politische Verantwortung, nämlich die Folgen ökonomischer und politischer Entscheidungen aus der Sicht der Lebenswelt zurückzuspiegeln und öffentlich zu machen. „Die politische Aufgabe der Sozialen Arbeit liegt so betrachtet darin, mit ihren Mitteln dazu beizutragen, dass fachlich begründete Einsichten und Forderungen in politischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden" (Scherr 2001, S. 109).
Eine unpolitische Soziale Arbeit ist nach dieser Lesart eine unprofessionelle Soziale Arbeit, weil ihr professioneller Auftrag politische Reflexion und Beteiligung notwendig verlangt.

II. Soziale Arbeit im neoliberalen Modernisierungsprozess – Zumutungen und Reaktionen

Der Zeitpunkt, zu dem die Frage nach der politischen Funktion und politischen Verantwortung der Sozialen Arbeit wieder zu heftigen Kontroversen führt (nachdem sie jahrelang kaum einem Fachvertreter ein Gähnen entlocken konnte), ist nicht zufällig. Spätestens seit dem Ende des Ostblocks und des real nicht existierenden Sozialismus hat sich der sozialpolitische Wind im den Industrienationen westlicher Prägung gedreht, und zwar in einer dramatischen Geschwindigkeit. Der weltweite Siegeszug neoliberaler Ideen in Politik und Ökonomie und die immer lauter scheppernde Kritik am Sozialstaat, der zunehmend unbezahlbar wäre, ineffektiv sei und zudem noch die natürliche Selbsterhaltungskräfte der Menschen schwäche, weil er ihr Nichtstun unterstütze, führte weltweit zu einem Paradigmenwechsel in der Regulation des Sozialen.[5] Im Kern zielt das neue sozialstaatliche Modell des aktivierenden Sozialstaats (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2005) auf mehr Markt, weniger Staat und eine Privatisierung sozialer Risiken, die als ein Mehr an Eigenverantwortung verkauft wird. Aktivierung bedeutet im neuen Paradigma dreierlei: (a) Die Aktivierung der Arbeitsmärkte durch Deregulierung (Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten, Abbau von Flächentarifverträgen, Abbau von Steuern und Abgaben auf Unternehmenstätigkeiten und Kapitalerträge, Freihandel etc.), (b) auf eine Aktivierung der öffentlichen Verwaltung durch mehr Markt und (Kosten-)Konkurrenz (neue Steuerung, Kontraktmanagement, Qualitätsmanagement, Umstellung der Finanzierung sozialer Dienstleistungen auf Leistungsentgelte, Privatisierung usw.) sowie (c) eine Aktivierung der Bürger zu mehr Selbstverantwortung – zur Not mit Zwang (vgl. Galuske 2005).
In Deutschland lässt sich diese Politik idealtypisch an den so genannten Hartz-Gesetzen zur

Reform von Arbeits- und Sozialverwaltung veranschaulichen (vgl. Burghardt/Enggruber 2005): Ausweitung von Leiharbeit und Niedriglohnbeschäftigung, verschärfte Kontrollen, Sanktionen und Druck auf Arbeitslose, wobei fast jede Arbeit zu jeder Bedingung zumutbar ist und zugemutet wird. „Arbeit, Arbeit über alles – und bist du nicht willig ....", so das einfache und erfolglose Konzept der Hartz-Reformen, das angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen und noch ungenutzten Produktivitätsreserven erheblichen Ausmaßes ein wenig der Situation gleicht, als würde man als Schutz gegen das wachsende Ozonloch Sonnenbadpflicht verordnen. Für die Soziale Arbeit ist das Beispiel Hartz-Reformen insofern bedeutsam, als dass sich hier am Beispiel des Fallmanagements in der Arbeits- und Sozialverwaltung modellhaft nachlesen lässt, wie sich der aktivierende Sozialstaat „seine Soziale Arbeit" vorstellt: Als strengen, mit Sanktionsmacht ausgestatteten Berater, Begleiter, Kontrolleur und „Richter" auf dem Weg in einen Arbeitsmarkt mit schwindender Absorptionsfähigkeit, „workfare statt welfare", mit Zielvorgabe und Zwangsberatung.
Insgesamt birgt das Modell des aktivierenden Sozialstaats für eine Soziale Arbeit, die in ihrem Selbstverständnis noch einer anderen Epoche des Sozialstaats nachhängt[6], eine Menge an politischer Provokation. Einige Stichworte zur Veranschaulichung:

(1) Da wird die Soziale Arbeit selbst umgebaut und bekommt als Heilmittel für ihre chronische Ineffizienz den Markt verschrieben, was nicht bar einer gewissen Ironie ist, wurde die Soziale Arbeit doch gerade geboren, um die sozialen Folgen einer Marktgesellschaft zu bearbeiten. Die verordnete marktorientierte „Neue Steuerung", das Kontraktmanagement gepaart mit neuen, leistungsbezogenen Vergabe- und Finanzierungsmodellen, verwandelt Verwaltungseinheiten in Kleinunternehmen, die Einrichtungsteile outcourcen und ihre Beziehungen intern und extern per Vertrag regeln. Überprüft werden die vertraglichen Leistungen durch betriebswirtschaftliche Qualitätssicherungs- und Controllingsysteme, die in keiner sozialen Einrichtung zu Beginn des 21. Jahrhunderts fehlen dürfen. Leistungen werden zu Produkten und das Qualitätshandbuch nach DIN EN ISO 9000 ff. garantiert gleichbleibende Produktqualität zu jeder Zeit – wie bei McDonalds, Burgerking und Kentucky Fried Chicken.
(2) Die sozialen Folgen der neuen Gesellschafts- und Sozialpolitik sind hinlänglich belegt und bekannt. Armut und Ausgrenzung im Lande nehmen zu, Arbeitslosenquoten liegen stabil hoch, die Armutsquote ist allein zwischen 1998 und 2003 laut 2. Armuts- und Reichtumsbericht von 12,1 % auf 13,5 % gestiegen, bei Kindern von 13,8 % auf 15 %, bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen gar von 14,9 % auf 19,1 %. Im Juli 2005 erhielten 3,7 Millionen Bedarfsgemeinschaften eine Grundsicherung für Arbeitslose. Derweil vermelden die Börsen sprunghafte Zuwächse, Unternehmen verzeichnen Rekordgewinne – und kündigen im nächsten Schritt weitere Massenentlassungen an, die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander, die Gesellschaft der Shareholder und Selbstunternehmer entsolidarisiert sich in rasantem Tempo.
(3) Dafür spricht auch, dass in den letzten Jahren eine Politik gegen Arme und Arbeitslose Alltag in (fast) allen Parteien geworden ist. Das alte Lied von der sozialen Hängematte wird zur allgegenwärtigen Hintergrundsmelodie gerade vollzogener oder angekündigter Kürzungen oder anderweitiger Verschärfungen. Jeder angemeldete Hilfebedarf wird unter Verdacht gestellt, egal ob Ex-Kanzler Schröder das „fehlende Recht auf



Faulheit" beschwört oder Ex-Wirtschaftsminister Clement in einer der letzten von ihm verantworteten Schriften seines Hauses mit dem Titel „Vorrang den Anständigen" im Hinblick auf Menschen, die die Regelungen von Hartz IV ausnutzen, betont: „Biologen verwenden für ‚Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben' übereinstimmend die Bezeichnung ‚Parasiten'. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf Menschen zu übertragen. Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert" (BMWA 2005, S. 10).
Und wenn man Menschen regierungsamtlich und kaum widersprochen mit Parasiten vergleicht, ist der Schritt nicht weit, sie auszusondern und wegzusperren. Systematisch gesprochen: Die Kehrseite des Sozialstaatsabbaus ist in allen Ländern eine verschärfte strafrechtliche Kontrolle und Verfolgung der Armen, besonders krass in den USA. Beispielhaft seien die exorbitante Steigerung der Inhaftiertenzahlen in den USA genannt, die sich Mitte 2002 auf über 2.000.0000 Inhaftierte belief (vgl. Le Monde Diplomatique Nr. 7077 vom 13.06.2003, S. 22). Damit nimmt die USA im internationalen Vergleich den unangefochtenen Spitzenplatz ein, deutlich vor Ländern wie Russland oder China. Während sich in Russland „nur" 628 Einwohner pro 100.000 in Haft befinden, sind dies in den USA 686. Zum Vergleich: England und Portugal repräsentieren mit 135 Inhaftierten pro 100.000 Einwohner europäische Spitze, Deutschland liegt auch hier mit 91 im hinteren Feld, aber auch hier deutet sich eine Neigung zu mehr Härte an (vgl. Rückert 2006).
Der Kapitalismus produziert „menschlichen Abfall" und beginnt, wie Zygmunt Baumann (2005, S. 75) dies ausgedrückt hat, „die Unfähigkeit, sich am Spiel des Marktes zu beteiligen", zunehmend zu stigmatisieren und zu kriminalisieren.
Mehr als genug Anlass also, um die professionell notwendige politische Sensibilität an den Tag zu legen und politische Verantwortung zu übernehmen! Doch wie steht es mit der „politischen Sozialarbeit"?
In der Tat finden sich eine Vielzahl an Verlautbarungen, Kommentaren, Analysen, Studien und Kongresskommunikees, die die Neoliberalisierung von Staat und Gesellschaft thematisieren und deren Folgen öffentlich machen. Und auch vor Ort dürften sich viele Projekte und Initiativen finden, die politisch aktiv werden, etwa gegen die Hartz-Gesetze und ihre Folgen. Gleichwohl scheinen sie mir nicht das Bild und den „mainstream" der gegenwärtigen Praxis Sozialer Arbeit zu prägen. Mit Lothar Böhnisch, Wolfgang Schröer und Hans Thiersch (2005, S. 15) gesprochen deutet vieles darauf hin, dass die „zeitgemäße sozialpädagogische Praxis" auf sozialtechnologisch verwertbares Praxiswissen abzielt. In der Tat scheint die Soziale Arbeit recht flächig dabei zu sein, sich dem neuen Zeitgeist anzupassen. Einzelfallhilfe mutiert zum Case Management, Gemeinwesenarbeit wird zum Quartiersmanagement, Sozialraumorientierung mutiert zur Sozialraumbudgetierung, Einrichtungen betreiben Werbung, definieren Produkte und sichern ihre Qualität durch betriebswirtschaftlich erprobte Verfahren, betreiben Benchmarking und Outsourcing, und auch der politische Ruf nach Wiedereinführung der „geschlossenen Unterbringung" für jugendliche Abweichler stößt nicht auf taube Ohren, obwohl ein auch nur flüchtiger Blick in die entsprechende Forschung die fachliche Unsinnigkeit dieses Weges nachhaltig ins Gedächtnis gerufen hätte.
In allen diesen Debatten gab und gibt es immer kritische Stimmen, aber sie blieben nach meiner Einschätzung in der Minderheit und tangierten die mit neuem Unternehmergeist ausgestatteten Träger in ihrem Konkurrenz- und Überlebenskampf nur peripher. Der „mainstream" folgt dem neuen Zeitgeist und versuchte das „Gute" in diesen Entwicklungen zu entdecken – und für sich zu nutzen. So wurde das verordnete Qualitätsmanagement kurzerhand umgedeutet zur Chance zur Förderung fachlicher Rationalität, und der Wettbewerb diene der „Kundensouveränität". Dabei übersah man allerdings, dass die Instrumente in erster Linie einem Zweck dienten: der Einsparung von Sozialkosten durch Rationalisierung – zur Not auf Kosten von Leistungsverdichtung, offenen Problemzugängen und fachlichen Standards.
Es gibt viele Beispiele, an denen man zeigen könnte, dass sich die Soziale Arbeit im Prozess der Neoliberalisierung von Staat und Gesellschaft, ja auch im Prozess ihrer eigenen Ökonomisierung eher selten als Stachel im Fleisch erwiesen hat, und häufiger als mehr oder minder willfähriger Erfüllungsgehilfe der neuen Sozialstaatsphilosophie in Erscheinung getreten ist.

III. Soziale Arbeit zwischen Politisierung und Funktionalisierung

Soziale Arbeit ist immer politisch, auch dort, wo sie kein Bewusstsein ihres politischen Charakters besitzt. Insofern gilt, dass Soziale Arbeit wie eh und je ihre herrschaftliche Funktion der Normalitätssicherung erfüllt, nur ist die Normalität heute

halt eine andere als noch zu Beginn der großen Expansionsphase der Sozialen Arbeit in den 1970er Jahren. In diesem Sinne ist die politische Soziale Arbeit so lebendig wie eh und je.

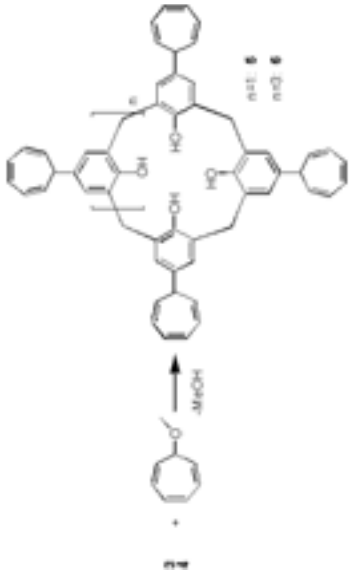
Fragt man hingegen, inwieweit sich Soziale Arbeit im Prozess der Neoliberalisierung als politisch kenntnisreicher Akteur positioniert, der die Folgen der Ökonomisierung von Gesellschaft, Lebenswelten und Sozialer Arbeit kritisch und sensibel aus der Perspektive ihres fachlichen Horizontes begleitet und kommentiert, so ist meine Einschätzung wie angedeutet eher skeptisch. Die Stimme der Sozialen Arbeit in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Sozialstaatsabbau und Ökonomisierung der Lebenszusammenhänge ist weder besonders laut, geschweige denn auch nur annähernd einstimmig, noch trifft sie auf auch nur halbwegs offene Ohren. Warum auch, wenn die Mehrzahl sich eher der Frage der technologischen Umsetzung der neuen neoliberalen Programmatik widmet und sich dabei noch ihrer Sachzwangrhetorik bedient.

„Der Sozialstaat muss sparen, deshalb muss die Soziale Arbeit effizienter werden und die alte Formel von der Hilfe zur Selbsthilfe endlich ernst nehmen und die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Klienten stärken." Wie viele Methoden und Methödchen begründen so ihre Existenzberechtigung? Da wird etwa der besondere Nutzen des Case Managements, einer zur Zeit besonders beliebten und politisch gepuschten Methode, mit dem Hinweis begründet, sie entspreche in besonderer Weise dem neuen sozialstaatlichen Anforderungsprofil nach effektiver Hilfe, die auf die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Klienten setze (Kleve 2006, S. 14).[7] Das ist Sozialtechnologie pur und wahrlich kein gutes Beispiel für die professionell notwendige politische Sensibilität und Verantwortung angesichts von Sozialstaatsabbau, Ökonomisierung und Paternalisierung des Sozialstaats! Kein Zweifel an der Sachzwanglogik der Sozialstaatskritiker trübt diese Argumentation, wo doch ein auch nur flüchtiger Blick in die offiziellen Statistiken zeigt, dass unsere Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten nicht ärmer geworden ist, sie hat nur beschlossen, den Reichtum anders zu verteilen und die Unternehmen und Kapitaleigner aus ihrer sozialen Verantwortung für das Gemeinwesen zu entlassen (vgl. Weiss/Schmiederer 2005).

Folgt man der Feststellung Siegfried Müllers (2001, S. 150), dass „das Gütekriterium der Politikfähigkeit der Sozialen Arbeit ... ihre Fachlichkeit" ist, und nicht die Qualität ihrer Selbstdarstellung als selbstloser Anwalt der Bedürftigen oder das Maß ihrer Willfährigkeit, mit der sie sich die Parolen des neoliberalen Zeitgeistes zu eigen macht, so sollte sie ihre politische Sensibilität zunächst in dem Feld entwickeln, in dem sie auch ein politisches Mandat hat, nämlich in Bezug auf das Berufsfeld der Sozialen Arbeit selbst. Hier gibt es genug zu analysieren, zu politisieren und zu skandalisieren, wie zum Beispiel

- den wachsenden Kosten- und Wettbewerbsdruck auf die Anbieter Sozialer Dienstleistungen und deren Auswirkungen auf die fachliche Qualität der Angebote;
- die wachsende Vereinnahmung Sozialer Arbeit im Interesse öffentlicher Ordnung und Sicherheit und damit einhergehend ein steigender Anteil an Kontroll-, Sanktions- und Verwahraufgaben;
- die flächendeckende Verpflichtung der Sozialen Arbeit auf das neue Leitbild des unternehmerischen Menschen, der permanent auf die Pflege seiner Marktgängigkeit bedacht ist, „selbstverantwortlich" im Erfolg wie im Scheitern;
- und, nicht zuletzt, die rapide sich verschlechternden Arbeitsbedingungen in Sozialen Berufen, die gekennzeichnet sind durch fortschreitende Leistungsverdichtung, Lohnabbau und eine steigende Zahl an unsicheren Beschäftigungsformen (vgl. Sozial Extra 1/2006).

Ohne allzu dramatisch enden zu wollen: Die Soziale Arbeit steht ohne Zweifel an einem Scheideweg.



Wird sie, nicht zuletzt unter dem Druck ihrer eigenen Ökonomisierung zum sozialtechnologischen Erfüllungsgehilfen der neuen Sozialstaatsdoktrin oder gelingt es ihr, sich auf der Basis ihrer fachlichen Kompetenz in den politischen Diskurs einzubringen, mit ihrem Wissen um die sozialen und psychischen Folgen der gegenwärtigen Prozesse? Die politische Sensibilität und Verantwortung der Sozialen Arbeit wird sich aber vor allem dort erweisen, wo sie sich fachlich begründet den Zumutungen des aktivierenden Sozialstaats widersetzt, wo sie – mit guten Gründen - „nein" sagt und z.B. nicht mit auf den 1-Euro-Zug aufspringt, sich

nicht den autoritär-fürsorglichen Zumutungen der schönen, neuen Hartz IV-Welt beugt oder sich nicht an der Aussonderung, Stigmatisierung und ordnungspolitischen Befriedung sozial benachteiligter Zielgruppen und Wohngebiete beteiligt. Ihrem fachlichen Profil und letztlich auch ihrer öffentlichen Anerkennung käme eine solche klare Haltung nur zu Gute, denn eine Profession, die ihre Fachlichkeit wie ein Fähnchen im Winde präsentiert, darf nicht darauf setzen, als kompetenter Gesprächspartner ernst genommen zu werden. Eine professionelle Soziale Arbeit, die ihre politische Sensibilität und Verantwortung im oben entwickelten Sinne ausfüllt, ist zwar gegenwärtig (noch) nicht tot, aber es bedarf einiger Mühen und Anstrengungen, den leicht modrigen Geruch nicht wahrzunehmen, der sie nach den sozialpolitischen Stürmen der letzten Jahre umgibt.

Literatur

Autorenkollektiv: Gefesselte Jugend. Fürsorgeerziehung im Kapitalismus, Frankfurt a.M . 1971.

Baumann, Z.: Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne, Hamburg 2005.

Böhnisch, L.: Die Kapitalismusdebatte, der Sozialstaat und die Soziale Arbeit, in: Sozial Extra 7-8/2005, S. 6 – 9.

Böhnisch, L./Schröer, W./Thiersch, H.: Sozialpädagogisches Denken. Wege zu einer Neubestimmung, Weinheim/München 2005.

Bommes, M./Scheer, A.: Exklusionsvermeidung, Inklusionsvermittlung und/oder Exklusionsverwaltung. Zur gesellschaftstheoretischen Bestimmung Sozialer Arbeit, in: neue praxis 2/1996, S. 107 - 123.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Vorrang den Anständigen, Berlin 2005.

Burkhardt, H./Enggruber, R. (Hg.): Soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Weinheim/München 2005.

Cremer-Schäfer, H.: Ein politisches Mandat schreibt man sich zu. Zur Politik (mit) der Sozialen Arbeit, in: Merten (2001), S. 55 – 70.

Dahme, H.-J./Kühnlein, G./Wohlfahrt, N.: Zwischen Wettbewerb und Subsidiarität. Wohlfahrtsverbände unterwegs in die Sozialwirtschaft, Berlin 2005.

Dahme, H.J./Wohlfahrt, N. (Hg.): Aktivierende Soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis, Baltmannsweiler 2005.

Friedmann, M.: Alle Steuern sind zu hoch, in: Der Spiegel 41/2000, S. 128 - 132.

Galuske, M.: Flexible Sozialpädagogik, Weinheim/München 2002.

Galuske, M.: Hartz-Reformen, aktivierender Sozialstaat und die Folgen für die Soziale Arbeit – Anmerkungen zur Politik autoritärer Fürsorglichkeit, in: Burkhardt/Enggruber (2005), S. 193 – 212.

Hansen, E.: Das Case/Care Management, in: neue praxis 2/2005, S. 107 – 125.

Hollstein, W./Meinhold, M.: Sozialarbeit unter kapitalistischen Reproduktionsbedingungen, Frankfurt a.M. 1973.

Kleve, H.: Systemisches Case Management, in: SiO 1/2006, S. 14 – 16.

Kreft, D.: Hat die Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Oder: Was müsste wohl Inhalt eines hippokratischen Eides für die Professionellen der Sozialen Arbeit sein? In: Merten (2001), S: 159 – 178.

Kusche, C./Krüger, R.: Sozialarbeit muss sich endlich zu ihrem politischen Mandat bekennen! In: Merten (2001), S. 15 – 16.

Lauwers, L.: Politische Verantwortung braucht Fleißarbeit, nicht Marktgeschrei! In: Merten (2001), S. 131 – 144.

Merten, R. (Hg.): Hat die Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Opladen 2001.

Müller, C.W.: Helfen und Erziehen. Soziale Arbeit im 20. Jahrhundert, Weinheim/Basel 2001.

Müller, S.: Soziale Arbeit: Ohne politisches Mandat politikfähig, in: Merten (2001), S. 145 – 152.

Mollenhauer, K.: Einführung in die Sozialpädagogik, 5. ergänzte Auflage Weinheim/Basel 1974.

Olk, Th.: Abschied vom Experten. Sozialarbeit auf dem Weg zu einer alternativen Professionalität, Weinheim/München 1986.

Rückert, S.: Ab in den Knast, in: Die Zeit, 22/2006, S. 15 – 18.

Scherr, A.: Auf der Suche nach dem Politischen in der Sozialen Arbeit. Ein Vorschlag für ene differenzierte Debatte, in: Merten (2001), S. 101 – 120.

Scherpner, H.: Theorie der Fürsorge, Göttingen 1962.

Schneider, V.: Sozialarbeit zwischen Politik und professionellem Auftrag: Hat sie ein politisches Mandat? In: Merten (2001), S: 27 – 40.

Weiss, H./Schmiederer, E.: Asoziale Marktwirtschaft, Köln 2005.

---

[1] Dieter Kreft (2001, S. 154) spricht von den „Fiaski Anfang der 70er Jahre".

[2] So haben etwa Dahme/Kühnlein/Wohlfahrt (2005) in einer empirischen Erhebung ermittelt, dass die Modernisierung und Ökonomisierung von Sozialstaat und Sozialer Arbeit von den befragten Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen mehrheitlich positiv eingeschätzt wird, ein Trend, der sich mit der eher kritischen Fachdiskussion nicht unbedingt deckt.

[3] In diesem Sinne ist Leo Lauwers (2001, S. 133) zuzustimmen: „Wenn die Berufsgruppen der Sozialen Arbeit für sich ein politisches Mandat beanspruchen, so kann ein solches Mandat allenfalls die eigenen Interessen und Bedürfnisse dieser Berufsgruppen betreffen, nicht aber die Interessen und Bedürfnisse ihrer Klienten."

[4] Helga Cremer-Schäfer (2001, S. 63) betont: „Institutionen regulieren Handlungsmöglichkeiten, d.h. sie herrschen durch die Ressourcen, die sie (den einen) zur Verfügung stellen und (den anderen) verweigern. Wer sie nutzt, um sich zu reproduzieren, unterwirft sich gleichzeitig der Selektivität der Institution. Wer darin arbeitet, beteiligt sich an institutionalisierter Herrschaft und leistet „Herrschaftsarbeit"."

[5] Es gehört zu den historischen Paradoxien, dass es nicht nur in Mitteleuropa vor allem sozialdemokratische Regierungen waren, die den Paradigmenwechsel hin zum so genannten aktivierenden Sozialstaat vorantrieben. Milton Friedmann zumindest, einer der Urväter des Neoliberalismus, lobte im Jahr 2000 die sozialdemokratischen Regierungschefs Westeuropas, allen voran Tony Blair und Gerhard Schröder: "Es ist in der Tat erstaunlich, dass es linken Parteien leichter fällt, rechte Reformen durchzusetzen. Das ist nicht nur in Deutschland so, sondern in halb Europa oder in Neuseeland. (...) Die jetzigen Reformen in Deutschland entsprechen eigentlich perfekt den Ideen der Regierung Kohl. Und dennoch musste erst Gerhard Schröder kommen, um sie durchzusetzen" (Friedmann 2000, S. 128).

[6] Lothar Böhnisch (2005, S. 9) betont zu Recht: „Auf den Typ des Sozialstaats, der sie groß gemacht hat, kann sie sich nicht mehr verlassen."

[7] Eckhard Hansen (2005) hat aufgezeigt, dass das Case Management international ein Instrument neoliberaler Sozialpolitik ist, das bis in die 90er Jahre hinein für das deutsche Sozialsystem eher fremd war. Allerdings kann man die flächendeckende Implementierung dieser Methode als Indiz für den im Prozess befindlichen neoliberalen Umbau der Gesellschaft werten.

Prof. Dr. Michael Galuske, geboren 1959 in Bochum. Seit Wintersemester 2003 Hochschullehrer für Sozialpädagogik am Fachbereich Sozialwesen der Universität Kassel. Arbeitsschwerpunkte: Theorie und Methoden der Sozialen Arbeit, Jugendsozialarbeit, Modernisierung und Soziale Arbeit.
Praktische Erfahrungen in den Arbeitsfeldern Jugendarbeit und Jugendberufshilfe. Autor und Herausgeber mehrerer Bücher, darunter der „Klassiker" „Methoden der Sozialen Arbeit". (Juventus Verlag)

Wir haben kein Recht uns nicht einzumischen!

DSA Tanja Wehsely

Nein. Sie ist natürlich nicht tot, die politische Sozialarbeit. Es gibt keine unpolitische Sozialarbeit. Und: Sozialpolitik existiert nur mit Sozialarbeit, auch deswegen tut Sozialarbeit gut daran, eben diese Politik mitzugestalten, zu beeinflussen. Aber auch grundsätzlich und ursächlich hält Sozialarbeit ein politisches Mandat für ihre KlientInnen und nicht zuletzt für die eigene Profession.
Natürlich, sie könnte da und dort etwas lebendiger sein, lauter, professioneller, partnerschaftlicher, ausdauernder, erwachsener. Aber – nebenbei bemerkt - all das trifft auch auf ihr Gegenüber zu, die Politik, genauer PolitikerInnen verschiedener Parteien.
Aber hier und jetzt geht es um die Sozialarbeit, um uns, unser Arbeitsfeld, unseren Zugang, Umgang, auch Werdegang. Und politische Sozialarbeit braucht Rahmenbedingungen, braucht spezifisches Verständnis, für die Gegebenheiten, Strukturen, Abläufe unserer Gesellschaft. Wann macht wer welches Gesetz und warum, wo können wir es beeinflussen? Sozialarbeit ist ohne Zweifel eine politische Disziplin.

Persönlicher Zugang

Ich komme aus der Wiener Jugendarbeit, genauer der mobilen Jugendarbeit Wiens. Mein besonderes Interesse galt und gilt noch immer Jugendlichen, wir nennen sie in der Wiener außerschulischen, nichtverbandlichen Jugendarbeit, benachteiligte Jugendliche. MigrantInnen der 2. und 3. Generation, aber auch „white trash". Es sind tolle, interessante Menschen, denen – auch bei uns – Chancengleichheit verwehrt wird, ein Recht auf ein gutes Leben erschwert wird, die nieder gehalten werden, um unseren eigenen Standard zu erhalten.

Auch wenn mich immer die Personen und Persönlichkeiten interessiert haben, mit denen ich gearbeitet habe, ist doch klar: Einzelfallarbeit allein hilft nichts und niemandem. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen müssen gestaltet und beeinflusst werden. Sozialarbeit, Jugendarbeit nicht als Systemerhaltung. Auch die so genannte „Mehrheitsgesellschaft" muss sich bewegen, muss Zugeständnisse machen. Es gibt nicht nur „Arbeitsprogramme" der Politik, es gibt Ideologie, es gibt politische Überzeugungen. Diese gehört gefordert und gefördert.

Es mag sein, dass wir in einer Zeit der „Postpolitik"[1] leben. Es soll nicht um grundsätzliche Probleme der Menschen gehen, um Schieflagen in der Gesellschaft, um soziale Ungerechtigkeit. Es geht um angepasste Programme, Maßnahmen, Fitmachen für eine Leistungsgesellschaft. Doch Sozialarbeit darf sich, meiner Ansicht nach, nicht zum Instrument von „Postpolitik" machen, muss daran arbeiten, zum Wesentlichen, zum Ursächlichen gesellschaftlicher Probleme durchzudringen. Sozialarbeit soll nicht auf der „Betroffenheitsschiene" fahren, soll nicht Mitleid für ihre KlientInnen wecken. Sozialarbeit muss Rechte fordern, handeln und verhandeln und zwar – im besten Fall - gemeinsam mit ihren KlientInnen.

„In der Sozialen Arbeit liegt das Hauptaugenmerk oft auf der subjektzentrierten bzw. gruppenbezogenen Ebene. Es ist im Hinblick auf bestimmte Personenkreise ... unerlässlich, auch auf der institutionellen sowie auf der sozialpolitischen Ebene zu arbeiten. Es geht hierbei vorrangig um die Schaffung demokratischer Strukturen und den Abbau von Hierarchien in den Institutionen ... und darüber hinaus, um die Schaffung von Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Einflussnahme auf politischer Ebene.
Professionelle Sozialarbeit stellt sich hierbei als koordinierende und vermittelnde Unterstützung in Zusammenwirkung mit den Betroffen dar."
Aus: http://de.wikipedia.org/wiki/Empowerment#Empowerment_in_der_sozialen_Arbeit

Professioneller Umgang

Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass die Innenschau, der Einzelfall, die Beziehungsarbeit, wenn auch ein wichtiger Teil, nur ein Teil unserer Arbeit sein kann.
Sozialarbeit muss sich zusehends - und ich betrachte das als einen wesentlichen Schritt in der Professionalisierung unserer Disziplin – als Mitgestalterin von Politik etablieren. Die Standbeine von Sozialarbeit sind Politik, Wissenschaft und Praxis. Es ist nahezu unlogisch, sicher auch ineffizient und nicht

effektiv, Programme auszuführen, die in großem Ausmaß von uns als ExpertInnen fachlich abgelehnt werden, da sie auf Grund ursächlicher Problemstellungen nicht zu einer Lösung im Sinne der Menschen, mit denen wir arbeiten, beitragen. Allerdings muss niemand „Fachfremder" unsere Expertisen erstellen, uns unsere „Wünsche für eine bessere Welt" von den Augen ablesen. Forderungen an die Politik stellen sich oftmals als naiv, unreflektiert, frappant unrealistisch dar. Ich erinnere: Mir geht es hier um unsere Disziplin, unsere Professionalität, nicht vorderhand darum, ob wir alles richtig machen und es wird nicht erkannt....

Die Wahrung des politischen Mandats der Sozialarbeit braucht unbedingt:

- Breites und fundiertes Wissen des bearbeiteten Feldes, der Rahmenbedingungen (also auch der Gesetze), des Klientels, der Problemstellung.
- Erstellung eines Katalogs an möglichen Lösungen für die bearbeitete Problematik – am besten im Einzelfall gegenwartsbezogen und „global" als Ziel.
- Wissen über verantwortliche Gesprächs- und VerhandlungspartnerInnen in Politik und Verwaltung.
- Allianzen im eigenen Feld und „verwandte" Bereiche.
- Medienkontakte, Öffentlichkeit.

Der Werdegang, die Ausbildung

Nach Jahrzehnten ist die Verankerung der Sozialarbeitsausbildung auf Fachhochschulebene gelungen. Die ersten SozialarbeiterInnen mit Vollstudium, als Mag./a der Sozialwissenschaften drängen ins Feld. Fragt sich natürlich, wurden sie auch dazu ausgebildet, das Bindeglied zwischen KlientenInnen und Politik zu sein? Das doppelte Mandat kritisch und reflektiert zu betrachten? Das politische Mandat zu wahren? Wurden sie ausreichend ausgestattet, das gesellschaftspolitische Geschehen, in dem sie agieren, historisch betrachten zu können, Schlüsse für die Gegenwart zu ziehen, ein aktiver Teil in der Gestaltung zu sein? Sind sie selbstbewusste Mitwirkende einer Menschenrechtsprofession, wo es, ohne Politik zu machen, Politik zu verstehen, eigentlich Politik zu mögen, nicht geht?

Für mich ist „gute" Sozialarbeit Arbeit am Fall UND an der Gesellschaft.

---

[1] **Post-Politik** *ist eine entpolitisierte Form der Politik. Der Rahmen, den es eigentlich zu diskutieren gilt, wird schon als gegeben angenommen.*
Der Begriff wurde von Jacques Ranciere, als Begriff der politischen Philosophie in Frankreich entwickelt, aus der Tradition Louis Althussers kommend, wie auch der Begriff "Postdemokratie" als weitgehende rechtliche Kanalisierung und also staatliche Disziplinierung politischer Energien[1].
Nach Slavoj Žižek ist Post-Politik ein Prozess, bei dem über das Aushandeln von Interessen, [...] ein mehr oder minder allgemeiner Kompromiss gestellt wird. Gefragt ist nicht mehr eine öffentlich Debatte, eine Politisierung, sondern ideologiefreie Ideen, die im (global-kapitalistischen) Rahmen funktionieren. Eine Menge von Experten, (globalen) Sozialarbeitern und anderen wird aufgeboten, um konkreten politischen Forderungen zu begegnen: es soll verhindert werden, dass sie sich verallgemeinern oder systemisch auswirken können.
http://de.wikipedia.org/wiki/Post-Politik

Tanja Wehsely, geb. 1972 in Wien, DSA, Absolventin des Universitätslehrgangs für Öffentlichkeitsarbeit, seit 2001 Stabstelle für Öffentlichkeitsarbeit im Verein Wiener Jugendzentren, davor Mobile Jugendarbeit. Hält Seminare und Fortbildungsveranstaltungen zu den Themen Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying, Moderatorin, Bezirksrätin in Wien.

FORTBILDUNG

„Berufsbegleitendes Training in Systemischen Aufstellungen" 2006 /2007

KURT FLEISCHNER

Diese Fortbildung richtet sich vor allem an Menschen in beratenden oder psychosozialen Berufen wie z.B. PsychotherapeutInnen, LebensberaterInnen PsychologInnen, Coaches, SupervisorInnen, SozialarbeiterInnen, SozialpädagogInnen und MediatorInnen.

8 Blockveranstaltungen zu 3 Tagen
Beginn: voraussichtlich **September 2006**

Nähere Infos unter:
E. & K. Fleischner OEG · Czerninplatz 4/14 · 1020 Wien
Tel. & Fax: +43-1-214 13 66 · e-mail: office@fleischner.at
www.fleischner.at

Elisabeth & Kurt Fleischner
SEMINARE·BERATUNG·TRAINING

VEREIN FÜR SYSTEMAUFSTELLUNG UND GANZHEITSMEDIZIN

bezahlte Anzeige

Pflicht oder Kür - Gibt es einen sozialpädagogischen Auftrag für SozialarbeiterInnen?

DSA Barbara Rader

Die Frage nach einem politischen Mandat der Sozialen Arbeit hat sich im Jahr 2000 auch eine Tagung in Deutschland gestellt und sie hat dort sehr emotionale Debatten ausgelöst. Im Anschluss an die Tagung brachte Roland Merten einen Sammelband heraus. Die Beiträge dazu stammen von Uni- und FH-ProfessorInnen, die großteils in der Ausbildung zur Sozialarbeit und –pädagogik in Deutschland tätig sind. Diese Diskussion ist nach wie vor aktuell, daher knüpfe ich im folgenden Artikel daran an.

Immer wieder begegnet einem in Sozialarbeiterkreisen die Vorstellung, dass SozialarbeiterInnen schon auf Grund ihrer Berufswahl und – ausbildung verpflichtet sind, sich auch sozialpolitisch zu engagieren, immer am „Puls der Zeit zu sein" und möglichst aktiv zu sozialpolitischen Themen Stellung zu nehmen.
Im Folgenden möchte ich mich mit der Frage beschäftigen, ob es tatsächlich einen sozialpolitischen Auftrag an einzelne SozialarbeiterInnen in ihrem Arbeitsbereich oder darüber hinaus gibt und wenn ja, wie dieser aussehen kann.

Grenzen des politischen Auftrags

Zum einen möchte ich mich Schneider anschließen, der meint, „dass jeder Bürger in diesem unserem Lande ein politisches Mandat hat, einen `Auftrag´ zum politischen Handeln" (Schneider in Merten 2001, 37).
Die Verpflichtung, sich politisch zu engagieren, ist also nicht nur auf die Berufsgruppe der SozialarbeiterInnen beschränkt, sondern gilt für alle BürgerInnen.
Zum anderen bin ich mit Lauwers der Ansicht, dass „die berufsständisch organisierten Sozialarbeitenden ein politisches Mandat für ihre eigene Berufsgruppe und für ihre eigene Berufstätigkeit beanspruchen [können], nicht aber für ihre Klientel und dessen Interessen" (Lauwers in Merten 2001, 134).
Alles andere würde voraussetzen, dass es innerhalb der Berufsgruppe selbst und zwischen der Berufsgruppe und dem unterschiedlichen Klientel, mit dem diese Berufsgruppe arbeitet, immer eine einheitliche Interessenslage gibt, die öffentlich vertreten werden kann (vgl. Merten in Merten 2001, 163).
Ebenso würde es außer Acht lassen, dass es Widersprüchlichkeiten zwischen den Interessen der Berufsgruppe und den Interessen der KlientInnen geben kann (vgl. Lauwers in Merten 2001, 133).
Außerdem stellt sich im Sinne einer funktionierenden Demokratie die Frage danach, wer den Auftrag erteilt hat und gegebenenfalls wieder zurückziehen kann.
Somit habe ich die Grenzen, innerhalb derer wir uns bewegen, abgesteckt und möchte mich nun der eigentlichen Frage nach dem sozialpolitischen Auftrag für einzelne SozialarbeiterInnen zuwenden.

Beruflicher Alltag als politisches Handeln

Klar ist hier der Kern-Auftrag der Sozialarbeit, wie ihn Schütze formuliert: „Wie jede andere Profession hat die Sozialarbeit nur das *eine* ungeteilte Mandat, nämlich, der ihr anvertrauten Klientel zu dienen" (Schütze in Merten 2001, 161).

Das heißt, dass es der erste Auftrag aller SozialarbeiterInnen ist, im beruflichen Handeln die jeweiligen KlientInnen in ihrem Interesse zu beraten, betreuen, etc. Alle weiteren Aufträge müssen sich diesem unterordnen.

Die Entscheidungen in der täglichen Arbeit sind allerdings auch ein politisches Handeln, da hier rechtliche Bestimmungen unter Berücksichtigung konkreter Problemlagen einzelner Personen und der Umstände vor Ort umgesetzt werden (vgl. Kusche/Krüger in Merten 2001, 20). Das bedeutet, dass jede/r SozialarbeiterIn in der Beratung/Betreuung darüber entscheidet, welche weiteren Ressourcen KlientInnen zur Verfügung stehen. Für wen befürworte ich eine finanzielle Aushilfe, die Zuweisung einer Wohnung, etc. Diese Möglichkeit ist ein politisches Mittel, mit dem wir alle nach eigener Zielsetzung oder Zielsetzung unserer Dienststelle umgehen können (vgl. Kusche/Krüger in Merten 2001, 20).

Jede/r von uns handelt also politisch, ob er/sie nun will oder nicht. Meines Erachtens ist dies aber ein politisches Handeln, das auch in anderen Tätigkeitsfeldern z.B. innerhalb der Behörde (Wohnungszuweisungen, Betriebsansiedlungen, diverse Förderungen, etc.) stattfindet.

Politisches Handeln als Aufzeigen von Fachkompetenz

Darüber hinaus gibt es eine Verantwortung auf Grund von professionellen Kompetenzen in „Prozesse der ... politischen Meinungs- und Willensbildung mit ... ihrem Fachwissen einzugreifen" (Sorg in Merten 2001, 50).

Lauwers meint konkret, dass es an uns liegt, „unsere gesamte professionelle Kompetenz *allen* für uns ... zugänglichen Entscheidungsträgern verfügbar zu machen, damit ihre Entscheidungen stets von einer Fachkompetenz getragen werden" (Lauwers in Merten 2001, 142).

Als Beispiel wären hier etwa einige Reformen im Bereich der Sozialhilfe/Wohnungslosenhilfe in Wien vor einigen Jahren zu nennen, in die Erfahrungswerte von SozialarbeiterInnen eingeflossen sind.

Lauwers meint weiters, dass es an jedem/r SozialarbeiterIn - egal in welcher Position - sei, allen erreichbaren Entscheidungsträgern auf allen Ebenen die „komplexen ... Zusammenhänge sozialer Missstände und Leiden verständlich und transparent zu machen, ihnen ... die wahrscheinlichen oder sicheren Folgen geplanter oder bereits getroffener Entscheidungen ... klar zu machen, ihnen praktizierbare und bezahlbare alternative Entscheidungsmöglichkeiten zu zeigen" (Lauwers in Merten 2001, 141).

Diese Verantwortung geht bereits ein Stück weit über die politische Verantwortung jedes/r BürgerIn hinaus, ist aber grundsätzlich kein spezieller Auftrag nur an die Berufsgruppe der SozialarbeiterInnen. Es ist im Interesse jeder Berufsgruppe gelegen, ihr ExpertInnenwissen in politische Entscheidungen einfließen zu lassen.

Politisches Handeln im Interesse der KlientInnen

Ein weiterer Aspekt dessen, was allen SozialarbeiterInnen sozialpolitisch möglich ist, ist das Vertreten von KlientenInneninteressen.
Dieses Vertreten der Interessen anderer ist nach Merten „so lange unbedenklich, wie angenommen werden kann, dass die von den Repräsentanten vertretenen Interessen auch tatsächlich die der ursprünglichen Gruppe sind" (Merten in Merten 2001, 166).

Seiner Ansicht nach entscheidet sich hier „das Verhältnis zwischen Hilfe und Entmündigung, zwischen Mündigkeit und Paternalismus" (Merten in Merten 2001, 166).

Wenn dem/der SozialarbeiterIn nicht explizit von KlientInnen ein Mandat erteilt wurde und dieses somit wieder zurückgezogen werden kann, bleibt die Frage offen, „wie dieses Mandat wirksam kontrolliert werden soll und kann, denn allein der gute Wille der professionellen Helfer dürfte wohl kaum ein tragfähiges Überprüfungskriterium sein" (Merten in Merten 2001, 166). Hier besteht also die Gefahr, dass gar nicht mehr die Interessen der KlientInnen sondern nur mehr - bestenfalls - deren angenommene Interessen, wenn nicht sogar – im schlimmeren Fall – vorgeschobene Interessen, die einem selbst Vorteile bringen, vertreten werden.

Um dieser Gefahr auszuweichen, empfiehlt Merten, dass SozialarbeiterInnen „ihre Klientel dazu befähigen, ihre Rechte selbstständig wahrnehmen zu können" (Merten in Merten 2001, 89).

Ein Beispiel wo dies gelungen ist, ist für mich die Wiener Straßenzeitung Augustin (oder ähnliche Projekte in anderen Bundesländern).

Dies wird nicht immer und überall umsetzbar sein, sollte aber hin und wieder angedacht werden, bevor wir vorschnell zu wissen meinen, was das beste für unsere KlientInnen ist.

Resümee

Zusammenfassend meine ich, dass es einerseits einen Auftrag zum sozialpolitischen Handeln für jede/n SozialarbeiterIn gibt, dieser Auftrag aber in vielen Punkten mit dem politischen Auftrag auch an andere Berufsgruppen vergleichbar ist.
Eine Besonderheit in der Sozialarbeit ist die Möglichkeit, KlientInnen in der Vertretung ihrer Interessen zu unterstützen bzw. sie zu dieser zu befähigen.
Wichtig ist auf allen Ebenen, dass wir uns unserer Möglichkeiten (bzw. unserer Macht) bewusst sind und verantwortlich damit umgehen.

Literatur:

Merten, Roland (Hg.) (2001): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Opladen

DSA Barbara Rader
Sozialarbeiterin in einem Haus für wohnungslose Männer, dzt. Elternkarenz, nebenberuflich Lehrbeauftragte an der FH St. Pölten

Was an dir Berg war, haben sie geschleift. Und dein Tal schüttete man zu. Über dich führt ein bequemer Weg (Bert Brecht)

Ist die politische Sozialarbeit tot?

DSA MMag. Dr. Christian Stark

Um die Frage des Leitthemas der aktuellen SiÖ-Ausgabe zu beantworten, ist zunächst zu klären: Was ist mit *politischer Sozialarbeit* gemeint bzw. wann wurde eine *politische Sozialarbeit* geboren?
Als Ausgangspunkt für eine begriffliche Abklärung stütze ich mich auf folgendes Zitat:

„SozialarbeiterInnen haben die Pflicht ihre Auftraggeber, Entscheidungsträger, Politiker und die Öffentlichkeit auf Situationen aufmerksam zu machen, in denen Ressourcen unangemessen sind oder in denen die Verteilung von Ressourcen, Maßnahmen und Praktiken unterdrückerisch, ungerecht oder schädlich ist".

Dieses Zitat stammt nicht aus einem SIÖ-Artikel der 70er Jahre, sondern aus dem Statement des IFSW bei der Weltkonferenz in Adelaide 2004: *Ethics in Social Work.*
In diesem Sinne verstehe ich unter politischer Sozialarbeit eine Sozialarbeit, die bei der Analyse von Ursachen sozialer Probleme und deren Verhinderung bzw. Bewältigung ihr Augenmerk auf strukturelle, gesellschaftlich bedingte Faktoren legt, diese öffentlich macht und oben genannten Auftrag als Erfüllung eines von mehreren Kernaufträgen professionellen sozialarbeiterischen Handelns betrachtet. Unter politischer Handlung verstehe ich dabei jede Aktivität, die eine positive Veränderung von Gesellschaftsstrukturen, die soziale Probleme bedingen, anstrebt: z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Kritik an repressiven Gesetzen, etc.
In diesem Sinne sind „politische SozialarbeiterInnen" SozialarbeiterInnen, die sich nicht zum Objekt herrschender Verhältnisse machen lassen, sondern als Subjekte versuchen, auf gesellschaftspolitische Verhältnisse, die die Problemlage ihrer Klientel mitbedingen, Einfluss zu nehmen und Sozialpolitik mitzugestalten.
Die zentrale Bedeutung dieser spezifisch politischen Dimension von Sozialarbeit unterstreicht auch Silvia Staub-Bernasconi in ihrem Konzept von Sozialarbeit als Menschenrechtsprofession (vgl. Staub-Bernasconi 1995, S. 413-425).
Diese Konzeption basiert auf dem UNO-Dokument „Human Rights" aus dem Jahre 1992, das Sozialarbeit explizit als Human-Rights-Profession beschreibt: Sozialarbeit soll zu einer Profession werden, die sich lokal, national wie international für soziale Gerechtigkeit als Weiterentwicklung von Menschen- und Sozialrechten einsetzt, auf diese Weise zu gesellschaftlichem Wandel beiträgt und dafür Sorge trägt, dass der Blick für die Verletzbarkeit von Menschen durch sozialökonomische Erschütterungen nicht verloren geht.
Menschenrechte sollen auch zentraler Bestandteil der Ausbildung sein, wozu auch Methoden der Aneignung von Definitionsmacht, der Einmischung und die Tätigkeit als soziale Anwältinnen für soziale Gerechtigkeit gehören (U.N. 1992, S.5-7).
Auch die internationale Definition von Social Work des IFSW impliziert einen politischen Auftrag:

„Soziale Arbeit als Beruf fördert den **sozialen Wandel** *und die Lösung von Problemen in zwischenmenschlichen Beziehungen, und sie befähigt die Menschen, in freier Entscheidung ihr Leben besser zu gestalten. Gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse über menschliches Verhalten und soziale Systeme greift Soziale Arbeit dort ein, wo Menschen mit ihrer Umwelt in Interaktion treten. Grundlagen der Sozialen Arbeit sind die Prinzipien der* **Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit"***(IFSW 2000, www.sozialarbeit.at).*

Die Frage nach dem Tod der politischen Sozialarbeit impliziert die Frage nach ihrer Geburtsstunde:

Ein Blick auf die Geschichte:

Politische Sozialarbeit ist so alt wie die Sozialarbeit selbst, wenn man die Geschichte der Sozialarbeit mit der Jahrhundertwende vom 19. auf das 20.Jahrhundert ansetzt.
Jane Addams wehrte sich zur Jahrhundertwende (19./20.Jh) vehement gegen die damals vorherrschende Ideologie vom individuellen Versagen der Armen gegenüber den Anforderungen des Lebens, die z.B. damals christliche Wohltätigkeitsorganisationen vertraten. Das von ihr im Rahmen der Settlement-Bewegung gegründete Hull House war die erste Organisation in den USA, die sich seit 1898 der systematischen Erfassung der Lebens-,

Gesundheits- und Arbeitsbedingungen in den Chicagoer Slums widmete, deren Ergebnisse für Addams die Argumentationsbasis für ihre Einmischung in die Tagespolitik auf lokaler und nationaler Ebene bildete. Sie sah die beste Möglichkeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Chicagoer Arbeitervierteln im Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen durch gewerkschaftliche Organisation und entsprechende staatliche Gesetzgebung gegen Formen der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft bzw. in kommunalpolitischen Initiativen zur Verbesserung der Infrastruktur in den Wohnquartieren (vgl. Müller 1999, Bd. 1, S.85ff.).
Ilse von Arlt entwickelte in den 20er Jahren eine Bedürfnistheorie als Grundstein für ihre Fürsorgewissenschaft. Ausgangspunkt für die Fürsorge sind die menschlichen Bedürfnisse wie Ernährung, Wohnung, Körperpflege, Bekleidung, Erholung, Erziehung, Geistespflege, Rechtsschutz, Familienleben, ärztliche Hilfe und Krankenpflege, Unfallverhütung und Erste Hilfe. Arlt konzipiert die Fürsorgewissenschaft als Grundwissenschaft von der Armut und ihrer Behebung, deren Ziel es sein muss, die unmittelbaren und entfernteren Ursachen der Armut und ihre weiteren Wirkungen für die betroffenen Personen selbst und ihre Umwelt zu verstehen. Armut ist für Arlt die wirtschaftliche Unmöglichkeit zu ausreichender Bedürfnisbefriedigung. Nicht sozial auffälliges, abweichendes Verhalten, sondern die gesellschaftlich verweigerte Bedürfnisbefriedigung und Behinderung von Lernchancen sind Ausgangspunkt ihrer Theorie. In diesem Sinn konzipiert sie fürsorgerische Maßnahmen konsequent von unbefriedigten Bedürfnissen und problematischen gesellschaftlichen Sachverhalten her. Abweichendes Verhalten ist für Arlt allenfalls die Folge verweigerter Bedürfnisbefriedigung (vgl. Engelke 2002, S.276-282; Staub 1995, S.22).
Von der Literatur lange Zeit ähnlich unbeachtet und ausgeblendet wie Ilse von Arlt wurden die Konzepte eines Saul Alinsky bzw. Harry Specht; es ist C.W. Müllers Verdienst, auf diese Ansätze hingewiesen zu haben (vgl. Müller 1999, Bd. 2, S.114-119).
Alinsky wendet sich scharf gegen jene professionellen Wohltäter, die ihre Klienten in Kampf um Auswege aus ihren sozialen Problemen nicht unterstützten, sondern anpassten d.h.: „*sie nicht nur in der Hölle leben lassen, sondern ihnen dieses Leben auch noch schmackhaft machen*" (Alinsky, zit. nach Kunstreich 2001, S.134). Für Alinsky muss zur Durchsetzung von Verbesserungen eine Gegenmacht gebildet werden. Macht tritt nach Alinsky auf in Gestalt von Geld oder vielen Menschen. Menschen mit wenig Geld müssen diesen Mangel durch große Zahl kompensieren und durch Einigkeit, solidarisches und entschlossenes Handeln den Gegner zu Zugeständnissen zwingen. In diesem Sinn brachte Alinsky Schlachthofarbeiter in den Chicagoer Elendsquartieren dazu, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Er setzte die Verstärkung von sozialem Wohnbau und die Verbesserung von Wohnbedingungen durch und schuf Ausbildungsplätze für schwarze Jugendliche. Dies erreichte er, in-

dem er z.B. dem Chicagoer Bürgermeister drohte, den Flughafen dadurch unbenutzbar zu machen, dass jeden Tag 2500 Schwarze rund um die Uhr die Flughafentoiletten benutzten. Besitzer von Warenhäusern brachte er dazu, schwarzes Personal anzustellen, weil täglich 3000 Schwarze an Sonnabenden die Kassen verstopften, ihre Einkäufe per Nachnahme ausliefern ließen und später die Annahme verweigerten (vgl. Müller 1997, Bd. 2, S.115).

Harry Specht, Uni-Professor in Berkeley systematisierte unterschiedliche Strategien politischer Aktionen und Formen von Gemeinwesenarbeit.

Er vermittelte von wissenschaftlicher Seite die klare Botschaft, dass Strategien eines Alinsky möglich und in der Auseinandersetzung konkurrierender politischer und sozialer Interessen legitim sind. In diesem Zusammenhang prägte er den Ausdruck disruptiv: Disruptive Aktionsformen sollen das Handlungssystem des Gegners für eine gewisse Zeit unwirksam machen, dies geschieht nach Specht in drei Schritten:

- öffentliche, argumentative und diskursive Bekanntmachung gegensätzlicher Interessen, zwecks Mobilisierung von Anhängern;
- gewaltlose Verletzung traditioneller Verkehrssitten durch Demonstrationen, Boykotte, Mahnwachen, öffentliche Hungerstreiks;
- gesetzliche festgelegte Erwartungen durch Nicht-Tun passiv oder auch aktiv verletzen durch sit-in´s auf Straßenbahn- oder Eisenbahnschienen, durch das dauerhafte Blockieren von Telefonanschlüssen, Bankschaltern, Warenhauskassen oder Zebrastreifen (vgl. Müller 1997, Bd.2, S.119).

Höhepunkt der politischen Sozialarbeit, sowohl was die theoretische Auseinandersetzung wie die konkrete Praxis betrifft, waren die 70er Jahre, in der im Zuge der Studentenbewegung zum ersten Mal eine breite Sozialarbeiter-Bewegung entstand, die umfassend die professionelle Rolle und die gesellschaftliche Funktion von Sozialarbeit problematisierte:

Die gesellschaftliche Funktion der „Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen" wurde einer generellen Kritik unterzogen:

- als Reproduktionsagentur sorgt Sozialarbeit für die Erhaltung der Ware Arbeitskraft und pflegt eine industrielle Reservearmee;
- als Disziplinierungsagentur fördert sie Anpassung an bestehende krankmachende Strukturen: Wohlverhalten statt Wohlbefinden;
- als Oppressionsagentur macht sie soziale Fälle aktenkundig und hält sie dadurch unter Kontrolle;
- als Sozialisationsagentur psychologisiert und subjektiviert sie soziale Probleme und wird so zur
- Kompensationsagentur für die Widersprüche und Ungerechtigkeiten des Systems: Sozialarbeit mildert die Folgen sozialer Ungerechtigkeit verständnisvoll und behutsam und verschleiert so Ungerechtigkeiten (vgl. Holstein/Meinhold 1973, S.205-207).

Neben einer grundsätzlichen Ablehnung der Sozialarbeit als „Krankenschwester des Kapitalismus", wurde die Rolle von Sozialarbeit dann positiv gesehen, insofern sie über versteckte Formen

von Herrschaft und Unterdrückung aufklärt, politisches Bewusstsein weckt und kollektive Aktionen des Widerstands organisiert.
Kharam Khella stellt einer institutionalisierten *Sozialarbeit von oben* eine *Sozialarbeit von unten* gegenüber. Diese hat für ihn zwar prinzipiell keine gesellschaftsverändernde, aber eine unterstützende Funktion bei der Gesellschaftsveränderung. Sie hat das Bewusstsein vom sozialen Elend und der Deklassierung, die jeden Werktätigen bedrohen, in die Arbeiterbevölkerung zu tragen, denn Arme und Arbeiter sind sich ihrer gesellschaftlichen Lage meist nicht bewusst. Sie glauben schließlich das, was überall vorgebetet wird: dass sie selber Schuld an ihren Lebensbedingungen seien und nicht an objektiven gesellschaftlichen Bedingungen gescheitert wie z.B. an mangelnden sozialen Wohnbau und fehlenden Arbeitsplätzen. *Sozialarbeit von unten* ist eine Entscheidung für eine ständige kritische Auseinandersetzung mit den jeweils zuständigen staatlichen, kirchlichen, kommunalen und anderen Trägern der Sozialen Arbeit, die in der Regel eine Sozialarbeit von oben betreiben, bis die Verelendung der Armen beseitigt ist und sich Sozialarbeit letztlich selbst aufhebt (vgl. Engelke 2002, S. 315- 323).
Die Politisierung der Sozialarbeit machte sich zunächst im Bereich der Heimerziehung bemerkbar durch die Anfang der 70er Jahre entstehenden so genannten „Heimkampagnen", die die geschlossene Unterbringung von Jugendlichen radikal in Frage stellten und aus denen sich in der Folge als Alternativen Jugendwohngemeinschaften und die sozialpädagogische Familienhilfe entwickelte. Weiters gingen aus der Sozialarbeiterbewegung u.a. Initiativen wie die Jugendzentrumsbewegung, die Frauenhausbewegung, Wohnungslosen- und Gemeinwesenprojekte hervor.
Der Höhepunkt der politischen Sozialarbeit schien gleichzeitig auch ihr Ende einzuläuten.
Was politische Aktion nicht erreichen konnte, sollte eine Verbesserung der Methoden und schließlich die Orientierung an Konzepten aus Management und Betriebswirtschaftslehre liefern. Politische Sozialarbeit wurde mehr und mehr durch Nichtthematisierung ausgegrenzt. Den Höhepunkt bildete der Zusammenbruch des sozialistischen Systems des Ostblocks, der als endgültiger Triumph des Kapitalismus interpretiert wurde. Dieser Zusammenbruch brachte es mit sich, dass auch der Sozialarbeit Bescheidenheit angemahnt und angesichts der totgesagten Alternativen ordnungspolitische Einordnung in marktwirtschaftliches Denken verschrieben wurde. Es gelte, ihre unerreichbaren Utopien und hochtrabenden Ziele endlich zu begraben, sich dem kleinen bescheidenen Alltag zuzuwenden und zur bescheidenen Profession mit Blick auf die konkreten drängenden Probleme ihrer KlientInnen zu werden.

Tot oder lebendig?

Ist die politische Sozialarbeit nun tot? Wie oben genannte Zitate des IFSW und von Staub-Bernasconi zeigen, ist politische Sozialarbeit in der Theorie noch lebendig.
Wie schaut die konkrete politische sozialarbeiterische Praxis aus?
Aus eigener regional begrenzter Erfahrung während meiner Arbeit als Streetworker in der Wohnungslosenhilfe in Innsbruck in den 90er Jahren erlebte ich die ersten Jahre noch stark von sozialpolitischen Aktionen geprägt (z.B. in Form von Stellungnahmen gegen repressive Gesetze, Demos und Protesten gegen Sparpolitik, gegen diskriminierende Aussagen von Lokal- und Regionalpolitikern und einer am Modell des Zero-tolerance-Konzeptes orientierten Vertreibungspolitik. Ende der 90er schienen mir einzelne Vereine ihre sozialpolitischen Aktivitäten mehr und mehr zu reduzieren und „zahmer zu werden". Die Teilnahme an Arbeitkreisen wurde von einigen als nicht mehr notwendig erachtet, teilweise den MitarbeiterInnen *von oben* untersagt bzw. wurden kritische Stellungnahmen nicht mehr von allen Vereinen mitunterzeichnet.
Als mögliche Gründe dafür erschien mir vor allem die Angst, dass zu starkes sozialpolitisches Engagement und damit verbundene Kritik an den Geldgebern zu Subventionskürzungen führen könnte. Auch bekam ich öfter das Argument zu hören, in Anbetracht knapper werdender Ressourcen, sich aufs Kerngeschäft, sprich unmittelbare Klientenarbeit, zu beschränken.
Der Hauptgrund für das geringere Wahrnehmen der gesellschaftskritischen Funktion der Sozialarbeit liegt für mich in der Kolonialisierung aller Lebensbereiche durch die Mythen und Dogmen der neuen Weltreligion des Neoliberalismus, die auch vor der Sozialarbeit nicht haltmacht. Diese neue „Weltreligion tritt mit einem Absolutheitsanspruch auf, denn wir sonst nur von diversen religiösen Fundamentalismen kennen. Dem Gott Profit werden sozusagen Opfer dargebracht in Form von Arbeitslosen, Kinderarbeit, Kürzungen im Sozialsystem und Zerstörung der Umwelt. Dieser Prozess, der die Form des Marktes zunehmend als das Organisationsprinzip von Staat und Gesellschaft beansprucht, wird im wissenschaftlichen und professionellen Diskurs seit Beginn der 1990er Jahre als Ökonomisierung der Sozialarbeit beschrieben (vgl.u.a. Blätter der Wohlfahrtspflege, 1998/11+12

[Ökonomisierung des Sozialen]; Kruse 2004, S.256-262; Kulbach 2000, S.16-21; Schmidt/Klie 1999, S.14-17; Wilken 1998, S.226-230).
Wenn ich im Folgenden diese „Ökonomisierung des Sozialen" einer Kritik unterziehe, stellt diese Kritik nicht in Abrede, dass Sozialarbeit nicht auch ökonomisch betrachtet werden muss: jede® BürgerIn ist ein(e) ÖkonomIn in dem Sinn, dass sie/er einen *oikos* - einen Haushalt - zu führen hat und darauf zu achten, dass dieser Haushalt (sei es Singlehaushalt, Familie oder Lebensgemeinschaft) so wirtschaftet, dass die Grundbedürfnisse aller Mitglieder ausreichend im Sinne eines menschenwürdigen Lebens befriedigt werden. In diesem Sinne sollte auch der Staatshaushalt geführt werden: im Sinne einer Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Mitglieder und nicht der Profitinteressen von Großunternehmern und multinationalen Konzernen. Dass in diesem Sinn auch Träger von Sozialarbeit wirtschaften und ökonomisch denken müssen (vgl. Wendt, 1998, http://www.deutsche-gesellschaft-fuer-sozialarbeit.de/wendt4.shtml) ist selbstverständlich und wurde nicht erst in den 90ern erkannt. Mary Richmond war bestrebt, die bestehenden Wohlfahrtsorganisationen effektiv zu machen durch bessere Organisation, Management, Schulung und Ausbildung. Ihre Charity Organisation Societies sollten genauso professionell geführt werden wie ein kommerzieller Dienstleistungsbetrieb (vgl. Müller 1999, Bd. 1, S.110-113).
Als Studentinnen der Nationalökonomie waren diese Gedanken sicher auch Alice Salomon und Ilse von Arlt vertraut. Arlt bemängelt in ihren Werken die mangelhafte Durchführung der Hilfemaßnahmen und das Fehlen jeglicher Leistungsbilanz. Fürsorge beschrieb sie als jene Hilfsweise, welche nach genauer Erfassung der Not die Hilfe unter Berücksichtigung aller Grundbedürfnisse **volkswirtschaftlich** richtig aufbaut (vgl. Engelke 2002, S.279).
Meine Kritik an der Ökonomisierung der Sozialarbeit fokussiert die Tatsache, dass Sozialarbeit einer Markt- und Profitlogik unterworfen wird und eines mit dieser „Ökonomisierung" verbundenen verstärkten Einzugs von Konzepten und Methoden aus Betriebswirtschaftslehre und Management in die Sozialarbeit mit dem scheinheiligen Versprechen von mehr Effektivität und Effizienz und damit verbundener scheinbarer Qualitätsverbesserung der Sozialen Arbeit. In der Analyse dieses Prozess der Ökonomisierung der Sozialen Arbeit seit den 90ern wird m.E. zu wenig beachtet, dass bei allen „ökonomischen Heilsversprechen" der Ausgangspunkt in erster Linie nicht das Wohl des Klientels der Sozialen Arbeit und eine Verbesserung der Qualität der Sozialarbeit, sondern der Spardruck war. Bei der Ökonomisierung der Sozialarbeit handelt es sich um ein Trojanisches Pferd: Professionelle Sozialarbeit wird in Anspruch genommen, um professionsfremde Ziele (Sparstrategien) zu verfolgen: Kostenersparnis, statt bedarfsgerechter Hilfe zur Führung eines menschenwürdigen Lebens.
Um diesbezügliche Zweifel auszuräumen, darf ich zwei Begründer und „Päpste" des neoliberalen Denkens, Friedrich von Hayek und Milton Friedman zitieren (beiden wurde bezeichnenderweise der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften verliehen):
„Mehr als zehn Jahre habe ich mich intensiv damit befasst, den Sinn des Begriffs „Soziale Gerechtigkeit" herauszufinden. Der Versuch ist gescheitert; oder besser gesagt, ich bin zu dem Schluss gelangt, dass für eine Gesellschaft freier Menschen dieses Wort überhaupt keinen Sinn hat... Das Soziale bezeichnet kein definierbares Ideal, sondern dient heut nur mehr dazu, die Regeln der freien Gesellschaft, der wir unseren Wohlstand verdanken, ihres Inhalts zu berauben...Ich muss gestehen, wenn sie auch darüber entsetzt sein werden, dass ich nicht sozial denken kann, denn ich weiß nicht, was das heißt" (von Hayek 1979, S.16).

„Eine freie Gesellschaft benötigt eine bestimmte Moral, die sich letztlich auf die Erhaltung des Lebens beschränkt: nicht auf die Erhaltung allen Lebens, denn es könnte notwendig werden, das eine oder andere individuelle Leben zu opfern zugunsten der Rettung einer größeren Anzahl anderen Lebens. Die einzig gültigen moralischen Maßstäbe für die Kalkulation des Lebens können daher nur sein: das Privateigentum und der Vertrag."

(Interview mit von Hayek in: El Mercurio [Santiago de Chile], 19.4.1981; (http://www.uni-muenster.de/PeaCon/dgs-mills/mills-texte/Plehwe01.htm)

„Es gibt wenig Entwicklungstendenzen, die so gründlich das Fundament unserer Gesellschaft untergraben können, wie die Annahme einer anderen sozialen Verantwortung durch Unternehmer als die für die Aktionäre ihrer Gesellschaften soviel Gewinn wie möglich zu erwirtschaften" (Friedman 1971, S.176).

Angesichts dieser Äußerungen der Begründer und think-tanks der neoliberalen Ideologie, kann man m.E. nicht mehr von einem ambivalenten Verhältnis der Sozialarbeit zur Ökonomisierung sprechen wie es z.B. u.a. H. Kleve tut (vgl. Kleve 2003, S.46-51): *„Diese (neoliberale) Umgestaltung unserer Wohlfahrtsgesellschaft lässt sich so aus sozialarbeiterischer Perspektive weder eindeutig verurteilen noch freudig begrüßen"*(Kleve 2006, SiÖ 1, S.14). Trotz einiger kritischer Stimmen im wissenschaftlichen und professionellen Diskurs (vgl. u. a. Haupert, 2002; Lindenberg, 2000; Kruse, 2004) werden m. E. neoliberale Dogmen noch immer nachgebetet und die Effizienz und Effektivität einer neoliberalen Ökonomie relativ kritiklos, vorbehaltlos und naiv der Sozialarbeit als Vorbild vorgesetzt, ohne zu reflektieren, wie es wirklich um deren Effektivität und Effizienz steht. Es werden von öffentlichen und privaten Trägern sozialer Einrichtungen BeraterInnen bzw. Beratungsunternehmen beigezogen, die von Sozialarbeit keine Ahnung haben, aber glauben beurteilen zu können, ob man Dienstposten einsparen kann bzw. wie lange ein effizientes Beratungsgespräch dauern dürfte.

Peter Drucker, der Guru aller Management-Gurus, hat den Unterschied zwischen Effektivität und Effizienz einmal sehr prägnant definiert: "*To be effective is to work on the right things; to be efficient is to do the things right; to be efficient and effective means doing the right things, right*" (Drucker 1955, http://www.qualisci.com/aboutus.asp?xYu3P=bcpvuvt).
In Sinne dieser Definition möchte ich die neoliberale Ökonomie befragen:
Wie effektiv und effizient ist eine von der neoliberalen Ideologie dominierte Weltwirtschaft, wenn täglich 18.000 Kinder (vgl. FAO, Welthungerreport) verhungern, während andererseits Lebensmittelüberschüsse vernichtet werden? Wie effektiv bzw. effizient ist eine Wirtschaft, die dafür Sorge trägt, dass Unmengen an Nahrungsmitteln in sog. Dritte-Welt-Ländern als Futter für europäisches Weidevieh produziert und exportiert werden, während die einheimische Bevölkerung unter dem Existenzminimum dahinvegetiert und teilweise verhungert?
Wie effektiv ist eine globale Ökonomie, die die Umwelt zerstört und im Dienste einer Profitmaximierung menschliche Arbeitskraft rücksichtslos ausbeutet, und die verantwortlich ist, dass 186 Millionen Kinder *(vgl. International Labour Organisation – ILO: Jedes Kind zählt 2002)* in sklavenartigen Arbeitsverhältnissen den Profit einzelner multinationaler Konzerne vergrößern. Weitere Beispiele wie „effizient" Arbeitskraft ausgebeutet, Umwelt zerstört, öffentliche Güter privatisiert werden, findet man zur Genüge im *Schwarzbuch Privatisierung bzw. im Schwarzbuch Markenfirmen.*
Beinahe täglich wird uns auch via Medien serviert, wie „effektiv und effizient" von diversen Unterneh-

men Gelder in den Sand gesetzt werden und ausgediente Politiker mit lukrativen Managementposten versorgt werden.
Hat es die Sozialarbeit wirklich nötig, sich an diesen Maßstäben zu orientieren und sich auf das menschenverachtende Niveau neoliberaler Effektivität und Effizienz herunter zu nivellieren? Natürlich hat sich auch die Sozialarbeit immer wieder die Frage zu stellen, ob sie **die richtigen Dinge tut** und ob sie **die Dinge richtig tut,** und dies auch wissenschaftlich und professionell zu reflektieren und zu evaluieren. Aber nicht unter der Federführung von ManagerInnen und BWL-Fetischisten, für die Effektivität nur Profitmaximierung und Effizienz nur *„so kostengünstig wie nur möglich"* bedeutet.
Die Logik der Sozialarbeit ist nicht die Logik des Profits und des Marktes. Ob jemand Mittel für ein menschwürdiges Leben erhält, darf nicht vom Markt entschieden werden. Sozialarbeit ist keine Dienstleistung mit Warencharakter, sondern Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen aller Beteiligten – von Sozialarbeiter/In und Klient/In – bei gleichzeitigem Arrangement und Management von Umständen, die den Erfolg der Bemühungen wahr-

scheinlicher machen. Die Betriebswirtschaft ist maximal eine Hilfswissenschaft der Sozialarbeit und darf nicht zur Leitwissenschaft werden.

Resümee und Ausblick:

Jene ökonomischen Gegebenheiten bzw. Prozesse, die uns stets als Sachzwang suggeriert und permanent von Politikern verschiedener Couleur mantraartig als unvermeidbares Naturgesetz heruntergebetet werden, sind politische Prozesse. Sie beruhen auf politischer Willensbildung und politischen Entscheidungen und sind grundsätzlich durch solche auch wieder veränderbar. Sozialarbeit ist den Machtverhältnissen nicht einfach ausgeliefert. Es gibt auch Distanzierung und Widerstand gegenüber einer Politik, die von der Sozialen Arbeit Anpassung an so genannte Sachzwänge verlangt.

Dieser Widerstand basiert m.E. auf einer wissenschaftlich fundierten Analyse der Probleme der Klientel der Sozialarbeit und deren gesellschaftlichen Ursachen und einer Berufsethik, die auf dem Hintergrund der Menschenrechte und Prinzipien sozialer Gerechtigkeit die neoliberale Weltreligion in Frage stellt und u.a. zwischen Legalität und Legitimität unterscheidet.

Es gilt aber nicht nur dagegen zu sein, „*....sondern man muss etwas tun und an der Zementmauer der Unmöglichkeit versuchen, kleine Möglichkeiten heraus zu schlagen oder hinein zu sprengen*" (Sophie Scholl, zit. nach Singer 2003, S.14). So bedarf es Fantasie und Kreativität in der Erhaltung und Ausweitung der vorhandenen Handlungsspielräume von Sozialarbeit, es braucht Zusammenschlüsse und Allianzen und vor allem Solidarität und Zivilcourage. Konkrete Beispiele dafür liefert uns die Geschichte der sozialen Bewegungen und der Sozialen Arbeit.

Es braucht eine selbst- bzw. ihrer Identität und Geschichte bewusste Sozialarbeit, die Ecken und Kanten zeigt, eine Sozialarbeit, über die im Sinne des Eingangszitates von B. Brecht... *kein bequemer Weg führt.*

Literaturverzeichnis:

Blätter der Wohlfahrtspflege 11+12 (1998) [Ökonomisierung des Sozialen], Frankfurt a.M.

Drucker, Peter F. (1955): The Practice of Management, New York, http://www.qualis-ci.com/aboutus.asp?xYu3P=bcpvuvt (7.5.2006)

Engelke, Ernst (2002): Theorien der Sozialarbeit. Eine Einführung, 3.Aufl. Freiburg i.B.

Friedman, Milton (1971): Kapitalismus und Freiheit, Stuttgart.

von Hayek, Friedrich A. (1979): Wissenschaft und Sozialismus, Tübingen

Haupert, Bernhard (2005): Gegenrede: Wider die neoliberale Invasion der Sozialen Arbeit, http://www.qualitative-sozialforschung.de/haupert.htm; 2.11.2005.

Hollstein, Walter/Meinhold, Marianne (1973): Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frankfurt a. Main

IFSW (2004): Ethics in social work, Adelaide, www.sozialarbeit.at (7.5.2006)

IFSW (2002): Definition of Social Work, Montreal, www.sozialarbeit.at (7.5.2006)

Kleve, Heiko (2003): Sozialarbeitswissenschaft, Systemtheorie und Postmoderne, Freiburg i.B.

Kleve, Heiko (2006), Systemisches Case-Management, in SiÖ 1, Wien.

Kulbach, Roderich (2000): Ökonomisierung sozialer Arbeit, in: Soziale Arbeit 1, Berlin, S.16-21

Kunstreich, Tim (2001): Grundkurs soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit, 2. Aufl. Bielefeld

Kruse, Jan (2004) Soziale Arbeit als disziplinierende Simulation. Eine kritische Analyse der Ökonomisierung Sozialer Arbeit, in: Soziale Arbeit 7, Berlin, S.256-262.

Lindenberg, M.(2000): Von der Sorge zur Härte. Kritische Beiträge zur Ökonomisierung Sozialer Arbeit, Bielefeld.

Müller, C. Wolfgang (1999): Wie Helfen zum Beruf wurde, Bd.1, überarb. Neuausgabe, Weinheim/Basel.

Müller, C. Wolfgang (1997): Wie Helfen zum Beruf wurde, Bd.2, 3.Aufl. Weinheim/Basel

Reimon, Michel/Felber, Christian (2003): Schwarzbuch Privatisierung, Wien.

Schmidt, Roland/Klie, Thomas (1999): Folgen der Ökonomisierung des Sozialen, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 1, Bonn, S.14-17.

Singer, Kurt (2003):Zivilcourage wagen. Wie man lernt, sich einzumischen, 3. Aufl. München.

Staub-Bernasconi, Silvia: Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international oder: vom Ende der Bescheidenheit, Bern/Stuttgart/Wien.

United Nations (1992): Human rights. A manual for Schools of Social Work and the Social work Profession, New York.

Wendt, Wolf Rainer (1998): Wirtschaften müssen wir allemal: Ökonomie ist kein Gegner – Soziale Arbeit hat sie nötig, http://www.deutsche-gesellschaft-fuer-sozialarbeit.de/wendt4.shtml

Werner, Klaus/Weiss, Hans (2001): Schwarzbuch Markenfirmen, Wien/Frankfurt.

Wilken, Udo (1998): Faszination und Elend der Ökonomisierung des Sozialen, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 11+12), Frankfurt a. M., S.226-230.

Christian Stark, (geb. 1961 in Innsbruck) DSA MMag. Dr. phil, Studium der Theologie, Pädagogik und Politikwissenschaft; beruflich tätig als Sozialarbeiter in der Wohnungslosenhilfe, als Bereichsleiter in der Behindertenhilfe und Geschäftsführer in der Suchtberatung. Seit Mai 2005 hauptberuflich Lehrender am FH-Studiengang Sozialarbeit in Linz: Schwerpunkt in Lehre und Forschung: Geschichte, Theorie und Ethik der Sozialarbeit; HF-Wohnungslosigkeit, Kontakt:
christian.stark@fh-linz.at

Zu Ambivalenzen politischen Handelns in der Sozialen Arbeit

Dipl.-Soz.-Wiss. Marc Diebäcker

Zur Ausgangslage: Im deutschsprachigen Raum existieren keine tiefer gehenden Studien, die sich dem Politikverständnis, dem politischen Aktionsrepertoire oder der politischen Vermittlungsarbeit von SozialarbeiterInnen gewidmet hätten. Wird jedoch das Verhältnis der Sozialen Arbeit zum Politischen angesprochen, entpuppt es sich als höchst sensibler Punkt, der die Gemüter erregt. So geschehen im Frühjahr 2000 bei der Konferenz „Soziale Arbeit hat Zukunft" in Potsdam, sodass im Nachhinein von „Sozialarbeitwissenschaft im Streit", „Fliegenden Fetzen" oder „Die Luft brannte" die Rede war (vgl. Sozial Extra 5/6, 2000, Merten 2001[a]).

Ziel des folgenden Artikels ist es, nach einer Anmerkung zum Politikbegriff und -verständnis einige oft ins Feld geführte Argumente, wenn es um Ambivalenzen politischen Handelns in der Sozialen Arbeit geht, darzulegen. Anhand eines kurzen Blicks auf einschneidende Veränderungen in der Gesellschafts- bzw. Sozialpolitik und in der Sozialen Arbeit, die unter dem ideologischen Paradigma des Neoliberalismus eingeführt werden, wird abschließend für eine stärkere politische Positionierung der Sozialen Arbeit plädiert.

Zum Politikverständnis: Es fällt auf - und dies bedürfte sicher einer genaueren Prüfung -, dass SozialarbeiterInnen, ihre ProfessionsvertreterInnen oder AusbildungslektorInnen überwiegend von Politik reden bzw. schreiben, wenn das Handeln und Entscheiden von PolitikerInnen oder VerwaltungsmitarbeiterInnen - also von AkteurInnen des formalisierten Politischen Systems - gemeint ist. Auch wenn die Situationen in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern nur schwer zu vergleichen sind, stellen sich soziale Organisationen und ihre MitarbeiterInnen in der Öffentlichkeit selten als politische Akteure dar. Und auch in der Ausbildung zur SozialarbeiterIn ist Politikwissenschaft als Bezugswissenschaft eher marginal vertreten. Politik scheint also nicht innerhalb, sondern tendenziell eher außerhalb des Selbstverständnisses Sozialer Arbeit zu liegen.

Ohne auf verschiedene Politikbegriffe innerhalb der Politikwissenschaft selbst einzugehen, scheint ein weiter Politikbegriff, der wirtschaftliche, kulturelle und soziale Angelegenheiten als politisch definiert und damit grundsätzlich zur öffentlichen Debatte erklärt (vgl. Heywood 2002, 4-12), der Sozialarbeit in ihrem beruflichen und disziplinären Selbstverständnis eher fremd zu sein. Dies verwundert um so mehr, da SozialarbeiterInnen sich dem „Recht auf Selbstbestimmung" und der „Miteinbeziehung und volle(n) Beteiligung" (IFSW, 2005, 4.1) ihrer KlientInnen verschrieben haben. Denn gerade ein weites Verständnis von Politik, das soziale Interaktionen von einzelnen Menschen, Gruppen oder sozialen Bewegungen als politische Aktivität begreift - sei es in einer republikanischen, marxistischen oder feministischen Tradition -, entfaltet so seine emanzipatorische Kraft.

Im Jahre 2001 griff Roland Merten die Frage auf, „ob die Soziale Arbeit heute noch ein politisches Selbstverständnis hat", und trug einige Positionen in einem Sammelband zum „politischen Mandat" zusammen (Merten 2001[a]). Auch wenn der Begriff des politischen Mandats (lat. aus der Hand gebend) selbst höchst fragwürdig ist, offenbaren die dort versammelten Beiträge eine Unklarheit der Sozialarbeitswissenschaft zum Politischen. Verkürzt lassen sich die Positionen der SkeptikerInnen und BefürworterInnen von politischem Handeln in der Sozialen Arbeit folgendermaßen charakterisieren.

Erstere bemühen sich um Distanz zur Politik, indem sie das Fachliche der Sozialarbeit vom Politischen trennen. Aus der fachlich-professionellen Rolle von SozialarbeiterInnen wird keine direkte Begründung für politisches Handeln abgeleitet. Die für jeden Menschen geltende individuell-demokratiepolitische Begründung politischen Handelns wird nicht angesprochen und damit implizit ins Private ausgelagert. Das Verständnis dieser ProponentInnen ist von einer politisch eher reaktiven und fremdbestimmten Haltung geprägt, ein enger Politikbegriff wird als Abgrenzung von Politik und Sozialer Arbeit favorisiert (vgl. Müller 2001, 149). Roland Merten begründet Bezug nehmend auf die deutsche Entwicklung der 70er und 80er Jahre seine skeptische Haltung folgendermaßen: „Dass die Politik selbst die Soziale Arbeit - entgegen

einer gleichermaßen moralisch überhöhten wie politisch selbstgefälligen Größenfantasie - auf ihre höchst begrenzten Möglichkeiten zurückgestutzt hat, sollte zumindest in Erinnerung gerufen werden." (Merten 2001[b], 97)

Auf der anderen Seite stehen VertreterInnen, die sich bemühen, Fachlichkeit und Politik in der Sozialarbeit zu verbinden. Ihr Ziel ist es, zu einer stärkeren Politisierung der Sozialarbeit beizutragen, um dadurch eine kritische Distanz von ihren überwiegend staatlichen Financiers und ihren engen Aufträgen zu schaffen. Zugleich sollen soziale Organisationen und ihre MitarbeiterInnen in der Öffentlichkeit Stellung zu Fragen sozialer Gerechtigkeit beziehen (vgl. Kunstreich 2001). Politisches Engagement von SozialarbeiterInnen wird nicht nur aus einer individuell-demokratiepolitischen Perspektive legitimiert, sondern aus der besonderen professionellen und gesellschaftspolitischen Position von SozialarbeiterInnen begründet. Das Verständnis dieser VertreterInnen ist als politisch aktiv zu bezeichnen, ein weiter Politikbegriff wird offensiv vertreten (vgl. dazu z.B. Staub-Bernasconi 1995, Schneider 2001, Cremer-Schäfer 2001). Richard Sorg meint stellvertretend: „In all diesen [sozialen] Problemen und Debatten haben die jeweiligen Professionellen eine besondere gesellschaftliche, politische Verantwortung nach Maßgabe ihrer Kompetenzen." (Sorg 2001, 50)

Gemeinsam ist beiden Positionen, dass sie sich für mehr Distanz der Sozialen Arbeit zum formalisierten Politischen System - insbesondere hinsichtlich strikter Aufträge von sozialpolitischen Financiers - einsetzen. Der wesentliche Unterschied liegt darin, dass die SkeptikerInnen das Fachliche vom Politischen mittels eines engen Politikbegriffs trennen wollen, während die BefürworterInnen genau darin die Gefahr einer weiteren Entpolitisierung sehen und mittels eines weiten Politikbegriff sich genau entgegengesetzt für die Integration von Politik und Soziale Arbeit einsetzen. Aus dem Blickwinkel partizipatorischer oder kritischer Demokratietheorie muss den SkeptikerInnen vorgeworfen werden, dass sie sich auf eine reaktive, nicht gestaltende Position von Sozialer Arbeit zurückziehen. Zudem lässt sich aus historischer Sicht begründen, dass, wenn das Politische in der Vergangenheit abgespalten wurde, entpolitisierte Räume entstanden und dies in der Regel der Rechtfertigung oder Durchsetzung von Herrschaftsstrukturen diente. Die Trennung zwischen öffentlichen und privaten Angelegenheiten und die „Verbannung" der Frau in die Familienarbeit soll dafür als Beispiel genügen.

Einige Gründe für das Spannungsverhältnis von Sozialer Arbeit und Politik scheinen in der Beschaffenheit der Profession bzw. Disziplin selbst zu liegen. In der Folge werden einige Aspekte komprimiert dargestellt, die seit den 70er Jahren in der Literatur zu finden sind. Trotz der unterschiedlichen Situation in sozialarbeiterischen Handlungsfeldern und der heterogenen österreichischen Organisations- und Finanzierungslandschaft umreißen sie Bezug nehmend auf das „Doppelte Mandat" der Sozialen Arbeit einige zentrale Konfliktlinien:

Die Ohnmachtsthese: Das Doppelte Mandat in der Sozialen Arbeit ist von Aufträgen politisch-administrativer Financiers und KlientInnen gekennzeichnet und ist daher durch ein ständiges Spannungsverhältnis von Hilfe und Kontrolle geprägt. Diese „Sandwichposition" produziert bei SozialarbeiterInnen oft Resignation und Ohnmachtsgefühle. Eine eigene, kritisch-reflektierte und aktive Position zwischen beiden Richtungen des Auftragsverhältnisses einzunehmen, fällt oftmals schwer. Das bedeutet: Aufgrund von Ohnmachtsgefühlen kann die politische Gestaltungskraft von SozialarbeiterInnen gering sein (vgl. hierzu z.B. Böhnisch/Lösch 1973, Kunstreich 2001).

Die Konfliktvermeidungsthese: Aufgrund der teilweise strikten Auftragserteilung von politisch-administrativer Seite bemühen sich SozialarbeiterInnen um Distanz und die Sicherung individueller Spielräume. Oft liegt dies begründet in einer ethischen Haltung, den Be-

dürfnissen und Erfordernissen der KlientInnen so besser gerecht werden zu können. Das Spannungsverhältnis von Kontrolle und Hilfe wird also individuell und fallbezogen ausbalanciert. Allerdings wird dadurch die politische Konfliktbearbeitung umgangen, kollektivierbare Lösungen und strukturelle Verbesserungen für KlientInnen werden unterlassen (vgl. Böhnisch/Lösch 1973). Das bedeutet: Eine Auseinandersetzung zwischen dem Widerspruch staatlicher oder organisatorischer Aufträge und den Erfordernissen von KlientInnen wird nicht wahrgenommen, politisches und strukturveränderndes Handeln von SozialarbeiterInnen kann daher nicht stattfinden.

Die Sachverständigenthese: Im Spannungsverhältnis des Doppelten Mandats ziehen sich SozialarbeiterInnen teilweise auf eine rein fachliche ExpertInnenrolle zurück. An SozialarbeiterInnen von außen herangetragene Aufträge - also von KlientInnen sowie VertreterInnen des politsch-administrativen Systems - werden je nach Bedarf fachlich „neutral" erfüllt oder „gemanaged". Eine starke Außenorientierung in Kombination mit Konfliktvermeidungsbestrebungen kann eine eigene klare ethische Haltung oder individuelle Position in Konfliktfragen behindern. Fachlich versiert, aber „eigenschaftslos" werden SozialarbeiterInnen dann zur „Gelenkschmiere" zwischen den beiden Anspruchsgruppen. Machtverhältnissen werden dann nicht genügend reflektiert bzw. ignoriert. Sie werden so zu VollzieherInnen des machtvolleren - in der Regel des institutionalisierten politisch-administrativen - Auftrags. In diesem Fall tragen SozialarbeiterInnen, da sie keine eigene kritische und politisch-reflektierte Position entwickeln, zu einseitiger Machtdurchsetzung gegenüber den KlientInnen und zur Legitimation von Herrschaft bei (vgl. z.B. Otto 1973, Kunstreich 2001, Sorg 2001).[1]

Die gesellschaftsstrukturelle Ignoranzthese: Der Sozialarbeit im deutschsprachigen Raum werden seit den 70er Jahren immer wieder ein mangelndes Verständnis, fehlende Reflexion oder ausbleibende Vermittlung von Wirkungszusammenhängen gesellschaftlicher Bedingungen auf das Individuum vorgeworfen. Dabei wird z.B. auf die Psychotherapeutisierungsbewegung der 70er und 80er Jahre oder die starke Methodenzentrierung der 80er und 90er Jahre hingewiesen. Letztendlich wird behauptet: SozialarbeiterInnen gewinnen mit ihren Diagnose-, Methoden- und Technikkompetenzen Sicherheit und Selbstbewusstsein im Rahmen der Einzelfallarbeit. Allerdings geht ihnen in der Konzentration auf die einzelne Person der Blick für die gesellschaftliche Bedingtheit individueller Problemlagen verloren (vgl. hierzu z. B. Peters 1973, Otto 1973). Das bedeutet: Obwohl SozialarbeiterInnen in der Einzelfallarbeit die biographischen Zusammenhänge ihrer KlientInnen kennen und damit oftmals die besten Zeugen gesellschaftlich-strukturell bedingter Ursachen von psychosozialen und materiellen Problemlagen sind, tragen sie nicht genügend dazu bei, dieses Wissen politisch zu vermitteln und versäumen, zur strukturellen Besserstellung von benachteiligten Menschen ihren Beitrag zu leisten.

Die schwierige Konstellation des Doppelten Mandats und das ständige Ausbalancieren der oftmals widersprechenden Anforderungen von Staat und KlientIn an die SozialarbeiterIn können dazu führen, dass ihnen politisches Handeln im beruflichen Alltag als nicht zu bewältigende Herausforderung erscheint. Insbesondere dann, wenn die SozialarbeiterIn es nicht schafft, eine eigene kritisch-reflektierte und ethische Haltung in der „Sandwichposition" einzunehmen und dabei mit dieser Herausforderung im Arbeitskontext allein gelassen wird.

Warum sind SozialarbeiterInnen aus ihrer professionellen Tätigkeit heraus heute stärker gefordert politisch zu handeln als früher? Warum sollen soziale Problemlagen oder verallgemeinerbare Lebenssituationen und Interessen von Klientinnengruppen überhaupt stärker in der politischen Öffentlichkeit artikuliert und vermittelt werden?

Die aktuelle Debatte zum **„Um- bzw. Abbau des Sozialstaates"** wird

auch in Österreich unter neoliberalen Vorzeichen geführt. Unter dem Schlagwort „Modernisierung" wird die Verbilligung und Vermarktung des Sozialstaats vorangetrieben. Ausmaß und Form staatlicher Interventionen im Sozialbereich werden dabei neu geordnet. Das betrifft nicht nur Einschnitte bei den materiellen Leistungen der Sozialen Sicherungssysteme, sondern auch die personenbezogenen sozialen Leistungen - also in vielen Handlungsfeldern das Mark der Sozialarbeit selbst. Es kommt zu Einschnitten hinsichtlich materieller oder psychosozialer Unterstützungen von **KlientInnen** mit der Folge, dass benachteiligte Personengruppen stärker an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Während KlientInnen dem neoliberalen Sprech folgend (oft pseudoemanzipativ) als rein rational handelnde KundInnen tituliert werden, werden gleichzeitig die derzeit wachsenden gesellschaftlich produzierten Risiken individualisiert und einseitig auf Schultern Einzelner abgewälzt. Gerade sozialarbeiterische Zielgruppen sind, indem an ihre Eigenverantwortung appelliert wird, von Leistungskürzungen und langfristigen Ausschließungsprozessen bedroht. Der arbeitsmarktpolitische Bereich mit seinen Leistungsverträgen und fixen Vermittlungsquoten zeigt dies nur zu deutlich (vgl. Hammer 2006).

Auf **politisch-administrativer Ebene** wird mit dem Einsatz von New Public Management - gängige Schlagworte sind KundInnenorientierung, Kontraktmanagement, Qualitätsmanagement oder Vergabeverfahren - der Kostenfaktor als maßgebliches Erfolgskriterium von Sozialer Arbeit eingeführt (vgl. Dimmel 2006). Wettbewerb und Konkurrenz im Sozialbereich werden zu Grundprinzipien der Organisation. Auf Verwaltungsebene werden soziale Leistungen detailliert als Produkte beschrieben, und es werden Preise zugeordnet, die je nach budgetärer Lage und Prioritätensetzung dann finanziert bzw. eben auch gestrichen werden. Leistungsverträge mit sozialen Organisationen werden daher vielerorts nur noch für kurze Zeiträume abgeschlossen, damit aus Sicht politisch-administrativer Akteure flexibel auf finanzielle Engpässe reagiert werden kann.

Soziale Organisationen selbst reagieren auf diese Situation mit zunehmender Spezialisierung, um über neue „maßgeschneiderte" und „treffsichere" Projekte und Maßnahmen der Konkurrenz und dem Kostendruck auszuweichen. Das für den Sozialbereich übliche und produktive Kooperationsverhalten der Einrichtungen untereinander wird zunehmend brüchig, was weit reichende Folgen für die Profession und Disziplin mit sich bringt. Denn in Abgrenzung zu den neuen KonkurrentInnen im Sozialen werden klar umgrenzte KlientInnengruppen definiert, „maßgeschneiderte" Projekte „designed" und von „spezialisierten" MitarbeiterInnen „ergebnisorientiert" implementiert. Die wachsenden Konkurrenzierungen aller sozialverwandten Berufe und das Anschwellen spezialisierter Zertifikatslehrgänge oder zersplitterter Formen der Sozialarbeitsausbildung sind in Deutschland bereits ein deutliches Zeichen für das Zerfransen von Profession und Disziplin (vgl. dazu BUKO 2005).

Innerhalb der Organisationen ist der Kostendruck zunehmend spürbar und äußert sich in einem wachsenden Rechtfertigungsdruck, wie viele **SozialarbeiterInnen** berichten. Sie stehen vor der Herausforderung - z. B. bei Prozessen des so genannten „Qualitätsmanagements" detailliert darlegen zu müssen, was sie tun, wie sie es tun und warum sie es tun. Am besten soll die Arbeit mit KlientInnen auch noch im Vorhinein klar definierbar und dann eindeutig messbar sein. Und es zeigt sich auch, dass SozialarbeiterInnen dieses fachliche Argumentieren - oft gegenüber berufsfremden AkteurInnen - nicht immer leicht fällt (vgl. Kompetenzzentrum 2006, Bakic/Jovanov/Kellner 2006).

Das Doppelte Mandat - für viele ein zentrales (wenn auch komplexes) Identitätsmerkmal – gerät offenbar in immer mehr Auftragsverhältnissen aus der Balance: Der Hilfe- bzw. Unterstützungsaspekt für KlientInnen scheint gegenüber dem staatlichen Kontroll- und Disziplinierungsaspekt zu „schwächeln" und in die Defensive zu geraten. SozialarbeiterInnen sind stärker unter Druck, einseitig Vorgaben gegenüber KlientInnen machtvoll durchzusetzen und zur Legitimation von neoliberaler Politik beizutragen. Aufgrund wachsender sozialer Ungleichheit und verschärfender Ausschließungsprozesse, die die KlientInnen Sozialer Arbeit zu teilen dro-

hen, stellt sich die Frage, ob Soziale Arbeit nicht stärker politisch und öffentlich agieren muss.
Angesichts dieser Lage - und Entspannung ist nicht in Sicht - wird hier bewusst für ein politisches Handeln in der Sozialen Arbeit plädiert. Dabei müssten zunächst ein Diskurs zum politischen Selbstverständnis geführt und die Funktion von Sozialer Arbeit in ihrer ideologischen und gesellschaftspolitischen Verhaftung sowie den damit verbundenen Herrschafts- und Machtstrukturen problematisiert werden. Des Weiteren sollten die Bedingungen, die professionelles und politisches Handeln zunehmend erschweren, problematisiert und aktiv in die öffentliche Debatte eingebracht werden, da sonst jeder Qualitäts- oder Professionalisierungsdiskurs in Zukunft ad absurdum geführt wird. Zudem sollten Berührungsängste zu VertreterInnen des politisch-administrativen Systems abgelegt werden, das Gespräch gesucht und politisch aktiv für eine Sozialpolitik argumentiert werden, die ihren Namen auch verdient. Und letztlich sollte Soziale Arbeit dazu beitragen, politische Teilnahme- und Teilhabemöglichkeiten von KlientInnen zu stärken, damit ihre Gestaltungsmacht wächst und gesellschaftliche soziale Problemlagen authentisch und selbstbestimmt vermittelt und wahrgenommen werden. Wie Hannah Arendt schon 1958 sagte: „Gewonnen wird die Humanität nie in der Einsamkeit [...]. Nur wer sein Leben und seine Person mit in das Wagnis der Öffentlichkeit nimmt, kann sie erreichen."

Literatur:

Arendt, Hannah (1958): Laudatio auf Karl Jaspers, in: dies. (1989): Menschen in finsteren Zeiten, 91.

Bakic, Josef (2006): Zu „wertfreien" Umdeutungsversuchen der Sozialarbeit. In: SIÖ 1/2006, 6-38

Bakic, Josef/Jovanov, Boban/Kellner, Johannes (2006): Fachliche Standards in der Sozialarbeit: gestern - heute - morgen. Eine Dokumentation der Projektphase Gestern. www.sozialearbeit.at, Stand 6.4.2006

Böhnisch, Lothar/Lösch, Hans (1973): Das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seine institutionelle Determination. In: Otto, Hans-Uwe/Schneider, Siegfried (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. 1. Band. Neuwied. 21-40.

BUKO (Bundeskongress Sozialer Arbeit) (2005): Münsteraner Erklärung: Die Zukunft der Sozialen Arbeit gemeinsam gestalten: Zu den Aufgaben der Hochschulen in der Neubestimmung der Qualifizierungslandschaft

Cremer-Schäfer, Helga (2001): Ein politisches Mandat schreibt man sich zu. Zur Politik (mit) der Sozialen Arbeit. In: Merten, Roland (Hg.) (2001[a]): 55-70.

Dimmel, Nikolaus (2006): Verbetriebswirtschaftlichung, Professionalisierung und sozialpolitisches (Doppel)Mandat - ein Bermuda-Dreieck der Sozialen Arbeit? www.sozialearbeit.at, Stand 6.4.2006

Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit (2006): Protokoll vom Workshop „Vom Umgang mit fachlichen Traditionen in der Sozialarbeit - oder: Wie packe ich einen Rucksack?" am 16.2.2006. www.sozialearbeit.at Stand 5.5.2006

Kunstreich, Tim (2001): Vom Missverständnis eines politischen Mandats Sozialer Arbeit. In: Merten, Roland (Hg.) (2001[a]): 121-130.

Hammer Elisabeth (2006): Sozialpolitik und Soziale Arbeit im Dienste der Standortsicherung - Aspekte einer grundlegenden Transformation. In ATTAC (Hg.) (2006): Standortwettbewerb: Zwischen Konkurrenz und Kooperation. Wien

International Federation of Social Workers (IFSW) (2006): Ethics in Social Work, Statement of Principles. www.ifsw.org/en/p38000324.html, Stand 10.5.2006

Merten, Roland (Hg.) (2001[a]): Hat soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Opladen.

Merten, Roland (2002[2]): Politisches Mandat als (Selbst-)Missverständnis des professionellen Auftrags Sozialer Arbeit. In: ders. (Hg.) (2001[a]): 89-100.

Müller, Siegfried (2001): Soziale Arbeit: Ohne politisches Mandat politikfähig. In: Merten, Roland (Hg.) (2001[a]): 145-152.

Otto, Hans-Uwe (1973): Professionalisierung und gesellschaftliche Neuorientierung. In: Otto, Hans-Uwe/Schneider, Siegfried (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. 2. Band. Neuwied. 247-261.

Peters, Helge (1973): Die politische Funktionslosigkeit der Sozialarbeit und die „pathologische" Definition ihrer Adressaten. In: Otto, Hans-Uwe/Schneider, Siegfried (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. 1. Halbband. Neuwied. 151- 164.

Schneider, Volker (2001): Sozialarbeit zwischen Politik und professionellen Auftrag: Hat Sie ein politisches Mandat? In: Merten, Roland (Hg.) (2001[a]): 27-40.

Sorg, Richard (2001): Annäherungen an die Frage, ob die Soziale Arbeit ein politisches Mandat hat. In: Merten, Roland (Hg.) (2001[a]): 41-54.

Staub-Bernasconi, Silvia (1995): Das fachliche Selbstverständnis Sozialer Arbeit - Wege aus der Bescheidenheit als „Human Rights Profession". In: Wendt, Wolf Rainer (Hg.): Soziale Arbeit im Wandel ihres Selbstverständnisses. Beruf und Identität. Freiburg. 57-104

[1] Zur „gelenkschmierigen" Ausblendung von historischen, ideologischen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen einer „eigenschaftslosen" Sozialarbeit siehe Beitrag von Josef Bakic in Reaktion auf Heiko Kleve in SIÖ 2006/1

Dipl.-Soz.-Wiss. Marc Diebäcker hat in Duisburg und Edinburgh Politik Soziale Arbeit und Geschichte studiert. Er lehrt am Studiengang Sozialarbeit und forscht am Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit des fh-campus wien. Koordiniert zusammen mit Josef Bakic, Verena Braunegg und Elisabeth Hammer im Rahmen des EQUAL-Projekts „DONAU – Quality in Inclusion" das Projekt „Fachliche Standards in der Sozialarbeit gestern – heute – morgen". Infos auf www.sozialearbeit.at

Nachgraduierung – FH-St. Pölten wurde zur Einschränkung gezwungen

FH-Prof. DSA Dr. Karl Dvorak

Der Fachhochschule St. Pölten wurde 2005 als einziger FH in Österreich ein sogenannter "Nachgraduierungsstudiengang³ für DiplomsozialarbeiterInnen genehmigt. Dieser neue Magisterstudiengang "Sozialarbeit³ befindet sich im 2. (und letzten) Semester. Er wird insgesamt viermal angeboten. Wir sahen es als notwendig und sinnvoll an, berufliche und wissenschaftliche Weiterentwicklung auch für unsere KollegInnen zu ermöglichen. (Vgl. Dvorak, SIÖ 1/04, S 16).

Der Weg war nicht einfach und wurde noch 2 Monate vor dem offiziellen Beginn durch einen Bescheid des Fachhochschulrates erheblich steiniger gemacht.

Zur Chronologie der letzten Monate vor Beginn und zur Erklärung, warum es uns nicht möglich ist, AbsolventInnen der 4-semestrigen Akademieausbildung aufzunehmen: Fachhochschulen müssen die Curricula vom Fachhochschulrat (FHR) akkreditieren lassen. Das heisst, dass der FHR entscheidet, ob und wie ein Fachhochschulstudiengang in Österreich zugelassen wird. Darüber hinaus entscheidet das BMbwk, ob dieser Studiengang mit Bundesmitteln gefördert wird. Die FH St. Pölten hat am 14.1.2005 einen Antrag auf Akkreditierung beim FHR eingebracht. Es musste ein völlig neuer Antrag formuliert werden, weil sich gegenüber 2002 die Akkreditierungsrichtlinien wesentlich verändert haben.

Die Zugangsvoraussetzungen(§10) für diesen "zielgruppenspezifischen³ Magisterstudiengang waren wie folgt formuliert:

"1. Die Zulassung zum FH Magister-Studiengang "Sozialarbeit³ ist jenen Personen vorbehalten, die eine Ausbildung erfolgreich absolviert haben, die in Österreich die Berufsberechtigung als DiplomsozialarbeiterIn nach sich zieht und die in diesem Bereich mindestens vier Jahre beruflich tätig sind".

Diese Formulierung hätte auch AbsolventInnen der 2-jährigen Akademie für Sozialarbeit eine Zulassung ermöglicht. Die Zulassung war auf die Berufsberechtigung als DiplomsozialarbeiterIn mit einer 4-jährigen Berufspraxis ausgerichtet.

Im 1. Mängelbehebungsauftrag des FHR vom 24.5.05 wurden die Zulassungsvoraussetzungen noch nicht kritisiert.

Erst mit dem 2. Mängelbehebungsauftrag des Fachhochschulrates vom 13.7.2005 wurden wir gezwungen die Zulassungsvoraussetzungen wesentlich zu verändern. Trotz mehrmaligen Telefonaten mit dem FHR konnten wir keine Ausnahmeregelung erreichen. Wir mussten die Zugangsvoraussetzungen nach folgender Anweisung verändern:

"Die Zugangsvoraussetzungen sind so zu formulieren, dass die Einhaltung der gem. § 4 (2) FHStG gegebenen Regelung gewährleistet wird: "Sfachliche Zugangsvoraussetzung zu einem Fachhochschul-Magisterstudiengang ist ein abgeschlossener facheinschlägiger Fachhochschul-Bakkalaureatsstudiengang oder der Abschluss eines gleichwertigen Studiums an einer anerkannten inländischen oder ausländischen postsekundären Bildungseinrichtung. Dies ist eine Bildungseinrichtung, die Studien im Ausmaß von mindestens sechs Semestern durchführt, bei denen die Zulassung die allgemeine Universitätsreife im Sinne dieses Bundesgesetzes voraussetzt, und die auf Grund der Rechtsvorschriften des Staates, in dem sie ihren Sitz hat, als postsekundäre Bildungseinrichtung anerkannt ist.³

Auf Grund dieser Zugangsvoraussetzungen ist es uns daher nicht möglich, AbsolventInnen einer 2-jährigen Akademie für Sozialarbeit in das Magisterstudium aufzunehmen. Dies mussten wir zu unserem Bedauern allen mitteilen.

Welche Möglichkeiten könnte es geben, um auch dieser großen Gruppe von DiplomsozialarbeiterInnen ein Magisterstudium zu ermöglichen?

Die einzige Möglichkeit wäre eine Änderung des Fachhochschulstudiengesetzes.

Eine wegen der geringen Studienplätze aber sehr begrenzte Möglichkeit ist, die Aufnahme in einen Diplomstudiengang oder in die ab 2006/07 beginnenden Bakkalauretstudiengänge anzustreben. Für den Diplomstudiengang könnten Vorstudien (allenfalls Weiterbildungsmasterlehrgänge) angerechnet werden. Die Diplomstudiengänge schließen mit dem Magister(FH) ab. Die Bakkalauretstudiengänge (6-semestrig) enden mit dem Bakkalaureus/der Bakkalaurea (FH). Auch hier ist eine Anrechnung möglich. Nach diesem Bakkalaureatstudiengang könnte ein Magisterstudiengang angeschlossen werden.

Auch die Frage der Doktoratstudien der AbsolventInnen der Diplomstudiengänge Sozialarbeit/soziale Arbeit wurde in Österreich inzwischen im § 1 der Verordnung des BMbwk geregelt (BGBl II Nr. 144/2005). Es wurde das Recht auf Zulassung zum Doktoratsstudium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften festgelegt.

Diese Möglichkeit werden in der Praxis nur wenige AbsolventInnen wahrnehmen können. Eine Alternative bietet in nächster Zeit höchstwahrscheinlich nur ein Doktoratsstudium im Ausland.

Auch hier ist noch einiger "Nachholbedarf³ gegeben und Entwicklungsaufwand notwendig, bis auch in Österreich ein Doktoratstudium "Sozialarbeit/Soziale Arbeit³ eingerichtet werden wird.

FH-Prof. DSA Dr. Karl Dvorak, geb. 1947: Diplomsozialarbeiter, Dr. jur., Psychotherapeut, Supervisor (ÖVS), seit 1976 nebenberuflich und seit 1989 hauptberuflich Professor für Recht, Geschichte und Theorie der Sozialarbeit, Handlungsfelder der Sozialarbeit an der Bundesakademie für Sozialarbeit St. Pölten, seit WS 2001/2002 auch am neuen FH-Studiengang Sozialarbeit in St. Pölten, seit 9/02 Studiengangsleiter der Studiengänge Sozialarbeit. Seit 2000 Leiter einer Kommission des Menschenrechtsbeirates beim BM für Inneres.

Magisterstudiengang für Sozialarbeit in St.Pölten - eine Betrachtung
Neugierige Menschen sind auch wissensbegierig und lernwillig. Und weil SozialarbeiterInnen die Neugier quasi im Berufsbild integriert haben, stürzen sie sich auf Bildungsangebote aller Art. So ist es kein Wunder, dass der Magister-Studiengang, den die St. Pöltner Fachhochschule im Vorjahr ausgeschrieben hat, im Nu voll belegt war. Es gab sogar wesentlich mehr Anfragen als die zur Verfügung gestellten 48 Studienplätze. Von Seiten des Bildungsministeriums war die Finanzierung auf diese Anzahl beschränkt. Mit Ausnahme der Studiengebühren von € 363,- und einem Lehrmittelbeitrag der Studierenden werden die Kosten von der Republik getragen. Die Nachgraduierung für die DiplomsozialarbeiterInnen zum Magister FH bzw. zur Magistra FH war also ein Verkaufsschlager. Da ich selber an der Fachhochschule unterrichte und auf diese (meine) Art zum Werden der zukünftigen SozialarbeiterInnen beitrage, wurde mir der Besuch des Magisterstudiengangs dringend nahe gelegt. So finde ich mich auch in den Reihen der wiedergeborenen Studierenden. Seit Oktober 2005 erlebe ich nun die Fachhochschule von beiden Seiten, einerseits als Lehrender und andererseits als Lernender. Ein interessanter Rollen-Pingpong, der mir nun den Betrieb und Ablauf des Studiums doppeldeutlich vor Augen führt. Der Magisterstudiengang ist so konzipiert, dass in zwei Semestern der für die Nachgraduierung noch fehlende Lehrstoff in sehr konzentrierter und geblockter Form dargeboten wird. Zusätzlich sind zahlreiche Hausarbeiten und eine Diplomarbeit zu leisten, um schließlich zur Abschlussprüfung zugelassen werden zu können. Schnellzugtempo und Hochkonzentrat an Weiterbildung. Das müsste nun doch alles in allem die Essenz der Sozialarbeitswissenschaft sein. Schauen wir uns das Bildungsangebot näher an, so sehen wir, dass inhaltlich ein sehr breites Spektrum von vorwiegend wissenschaftlicher Annäherung an die Sozialarbeit enthalten ist. Kein Wunder, denn die Praxis haben wir ja schon durch die oft jahrelange Tätigkeit als diplomierte SozialarbeiterInnen in und auswendig kennengelernt. Der Studienplan kann auf der ecampus-Seite der Fachhochschule (http://ecampus.fh stpoelten.ac.at/) genau angesehen werden, hier seien nur die Eckdaten der insgesamt 905 Unterrichtseinheiten erwähnt:

Qualitative und Quantitative Praxisforschung	180 Std.
Theorie der Sozialen Arbeit	60 Std.
Kulturwissenschaftliche Grundlagen der Sozialarbeit	30 Std.
Case Management	60 Std.
Soziale Diagnostik	75 Std.
Sozialraumorientierung	60 Std.
Theorie und Praxis der Menschenrechte	45 Std.
Sozialarbeitsethik	30 Std.
Fachenglisch	120 Std.
Dienstleistungsorganisation	60 Std.
Europäische Perspektive	60 Std.
Projektmanagement und Qualitätsentwicklung	90 Std.
Führung, Zusammenarbeit, Fachliche Leitung	60 Std.
Recht des Betreuungsverhältnisses	15 Std.
DiplomandInnenseminar	60 Std.
Diplomarbeit	

Alles zusammen ergibt 60 ECTS Punkte (European Credits Transfer System) und entspricht somit in Anrechnung des Diplomstudiums an den früheren Sozialakademien dem im Diplomstudiengang für Sozialarbeit vorgesehenen Umfang.
Die Diplomprüfungen sind dann anfangs Juli vorgesehen. In diesem ersten Durchgang dürfen wir uns noch ein wenig wie Pioniere fühlen. Dementsprechend kämpfen wir auch mit echten Kinderkrankheiten in der Fachhochschule, mit ungeeigneten Räumlichkeiten, mit Terminkollisionen, mit vollgestopften Stundenplänen, mit zum Teil sehr schulischen Abläufen, mit unklaren Hausarbeitsforderungen und so weiter. Die Vortragenden bemühen sich um die Vermittlung des Lehrstoffes mit unterschiedlichem Erfolg. Von "hoch spannend" bis "zum Einschlafen fad" reicht die Palette, aber wie die rege Anwesenheit der Studierenden zeigt, stößt das Angebot auf bereitwilliges Interesse. Der Magisterstudiengang wird auch noch ein zweites Mal in St. Pölten angeboten werden. Das heißt, dass im nächsten Studienjahr ab Oktober 2006 wieder 48 Plätze zur Verfügung stehen werden. Für unersättlich Bildungshungrige also eine Gelegenheit, sich mit der Sozialarbeitswissenschaft an einen Tisch zu setzen. Eine Frage, die mir oft gestellt wird, ist die nach der Sinnhaftigkeit dieser verwissenschaftlichten Sozialarbeit. Ich versuche mich mit einer Binsenweisheit in eine halbwegs akzeptierte Antwort zu retten: Jede Praxis braucht auch eine Theorie als Grundlage und aus jeder Praxis wird Theorie geboren. Inwieweit sich das auf unseren Arbeitsstil auswirken wird oder ob wir in Zukunft vermehrt als Wissenschafter reüssieren werden, bleibt vorläufig dahin gestellt. Meine ganz persönliche Hoffnung dazu ist, dass die von uns praktizierte Sozialarbeit auch im Licht einer theoretischen Betrachtung den Ansprüchen unserer KlientInnen, unserer DienstgeberInnen und unserer Kooperationspartner standhält. In diesem Sinn ist es folgerichtig, sich mit den Grundlagen und Perspektiven der Sozialarbeit erneut auseinander zu setzen. So wie sich die Problemlage unserer KlientInnen ständig verändert, so wie sich die Antworten unserer Gesellschaft auf diese Probleme in einem unaufhörlichen Wandel befinden, so wird die Sozialarbeit immer auch mitgeprägt sein von diesen Entwicklungen. Umso besser, wenn sie selbst auch prägend sein kann, wenn Sozialarbeit sich einmischt und Perspektiven vorgibt, sich als politische Disziplin versteht und ihren Gestaltungswillen zur Kenntnis bringt und durchsetzt. Meine vorläufige Einschätzung des Magisterstudiengangs ist grundsätzlich positiv, ich bin zwar nicht enthusiastisch aber im Großen und Ganzen zufrieden. Und einige der Vortragenden haben mich tatsächlich begeistern können, nicht nur durch ihr Fachwissen, sondern auch durch ihre herausragende Didaktik und Präsentation. Nicht zu Unrecht bezeichnet sich beispielsweise Dr. Dewe selbst als Entertainer. Der Staub der trockenen Wissenschaft wurde von ihm gehörig aus dem Lehrsaal gespült und so wurden die kulturwissenschaftlichen Grundlagen der Sozialarbeit quasi zu einem Erholungsbad. Hermeneutik hin und Dialektik her, es kann auch ein Vergnügen sein.

Sepp Ginner, seit 1981 lückenlos als DSA beschäftigt. Seit 1993 Heimleiter der Übergangswohngemeinschaft in Winden bei Melk. Seit 1995 Unterricht zuerst an der Sozak und seit 2002 an der FH St.Pölten.

Interview mit Prof. Dr. Paul Watzlawick, zu seinem Geburtstag aufgenommen im MRI – Mental Research Institute /Palo Alto, San Francisco, USA

"Mensch, einer von uns beiden ist verrückt!"

Interview: Alois Huber/André Höschele

I: Herr Dr. Watzlawick, wann sind Sie aus Österreich weggegangen?
Das war nach dem Krieg. Ich war ein politischer Gefangener der Nazis, und bin anschließend Sekretär und persönlicher Assistent des Leiters der Kriminalerhebungsabteilung im zu bildenden Freistaat Triest geworden. Ich war englischer Soldat. Aus dem Freistaat ist nichts geworden, deswegen bin ich danach in die Schweiz gegangen, und hab am C.G. Jung Institut in Zürich studiert, um dort mein Analytiker-Diplom zu erhalten.
Mir war daran gelegen, eine wirklich spannende Tätigkeit aufzunehmen. Die Möglichkeit, eine Privatpraxis zu haben oder in Kliniken zu arbeiten, schien mir interessant.

I: Die Entwicklung der Familientherapie und der Kurzzeittherapie, wann hat das in etwa begonnen?
Nun, ich war dann drei Jahre lang Professor für Psychopathologie und Psychotherapie an der Universität von El Salvador in San Salvador und hab mir nach diesen drei Jahren gedacht: "Jetzt gehe ich zurück nach Europa und mache eine Privatpraxis in Wien auf." Aber da ich bereits in Amerika war, habe ich mich ein bisschen umgesehen und habe an der Tempel-Universität von Philadelphia den Gründer und ersten Leiter unseres Instituts (Anmerkung: Mental Research Insitut /Palo Alto) getroffen, den Don Jackson. Das war ein Erlebnis, das mich vollkommen reorientiert hat. Jackson hat bereits völlig neue Ideen in unserem Fach eingeführt, er war auch ein Mitarbeiter von Gregory Bateson und später sind dann Milton Erickson und natürlich Heinz von Förster sehr wichtig geworden.

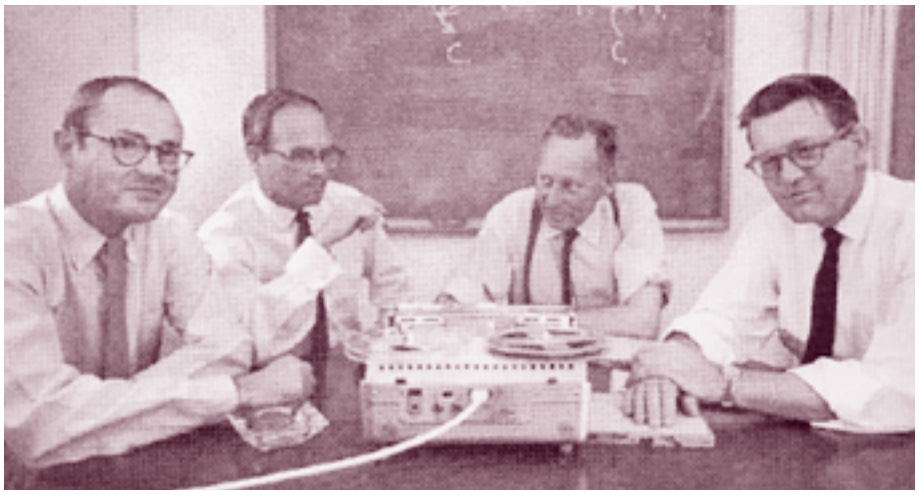
I: Was war das Neue?
Das Neue war, dass kybernetische Ideen in die einbahnspurige Auffassung der Analyse integriert wurden. Man hat also nicht mehr gesagt, um das Problem im Jetzt-und-Hier zu verstehen, muss ich in die Vergangenheit gehen, um dort die Ursachen für dieses Verhalten zu finden. Das war die Grundlage der Annahmen dessen, was man tun muss. Davon sind wir vollkommen abgekommen.
Vom philosophischen Gesichtspunkt gesehen, ist die Freudsche Analyse eine so genannte „selbsterfüllende Prophezeihung", denn wenn aufgrund einer langen Suche nach den Ursachen in der Vergangenheit des Patienten eine Besserung eintritt, ist das ein Beweis, das dieses Vorgehen wirkt. Kommt es dagegen noch nicht zu einer Besserung, so beweist dies nur, das die Suche nach den Ursachen in der Vergangenheit noch nicht genügend tief ins Unterbewusste geführt worden war. Also die Annahme gewinnt immer, sowohl durch den Erfolg, wie durch den Misserfolg.

I: Das heißt, das Motiv ist eigentlich aus der Kybernetik gekommen und war nicht – wie man unterstellen könnte – motiviert durch eine Suche nach effizienterer, schnellerer und billigerer Therapie?
Ja, nicht nur das, sondern überhaupt in der Wissenschaftsauffassung jener Jahre hat man begonnen, das zu studieren, was die französischen Biologen in den zwanziger Jahren bereits „l´actualite emergent" genannt haben. Also die „herauskommende Eigenschaft". Man kann zum Beispiel die physikalischen Eigenschaften von Wasser nie verstehen, wenn man nur Wasserstoff und Sauerstoff getrennt untersucht. Wasser ist eine Beziehungsstruktur zwischen diesen beiden Elementen. So haben wir auch begonnen, mehr und mehr diese kybernetischen Auffassungen in unser Gebiet zu übernehmen. Damit hat hier und anderswo die Familientherapie begonnen. Wir haben also nicht mehr nur den so genannten Patienten gesehen, sondern haben die unmittelbare Interaktionsgruppe untersucht und versucht zu verstehen, wie sich hier diese Zirkularität ergeben hat und anschließend versucht, durch Interventionen das zu brechen und zu verändern.

I: Wohin wird sich die Familientherapie aus Ihrer Sicht entwickeln?
Die geht in viele verschiedene Richtungen, ich kann keineswegs behaupten, das für mich zu wissen. Ich praktiziere nicht mehr, dafür bin ich viel zu alt, doch immerhin ist es für mich noch immer wichtiger, die systemischen Eigenschaften menschlicher Beziehungen zu verstehen und zu verändern. Da gibt es eine Unzahl von Sachen und Möglichkeiten, die sich hier ergeben.

I: Sehen Sie es als Bedrohung für dieses Konzept, wenn sozusagen Verwässerungen oder neue Experimente und Versuche gestartet werden? Oder sehen Sie das im Sinne der Entwicklung dieser Methode als Verbesserung?
Absolut als Entwicklung, nicht nur der Methode, damit will ich nicht behaupten, dass wir die richtige Auffassung bereits haben, es kann durchaus zu neuen Erfahrungen, Einsichten Theorien, Applikationen kommen, das ist selbstverständlich, das ist in der Wissenschaft immer so gewesen.

I: Wie konnte sich das MRI historisch als Institution etablieren?
Das war vor allem die Genialität unseres Gründers und ersten Direktors, Don Jackson. Der spontan begann, Interventionen zu machen, die in der Psychoanalyse keineswegs vorgesehen sind. Manchmal hat er bereits in den ersten zehn Minuten der ersten Sitzung Interventionen gemacht, und damit Änderungen herbeigeführt. Das hat sich langsam in einen neuen Ansatz verwandelt. Jackson war fantastisch. Ich erinnere mich an einen Fall mit einem Mann, der Verfolgungsängste hatte. Im Laufe einer der frühen Sitzungen mit Jackson sagte dieser Klient: „Dr. Jackson, wissen Sie, dass da in Ihrem Büro versteckte

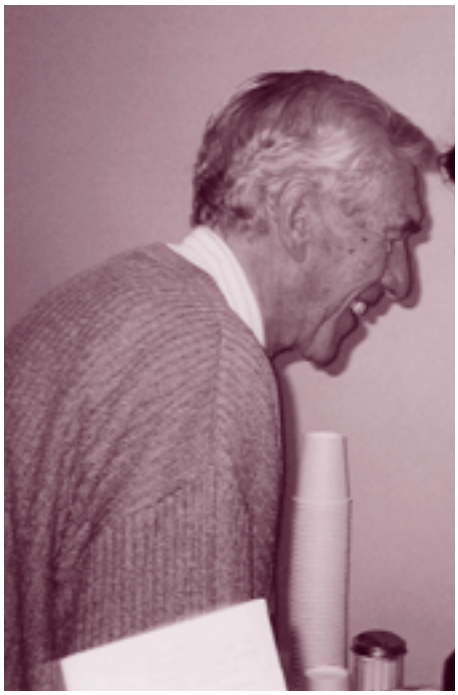


Mikrofone sind?" Jackson hat nicht gefragt, wie man das normalerweise getan hätte: „Was bringt Sie dazu, das zu glauben?" Nein, er ist aufgestanden und hat begonnen, hinter den Möbeln zu suchen, die Bücher aus den Regalen herausgezogen und den Teppich aufgerollt, bis der Mann sagte: „Dr. Jackson, es ist nicht so wichtig."
Darauf hat er begonnen, über etwas zu reden, was er bis dahin nicht erwähnt hatte, über die Wurzel seiner Verdachtsmomente. Fantastisch wie Jackson da reagiert hat.

I: Es klingt natürlich fantastisch zu hören, erste Therapiestunde, erste Intervention nach 10 Minuten, „Anorexia" geheilt nach max. 15 Therapieeinheiten. – Das klingt ja nach Zauberei? (Lacht)
Das klingt nach Zauberei, ja. In vielen, vielen Fällen hab ich nicht durchschaut, wie Jackson dazu gekommen ist, so zu handeln. Ein anderer Fall, den ich wunderbar fand: Dr. Jackson wurde vom VA Hospital (Anm.:, für Kriegsinvalide/Palo Alto) zu einem Vortrag eingeladen. Es ging um Patienten, die nicht kommunizieren, und wie zu ihnen Beziehung herstellt werden kann. Man brachte einen besonders schwierigen Fall, einen älteren Mann aus der geschlossenen Abteilung, der annahm, Gott zu sein, daher mit niemandem sprach und an keiner Aktivität teilnahm. Der Patient kam, ist neben Jackson gesessen und hat schweigend gestarrt. Jackson hat zunächst begonnen, die typischen Möglichkeiten anzuwenden, die man in so einem Fall anwenden muss, erfolglos. Dann ist er aufgestanden, ist zu ihm gegangen, hat sich vor dem Patienten auf den Boden gekniet, hat den Schlüssel der geschlossenen Abteilung herausgezogen und hat Folgendes gesagt: „Wenn Sie Gott sind, haben Sie mehr Recht zu diesem Schlüssel als ich. Wenn Sie nicht Gott sind, würde ich Ihnen raten sehr, sehr vorsichtig zu sein!" Danach ist Jackson zurückgegangen und hat sich hingesetzt. Der Patient ist aufgestanden, hat sich vor ihm hingesetzt und hat gesagt: „Mensch, einer von uns beiden ist verrückt!" Das war ein Erfolg, die Leute haben gebrüllt vor Lachen. Aber so war er eben, das war Jackson´s Genialität.

I: Es gibt natürlich auch viele andere Therapeuten, die versuchen, diese Technik anzuwenden und die nicht diese Genialität besitzen. Funktioniert diese Therapie dann trotzdem?
Wir versuchen, daraus gewisse Regeln und Möglichkeiten abzuleiten, die wir dann anzuwenden versuchen. Für mich zum Beispiel ist die "bisher versuchte Lösung" der Patienten ein wichtiger Ausgangspunkt. „Was haben Sie bisher getan, um mit Ihren Problem fertig zu werden?"
Das muss ich einmal verstehen. Dann werde ich beginnen zu begreifen, was dieses Problem nicht nur erzeugt hat, sondern auch weiter erhält. Das ist keine Erfindung von uns, sondern das ist etwas, das die Biologen schon lange wissen: Eine Gattung, die eine optimale Anpassung an ihre Umwelt erreicht hat, wendet fortwährend diese Anpassung an, auch wenn die Umwelt sich dauernd ändert. Je weniger diese Anpassung passt, um so "mehr des Selben". Das sehen wir immer und immer wieder. Menschen tun mehr des Selben und erzeugen natürlich mehr derselben Schwierigkeiten. Das heißt jetzt, man muss versuchen, eine total neue Idee einzuführen.

I: Das hat ja ziemlich viel mit Kreativität zu tun oder mit dem Verständnis des Teufelskreises ...
... der hier fortwährend aufrechterhalten wird. Zur Erläuterung eine Geschichte: In der kolumbischen Hafenstadt Kartahaena wurde



bis vor vielen Jahren täglich genau um 12 Uhr zu Mittag ein Kanonenschuss aus einer Festung abgefeuert, nach der sich jeder die Uhr einstellte. Ein Reisender, der aus dem Ausland kommt, stellt fest, dass dieser Kanonenschuss fast immer zwanzig Minuten zu spät abgeschossen wird. Er geht hinauf in die Festung und fragt den Kommandanten, woher er die Zeit nimmt, nach der er die Kanonenschüsse abgibt. Der Mann antwortet stolz: Da es sich um etwas so Wichtiges handelt, schickt er jeden Tag einen seiner Soldaten hinunter ins Zentrum der Stadt, wo in der Auslage des einzigen Uhrenhändlers ein besonderes exaktes nautisches Instrument steht. Der Soldat vergleicht seine eigene Uhr mit dem Zeitpunkt des Kanonenschusses und das ist die Zeit, nach der die Kanonenschüsse abgegeben werden. Vielleicht haben Sie die zweite Hälfte der Geschichte bereits erfasst. Der Mann geht hinunter und spricht mit dem Uhrenhändler. Er fragt ihn, woher er die Sicherheit nimmt, dass diese Uhr in der Auslage die richtige Zeit zeigt. Der Uhrenhändler antwortet stolz: Da es sich um eine so wichtige Sache handelt, vergleicht er mittags seine Uhr mit dem Kanonenschuss und seit Jahren hat sich nicht eine Minute des Unterschieds ergeben.
Das ist für mich ein klassisches Beispiel dafür, wie eine versuchte Lösung scheinbar funktioniert und weiter und weiter und weiter geht. Bis jemand von außen kommt und diesen Teufelskreis begreift.

I: Wenn das im Rahmen einer Familientherapie alles so gut funktioniert, wie sieht es dann mit der Symptomverschiebung aus? Das bedeutet doch, das eine Problem ist gelöst, aber taucht dann plötzlich an einer anderen Stelle wieder auf?
Nicht notwendigerweise. Wissen Sie, ich persönlich hab den Grundsatz: Die versuchte Lösung erzeugt nicht nur, sondern erhält das Problem! Was Menschen bisher getan haben um mit ihrem Problem fertig zu werden, erhält und intensiviert das Problem.

I: Das heißt, es kann durchaus möglich sein dass sich das Problem definitiv löst, Sie rechnen aber eventuell auch damit, dass es vielleicht nicht ganz gelöst ist, sondern dass es kreativ in Angriff genommen wird und Schritte gesetzt werden?
Ja, das ist sehr oft der Fall, dass Therapeuten sagen, das kann noch nicht genügen, das kann´s nicht sein.

I: Das heißt, als Therapeut muss ich selbst daran glauben, dieses Problem zu lösen.
Ja, das ist aber auch mehr oder weniger der Fall und zwar durch Interventionen, durch Verhaltensverschreibungen: „Bitte, verhalten Sie sich, als ob das und das der Fall wäre!" Das ist es, was ich meine Therapie des „Als – Ob" bezeichne. Das ist nicht mehr Psychotherapie, sondern Therapie des „Als – Ob". Wenn ich glaube, diesen Teufelskreis aus Ursache und Wirkung verstanden zu haben, dann versuche ich etwas einzuführen, das diesen Kreis unterbricht.

I: Herr Dr. Watzlawick, uns liegt eine Frage besonders am Herzen, und zwar ...
...da müssen Sie einen Kardiologen aufsuchen. **(Lacht)**
/: ...und zwar die Thematik der Technik. Wenn Therapeuten heutzutage Familientherapie oder Brieftherapy (Kurzzeittherapie) hören, dann sind sie verleitet zu sagen, "es gibt da ziemlich exakte Abläufe, klar ausgearbeitete Wege, wie man sich Problemen stellt". Ist der Computer eine Hilfe dazu, können Sie in dem Computer eine Unterstützung für den Therapeuten sehen?
Ich muss Ihnen gestehen, dass ich nicht mit Computer arbeite und nicht glaube, dass dies möglich wäre, denn das Erfassen der Interaktion ist meines Erachtens zu komplex, um

es so zu reduzieren, dass man es in den Computer einführen kann. Jedes menschliche Problem ist seine eigene – beste – Erklärung. Ich sage eben nicht, das ist ein Fall „F23", sondern für mich ist das Problem vollkommen einzigartig in seiner bestimmten Art. Sicherlich, da gibt es Ähnlichkeiten, zum Beispiel Alkoholismus ist zweifellos Trinken, klar. Aber was zu dem Problem führt und was dieses Trinken erhält, weiterführt, dafür gibt es keine einmalige, klare Antwort.

I: Die Strategie heißt hier, genau die Schritte zu befolgen, wie man in diesem individuellen Fall vorgeht und nicht zu sagen, wir haben hier jetzt die fertige Lösung?
Was in der Medizin durchaus akzeptabel ist, ist für uns nicht anwendbar. Wir können nicht sagen, das ist eine Blutvergiftung oder das ist Malaria.

I: Die Diagnose „Depression" ist für Sie eine medizinische Diagnose...
Absolut, und würde auch für jeden Fall der Depression gelten. Aber was die Depression hervorruft, bleibt meines Erachtens eine ganz spezifische Sache in dem betreffenden Interaktionsmuster zwischen dem so genannten Depressiven und seiner Umwelt. Nehmen Sie allein schon her, dass die menschliche Umwelt des depressiven Patienten auf jeden Fall versucht, ihn aufzumuntern. Wenn Sie jemals auch nur eine leichte Depression hatten, werden Sie wissen, was für Effekte das hat. Das ist nicht nur keine erfolgreiche Hilfe, sondern das macht die Depression nur noch viel schlimmer. Denn wenn für jeden Menschen die Welt, schön und wunderbar ist, und nur für mich nicht, wird das Problem erhalten oder verstärkt. Also aufzumuntern, zum Positivismus einladen, ist eine versuchte Lösung, die genau das Problem erhält und erschwert. Ich erwähne das immer wieder: Wenn ich hier in den Vereinigten Staaten zur Welt gekommen wäre, hätte ich große Schwierigkeiten gehabt in die Schule zu gehen. Warum? Weil hier schon den Kindern im Vorschulalter gesagt wird „School is fun!". Für mich hat es niemals Spaß gemacht! Aber ich hatte sehr vernünftige und traditionelle Eltern, die sagten: "Du hast ganz recht, die Schule ist unangenehm, aber du gehst!" Damit war das Problem gelöst. **(Lacht)** Wenn ich hier, in den USA zur Welt gekommen wäre, wäre ich unweigerlich zu der Schlussfolgerung gekommen, das mit mir irgendetwas nicht stimmt. Denn wenn für jeden die Schule "fun" ist und nur für mich nicht, dann ist es ganz offensichtlich, dass etwas an mir faul ist.

I: In Ihrem Werk „Gebrauchsanweisung für Amerika" verweisen Sie auf die spezifischen Widersprüche und Schwierigkeiten zwischen Europa und Amerika, uns würde interessieren, wie Sie die Zukunft der Welt beurteilen, sehen Sie das positiv?
Nicht besonders, nein, nehmen Sie alleine die Lage im Mittleren Osten, was niemand bisher begriffen zu haben scheint, ist, dass der Konflikt seit 2000 Jahren schon so geht und Dank der modernen Techniken auch immer fürchterlicher wird.

I: Haben Sie durch Ihre Arbeit am Menschen nicht Lösungen und Lösungsstrategien für solche Probleme entworfen und kreiert?
Ja sicherlich, nur hätte ich keine Idee, wie die anwendbar wäre. Nehmen Sie nur die Situation zwischen Israel und Palästina. Die eine Seite unternimmt etwas um sich zu wehren, die andere Seite sieht das als selbstverständliche Provokation und tut "mehr des Selben", worauf die andere Seite mit "mehr des Selben" antwortet. Das steigert sich in fürchterliche Situationen hinein. Zu glauben, dass ein Selbstmordbomber eine positive Wirkung haben kann, ist doch ein Wahnsinn, im Gegenteil: er wird das Problem fürchterlich erschweren.

I: Das bedeutet, solange nicht beide Parteien sagen, wir wollen Frieden, gibt es auch keine Problemlösung?
Nein, und das ist übrigens ein interessantes Thema. Ich habe bis heute nicht begriffen, wie die Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland, die Jahrzehnte gedauert hat und zu furchtbaren Kriegen geführt hat, wie die 1952 plötzlich beendet werden konnte. Da haben sich Adenauer und De Gaulle getroffen und haben es fertig gebracht, eine Lösung zu finden. Und wer heute noch von der ewigen Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland sprechen würde, wäre etwas blöd.

I: Arbeiten Sie auch mit Politikern oder politischen Institutionen?
Nein

I: Das heißt, auch das Militär ist nicht interessiert an Ihrer Arbeit?
Nein, nein, die sind überzeugt dass sie das Rezept haben, Angreifen und Besiegen, was will man mehr...

I: Herr Dr. Watzlawick, herzlichen Dank für das Gespräch.

Interview mit Prof. Dr. Paul Watzlawick, zu seinem 82. Geburtstag, aufgenommen im Mental Research Institute (MRI)/Palo Alto. Interview und Bearbeitung: Alois Huber/ André Höschele

LINKS: MRI
http://www.mri.org/mristaffbios.html#watzlawick
http://www.systemisch.net/timeline-systemisch.htm
http://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Watzlawick

Fotoquelle: MRI Palo Alto, San Francisco

Paul Watzlawick (* 25. Juli 1921 in Villach, Österreich) ist ein österreichischer Psychotherapeut, Kommunikationswissenschaftler und Autor mit Wahlheimat in Kalifornien.
Paul Watzlawick promovierte 1949 im Fach Philosophie, bevor er eine Ausbildung in Psychotherapie am C.-G.-Jung-Institut in Zürich 1954 mit dem Analytikerdiplom abschloss. Schwerpunkte seiner Forschungsarbeit als Professor für Psychotherapie sind die Untersuchung von Kommunikationsprozessen und die systemische Familientherapie. Im Jahr 1960 holte Don D. Jackson ihn ins kalifornische Palo Alto, wo Watzlawick fortan als Forscher am "Mental Research Institute" tätig war. Die Doppelbindungstheorie wurde maßgeblich von Gregory Bateson, Paul Watzlawick und ihren Kollegen an der Universität von Palo Alto entwickelt. Seit 1967 hatte Watzlawick auch einen Lehrauftrag im Fachbereich Psychiatrie der Stanford University. Watzlawick leistete bedeutende Beiträge zum radikalen Konstruktivismus. Ebenso lieferte er zusammen mit J. H. Beavin und Don D. Jackson vielbeachtete Überlegungen zur Theoriebildung über Kommunikation. Die praktischen Erfahrungen, die Watzlawick zur Formulierung seiner Kommunikationstheorie veranlassten, gewann er bei der Erforschung der Kommunikation schizophrener Patienten, die zumeist als Mitglieder von normalen oder psychotisch gestörten Familien unter klinischer Beobachtung standen bzw. in therapeutischer Behandlung waren. Bekanntes Zitat: „Man kann nicht nicht kommunizieren ..."

...wikipedia

Paul Watzlawick, Janet H. Beavin, Don D. Jackson: *Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien.* Huber, Bern 2000 ISBN 3456834578
Paul Watzlawick, John H. Weakland, Richard Fisch: *Lösungen. Zur Theorie und Praxis menschlichen Wandels.* Huber, Bern 2001 ISBN 3456835663
Paul Watzlawick: *Vom Schlechten des Guten.* Piper, 1986 ISBN 3492030858
Paul Watzlawick: *Anleitung zum Unglücklichsein.* Piper, 1988 ISBN 3492221009
Paul Watzlawick: *Wie wirklich ist die Wirklichkeit.* Piper, 1995 ISBN 3492201741
Paul Watzlawick: *Vom Unsinn des Sinns oder vom Sinn des Unsinns.* Piper, 1995 ISBN 3492218245
Paul Watzlawick: *Die erfundene Wirklichkeit.* Piper, 2002 ISBN 3492203736
Paul Watzlawick: *Gebrauchsanweisung für Amerika.* Piper, Oktober 2002

Die Autoren:

Andrè Höschele arbeitet als Converging Media Berater und Coach in Wien.
Email: ah@panlux.com

Alois Huber, Dipl Sozialarbeiter, selbstständiger Supervisor, Coach und Unternehmensberater. Lektor und Fachbereichsleiter für Fernlehre an der FH St Pölten für Sozialarbeit.
Email: alois@aloishuber.com

Hans-Peter Steden

Denken und Handeln mit Gefühl

2006, Lambertus Verlag Freiburg, 228 Seiten, Euro 18,00, ISBN 3-7841-1619-1

Was fühlen wir, wenn wir denken? Was denken wir, wenn wir fühlen? Gibt e einen „freien Willen"? Solchen und vielen anderen Überlegungen zu Dialektik von Affekten und Vernunft geht der Autor nach. Er vertritt die Einheit von Gefühl und Verstand. Stimmungen, Gefühle, Emotionen, Affekte und Leidenschaften beeinflussen unser Handeln in ganz unterschiedlicher Weise. Auch die Moral ist ohne Gefühl nicht zu denken. Der Neurobiologie verdanken wir den Nachweis, dass der Verstand ohne Gefühle keine Entscheidung treffen kann. Die Psychologie konnte mit Darwin, Freud, William James und deren Nachfolgern bedeutende Erkenntnisse über die Körperlichkeit der Gefühle gewinnen. Ein besonders spannendes Kapitel ist die Philosophie der Gefühle, die seit 2500 Jahren dem Gegensatz von Begehren und Vernunft nachspürt. In der Zusammenfassung kommt der Autor zu dem Schluss, dass der häufig beklagte Wertewandel als Fortschritt begriffen werden kann. In Zeiten der Wertinstabilität sind es gerade die Gefühle, die eine Orientierung für neue Handlungen vorbereiten können. (Verlag)

Johannes Schilling

Didaktik/Methodik Sozialer Arbeit

4. überarbeitete Auflage

2005, UTB, Ernst Reinhardt Verlag, München, 287 Seiten, Euro 19,90, ISBN 3-8252-8311-9

Ein sehr gelungenes Buch! Obwohl es sich um ein Arbeits- bzw. Lehrbuch handelt, ist es sehr anregend, spannend, übersichtlich, sehr gut zu lesen und regt zum Mitdenken und Mitarbeiten an (wie es eigentlich jedes Arbeitsbuch tun sollte...!).

„...Erstes und letztes Ziel unserer Didaktik soll es sein, die Unterrichtsweise aufzuspüren und zu erkennen, bei welcher die Lehrer weniger zu lehren brauchen, die Schüler aber dennoch mehr lernen; und bei der in den Schulen weniger Lärm, Überdruss und unnütze Mühe zugunsten von mehr Freiheit, Vergnügen und wahrhaftem Fortschritt herrscht" (Comenius 1592-1670)

Im wesentlichen geht es in diesem Buch um die Erforschung/um das Begreifen des Begriffes Didaktik, um die Wechselbeziehung zwischen didaktischer Planung und täglicher Arbeitspraxis und um den (meines Erachtens) gelungenen Versuch, aus Erkenntnissen der Schuldidaktik und der allgemeinen Didaktik eine eigene Didaktik der Sozialen Arbeit zu entwickeln. Didaktik verliert bei der Auseinandersetzung mit den Inhalten des Buches zunehmend ihre Fremdheit, wirkt nicht mehr der Praxis entgegenstehend - sondern im Gegenteil als etwas Nützliches, für die tägliche Arbeit durchaus Brauchbares.

In der Sozialen Arbeit, bei der Arbeit mit Menschen, geht es immer mit darum, verändertes Verhalten zu lehren/ zu lernen. Darum geht's im Buch: um das Verhältnis von Lehrenden und Lernenden, um die Bedingungen, in denen das passiert. Es geht um die Ziele, wo Lehrende und Lernende hin wollen und mit welchen Mitteln/Methoden man diese erreicht.

Es geht um das Bewusstwerden der Anwendung von Didaktik/Methodik in der täglichen Arbeit und um die Verbesserung durch bewusste Anwendung und Übung. Die vom Autor vielfach verwendeten Beispiele sind konkret auf Arbeitsfelder in der Sozialen Arbeit abgestimmt, gut nachvollziehbar und nicht an den Haaren herbeigezogen.

Jedes Kapitel ist übersichtlich unterteilt und aufgebaut (gekennzeichnet durch Symbole): Fragen, die der Leser/die Leserin für sich beantworten soll, Aufarbeitung der jeweiligen Inhalte, verständliche Definitionen, Praxisbeispiele, Musterlösungen, Formulierung von Kernsätzen, Lernfragen (zur Wissensstandsüberprüfung) sowie die Angabe von weiterführender Literatur.

Inhaltlich geht es um das Zusammenspiel/die Abstimmung aller Parameter, wie etwa die Bedingungen unter denen Lehren/Lernen passiert, in denen sich Lernende und Lehrende befinden (und welche Ressourcen diese mitbringen), um deren Verhältnis und Beziehung zueinander, um Ziele (die Lehrende und Lernende erreichen wollen) und die Auswahl der Methoden/Mittel die der Zielerreichung dienlich sind.

Sehr spannend für die tägliche Arbeit mit Menschen ist das Thema: Bedingungen für das Lernen - wie und unter welchen Voraussetzungen kann neues Handeln überhaupt gelernt werden? Auch geht es unter anderem darum, dass die bewussten (oder auch unbewussten) Ziele, die wir in unserer täglichen Arbeit haben nicht aus dem Nichts kommen. Sie sind untrennbar mit unserem Menschenbild verbunden.

Zuletzt wird einem nach didaktischen Gesichtspunkten erarbeiteten Konzept ein (nach betriebswirtschaftlichen Kriterien aufgestelltes) neues Steuerungsmodell gegenübergestellt.

Hinweise:

Katharina Brandl:
Möglichkeiten zur Gewaltprävention in der Altenpflege
Eine Herausforderung für die Ausbildung
Bonner Schriftenreihe „Gewalt im Alter", Band 12
2005, Mabuse Verlag, Frankfurt am Main, 102 Seiten, € 12,00, ISBN 3-938304-27-8

Barbara Kavemann, Ulrike Kreyssig (Hrsg.):
Handbuch Kinder und häusliche Gewalt
2006, Verlag f. Sozialwissenschaften Wiesbaden, 475 Seiten, € 39,90, ISBN 3-531-14429-4

Peter Franzkowiak:
Präventive Soziale Arbeit im Gesundheitswesen
(Soziale Arbeit im Gesundheitswesen: 9)
2006, UTB, Ernst Reinhardt Verlag, München, 162 Seiten, Euro 14,90, ISBN 3-8252-2737-5

Falls unzustellbar bitte retour an: OBDS, 1060 Wien, Mariahilfer Straße 81/1/3/14
Verlagspostamt 1060 Wien, P.b.b. ISSN10-19-7729 Zulassungsnummer 02Z032899 M DVR 0492337
SIO 2/06 Juni 2006
Nr. 151/41. Jg

DVR 0492337

Neuerscheinung

Valerie Clarke

Unerhört

Eine Entdeckungsreise durch die Welt der Gehörlosigkeit und Gebärdensprache

128 Seiten, Format A5, Softcover
48 Abbildungen
15,80 EUR [D] / 16,40 EUR [A] / 28,– sFr [CH]
ISBN 3-937210-72-5

„Unerhört" – eine Entdeckungsreise durch die Welt der Gehörlosigkeit und Gebärdensprache mit vielen Praxisbeispielen.
„Unerhört" bietet eine gute Basis zum Einlesen in die Themen Gehörlosigkeit, Gehörlosenkultur und Gebärdensprache. Das Buch bietet nicht nur einen umfassenden theoretischen Hintergrund, sondern beschreibt auch mit vielen Fallbeispielen die konkrete Problematik dieser Personengruppe.
„Unerhört" beleuchtet medizinische, psychosoziale und politische Aspekte rund um Gebärdensprache und Gehörlosigkeit im gesamten deutschsprachigen Raum. Das Buch zeigt Praxisbeispiele auf und gibt Tipps im Umgang mit Betroffenen. Mit Bildern und Illustrationen wird die Verbindung zu der visuell orientierten Welt Gehörloser hergestellt. In einem eigenen Kapitel finden gehörlose Künstler Gehör, denn sie sollten auf keinen Fall noch weitere Jahrhunderte unerhört bleiben.

Zielgruppe: Angesprochen sind vor allem Angehörige sozialer, psychischer, medizinischer Lehrberufe aber auch Angehörige und Kollegen stark hörbeeinträchtigter Personen.

Reihe Hochschulschriften

Die Reihe „Hochschulschriften" bietet wertvolle Informationen für Beruf und Studium.
Weitere Informationen unter www.ziel-verlag.de

ziel

Bestelladresse:
ZIEL-Verlag, Neuburger Straße 77, D-86167 Augsburg
Tel. +49 821 724477, Fax +49 821 724455
E-Mail verlag@ziel.org

Arge Bildungsmanagement Wien

POSTGRADUALE MASTERABSCHLÜSSE *MBA, MSc & M.A.*

Start: September/Oktober 2006
Staatlich anerkannt!

① Master of Arts - M.A.
MEDIATION & KONFLIKTREGELUNG
Familien-, Wirtschafts- und Umweltmediation. Dauer: 3/5 Semester. Abschluss nach Bundesmediationsgesetz und »Master of ARTS«.
Upgrading - M.A. für ausgebildete MediatorInnen.

② Master of Science - MSc
SUPERVISION, COACHING & ORGANISATIONSENTWICKLUNG
Ausbildung in Beratung von Personen und sozialen Systemen. Dauer: 5/6 Semester. Abschluss nach ÖVS-Kriterien und mit »Akademische/r SupervisorIn« oder »Master of Science (Supervision)«
Upgrading - MSc für ausgebildete SupervisorInnen.

③ Master of Science - MSc
PSYCHOSOZIALE BERATUNG / LEBENS- & SOZIALBERATUNG
Beratungskompetenz für die Entwicklung & Veränderung von Personen und sozialen Systemen. Dauer: 3/5/6 Semester. Abschluss mit »Dipl. Lebens- & SozialberaterIn« und »Master of Science (Counseling)«.
Upgrading - MSc für ausgebildete Lebens- & SozialberaterInnen

④ Master of Science - MSc
PSYCHOTHERAPIE
Upgrading für PsychotherapeutInnen. Dauer: 1,5 Semester

⑤ Diplomlehrgang
PSYCHOTHERAPEUTISCHES PROPÄDEUTIKUM
1. Teil der Ausbildung in Psychotherapie. Dauer: 4 Semester

⑥ Master of Science - MSc
COACHING & ORGANISATIONS-ENTWICKLUNG Dauer: 3/4 Semester

MBA - Master of Business Administration
⑦ PROJEKT MANAGEMENT
⑧ UNTERNEHMERISCHES UND SOZIALES MANAGEMENT
⑨ EVENT MANAGEMENT
Dauer: jeweils 3/4 Semester

⑩ Master of Science - MSc
OUTDOOR & MANAGEMENT
Dauer: 4/5 Semester

FORDERN SIE DIE AUSFÜHRLICHEN CURRICULA AN!

Arge Bildungsmanagement Wien
Tel.: +43-1/263 23 12-0 • Fax: -20
office@bildungsmanagement.at
www.bildungsmanagement.at

arge Bildungsmanagement Wien

bezahlte Anzeige